Urſachen und Ausbruch des Weltkrieges

Von

G. von Jagow,
Staatsſekretär a. D.

1 9 1 9

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin

Alle Rechte vorbehalten
Copyright by Reimar Hobbing, Berlin

Spamersche Buchdruckerei in Leipzig

Inhalt.

		Seite
	Vorwort	3
I.	Die ruſſiſche Freundſchaft	7
II.	Die Weſtmächte und Mitteleuropa	21
III.	Italiens Stellung im Dreibund	39
IV.	Der libyſche Krieg und die Balkanwirren	47
V.	Beſſerung der deutſch-engliſchen Beziehungen	55
VI.	Der zweite Balkankrieg	67
VII.	Ruſſiſche und franzöſiſche Kriegsvorbereitungen	75
VIII.	Das engliſch-ruſſiſche Marineabkommen	85
IX.	Wien und Berlin nach dem Mord von Sarajewo	95
X.	Die kritiſchen Tage nach dem Wiener Ultimatum	113
XI.	Der Kaiſer und der Zar. — Die ruſſiſche Mobilmachung und ihre Folgen	129
XII.	Das Verhalten des Kabinetts von St. James	151
XIII.	Verletzung der belgiſchen Neutralität	169
XIV.	Die Schuldfrage	179
	Schluß	193

Vorwort.

Nach meinem Rücktritt vom Amt und während der Dauer des Krieges habe ich es vermieden, über Fragen der auswärtigen Politik, in deren Dienst ich 21 Jahre gestanden habe, mich vor der Öffentlichkeit zu äußern. Nur durch besonderen Anlaß gezwungen, bin ich im Winter 1918 mit einigen durch den Zweck begrenzten Ausführungen aus dieser Zurückhaltung herausgetreten.

Wenn ich jetzt, nachdem der Krieg ein für Deutschland so tragisches Ende genommen und der Übersturz der Ereignisse selbst die alten Staatsformen und Überlieferungen zerbrochen hat, die nachstehende Schrift der Öffentlichkeit übergebe, so geschieht es, um den mancherlei falschen Urteilen und Anklagen gegen unsere Politik, der vielfachen Legendenbildung und Schlagwortagitation durch eine Darstellung der Dinge meinerseits entgegenzutreten.

Das Schicksal hat gegen uns entschieden. Mehr noch als in anderen Dingen ist in der Politik schließlich der Erfolg entscheidend, weil noch weitertragend in seinen Wirkungen. Aus ihm aber auf Ziele und Motive des Handelns rückschließen zu wollen, führt auf Irrwege und zu Irrschlüssen.

Ich habe die Aufzeichnungen großenteils aus der Erinnerung gemacht, mit Hilfe nur weniger eigener Notizen aus jener Zeit und einiger das eigene Gedächtnis ergänzender Mitteilungen früherer Mitarbeiter, sowie hauptsächlich gestützt auf die verschiedenen amtlichen Veröffentlichungen (Buntbücher u. a.) der am Krieg beteiligten Mächte. Ich habe mich bemüht, so leidenschaftslos und sachlich zu schreiben, als dies für einen Mithandelnden und jetzt unter dem harten Schicksal des Vaterlandes Mitleidenden möglich ist. Ein völlig objektives Urteil über die Geschehnisse und ihre Ursachen wird erst eine spätere Geschichtsschreibung abgeben können, die, jenseits der Kämpfe dieser Zeit stehend, frei von ihrer nationalen Verbitterung und ihrer parteipolitischen Leidenschaft, zu abgeklärterem Ergebnis gelangt. Deutschland kann diesem Spruch über die Friedensliebe seiner Politik und die Gerechtigkeit seiner Sache mit Ruhe entgegensehen.

Mögen die folgenden Zeilen einen Beitrag bilden zur Klarstellung der Vorgänge.

Potsdam, Februar 1919.

G. v. J.

I. Die ruſſiſche Freundſchaft.

Seit Beginn des Krieges sind dessen Ursachen lebhaft erörtert, und seitens der Entente ist der Versuch gemacht worden, die Schuld an all dem Elend, das die große Konflagration über die ganze Kulturwelt bringen mußte, den Mittelmächten aufzuwälzen. Unsere Feinde erkannten hierin ein geeignetes Agitationsmittel, um sowohl den Kriegswillen in den eigenen Ländern zu stärken, als auch die Sympathien der Neutralen für sich zu gewinnen. Es ist nicht zu leugnen, daß ihre Propaganda es an Planmäßigkeit und Geschick nicht hat fehlen lassen und daß der Erfolg der Legendenbildung nicht ausgeblieben ist.

Deutschland, getragen einerseits von dem Bewußtsein, nur aus Notwehr und für seine Selbsterhaltung ins Feld gezogen zu sein, andererseits durch seine Abschließung wesentlich in der propagandistischen Tätigkeit gehindert, ist hinter seinen Feinden hierin zurückgeblieben. Es hat sich im großen und ganzen auf die Publikation einiger wichtiger Dokumente beschränkt, die genügend beweiskräftig dafür erschienen, daß wir einen uns aufgezwungenen Verteidigungskampf führen mußten.

Erſt neuerdings, nach hereingebrochener Kataſtrophe, iſt auch bei uns die Erörterung der Kriegsurſachen und der „Schuldfrage“ mehr in den Vordergrund getreten. Vom Standpunkt menſchlicher Verzweiflung über das furchtbare Elend, in das der unglückliche Ausgang des Krieges Deutſchland geſtürzt hat, mag es verſtändlich erſcheinen, wenn nach der „Schuld“ gefragt und danach geſucht wird, wen man dafür verantwortlich machen könnte. Unglück verwirrt oft die Gemüter und trübt den Blick. Vom objektiven Standpunkt aus iſt es ungerecht, vom politiſchen töricht.

Aber die Entente hat auch nach Beendigung des Krieges fortgefahren, das Kapitel der Schuldfrage breitzutreten, und hat ſich den Anſchein gegeben, als habe ſie die deutſche „Schuld“ feſtgeſtellt[1]) und müſſe Deutſchland dafür „ſtrafen“. Die Anwendung der Begriffe Schuld und Strafe ſind hier anwidernde Scheinheiligkeit. Will die Entente damit die maßloſen Forderungen, die ſie in blindem Haß oder kühl berechnendem Vernichtungswillen an den überwundenen Gegner ſtellt, vor den eigenen Völkern rechtfertigen? Nachdem ſie der Welt

[1]) Die Entente konnte ſich bei ihrem Beginnen ſogar von deutſcher Seite gelieferter Waffen bedienen, indem ſie das Pamphlet des Fürſten Lichnowſky als Selbſtgeſtändnis deutſcher Schuld in Maſſen verbreitete und ſich auf die Münchener Veröffentlichung eines das eigene Land kompromittierenden diplomatiſchen Stimmungsberichts — notabene eines Dokuments von ſehr mangelhafter Autorität und Beweiskraft — bezog.

ſoviel von Gerechtigkeit, von Völkerverſöhnung und Rechtsfrieden gepredigt hat!

Für die richtige Beurteilung der Urſachen eines Krieges iſt vielleicht noch weniger der letzte Anlaß maßgebend, der zum Appell an die Waffen geführt hat, als die geſamte Weltlage, die politiſche Konſtellation vor Ausbruch des Krieges, eine lange Reihe politiſcher Tendenzen und Handlungen in allen beteiligten Ländern, durch die ſeit vielen Jahren der Knoten der Tragödie geſchürzt wurde.

Es ſei mir geſtattet, die allgemeine politiſche Lage vor dem Weltkrieg, ſowie die unmittelbaren Vorgänge, die zu ſeinem Ausbruch führten, hier darzuſtellen — ſo wie ich ſie geſehen habe, nicht als perſönliche Apologie, ſondern als Beitrag zur Klarlegung der Dinge durch einen, der ihnen durch ſeine amtliche Stellung näherſtand und tiefer in die verſchlungenen Fäden der Weltpolitik hineinzuſchauen vermochte, als mancher andere, der ohne dieſe Kenntnis — oft vom parteipolitiſchen Standpunkt aus — ſein Urteil gefällt hat. Ich muß dazu etwas weiter ausholen.

Im vorigen Jahrhundert, von den Napoleoniſchen Kriegen bis in die ſiebziger Jahre, hatte die preußiſche und ſpäter deutſche Politik unter dem Zeichen der ruſſiſchen Freundſchaft geſtanden. Und der Glaube an die Notwendigkeit der Anlehnung an das große Zarenreich

blieb bei uns in weiten Kreiſen auch bis in die neueſte Zeit um ſo feſter verankert, als Fürſt Bismarck ſelbſt lange ſeine Politik ſo orientiert und nach ſeinem Abgang bekanntlich das „Abreißen des Drahtes nach Petersburg“ zu einem der ſchwerſten Vorwürfe gegen das neue Regime benutzt hatte. Berechtigung und Gründe dieſes Vorwurfs ſollen hier nicht näher geprüft werden. Wie ſah es nun mit der vermeintlich uns von Rußland ſtets erwieſenen Freundſchaft aus? Fürſt Bismarck möge hier ſelbſt zitiert ſein. In einer Inſtruktion, die er am 27. Februar 1879 zu einem Artikel für die „Grenzboten“ an Buſch gibt, ſagt er wörtlich:

„1813 hat uns Rußland geholfen, aber in ſeinem Intereſſe. 1815 war die ruſſiſche Politik im allgemeinen ſchädlich für uns: ſie hintertrieb eine beſſere Geſtaltung Deutſchlands, die nicht zu den Plänen paßte, nach denen Kaiſer Alexander die Welt ordnen wollte, und dann wurden unſere Entſchädigungsanſprüche von den Ruſſen nur lau unterſtützt. Zuletzt war ihr Gewinn größer als der unſere, und wir hatten doch mehr eingeſetzt, geopfert und geleiſtet. 1828, da wiſſen Sie, daß wir ihnen während des Türkenkrieges gute Dienſte geleiſtet haben, Müfflings Sendung z. B., die ihnen aus einer großen Verlegenheit half. 1830 wollten ſie uns in Gemeinſchaft mit Frankreich anfallen, dem ſie das linke Rheinufer verſchaffen wollten, und die Sache kam nur nicht zuſtande, weil

die Julirevolution ausbrach. Kurz vor der Februarrevolution war ein ähnlicher Plan in der Entwicklung. 1847 ſchlugen wir auch im ruſſiſchen Intereſſe den Aufſtand im Polniſchen nieder. Während des erſten Krieges mit Dänemark traten ſie uns in den Weg. Was dann 1850 in Warſchau geſchah, als die Union ins Auge gefaßt war, wiſſen Sie ja. Den Gang nach Olmütz verdankten wir zum großen Teil dem Kaiſer Nikolaus. 1854, während des Krimkrieges, beobachteten wir, die kurz vorher ſchlecht Behandelten, Neutralität, während das gut behandelte Öſterreich ſich den Weſtmächten anſchloß, und 1863, wo in Polen die große Inſurrektion ausbrach, und Öſterreich ſie mit den Weſtmächten durch Noten unterſtützte, ſtellten wir uns auf die ruſſiſche Seite, und die diplomatiſche Intervention mißlang — 1866 und 1870 hat uns Rußland nicht angegriffen, im Gegenteil. Aber das war doch auch im ruſſiſchen Intereſſe. Preußen war 1866 der Exekutor des ruſſiſchen Zorns auf Öſterreich, und 1870 war's auch nur geſunde Politik, wenn ſie für uns waren; denn es war auch für die Ruſſen nicht wünſchenswert, daß Öſterreich ſich am Kriege gegen uns beteiligte, und daß ein ſiegreiches öſterreichiſch-franzöſiſches Heer ſich den Grenzen Polens näherte, das von Paris her traditionell, von Wien aus wenigſtens in den letzten Jahren auf Koſten Rußlands unterſtützt worden war. Und wenn wir ihnen dennoch

Dank ſchuldeten, ſo haben wir ihn 1870 abgetragen, in London. Wir haben ihnen die Freiheit des Schwarzen Meeres verſchafft, ohne uns hätten ſie das von Frankreich und England nicht erlangt.“ (Buſch, Tagebuchblätter, Bd. II, S. 552/53.)

Auf dem Totenbette ſoll Kaiſer Nikolaus allerdings ſeinem Nachfolger die Freundſchaft mit Preußen ans Herz gelegt haben. Er ſtand damals unter dem Eindruck des Krimkrieges und der Feindſchaft der Weſtmächte. Aber Nikolaus wollte nur ein ſchwaches Preußen, das Rußland gewiſſermaßen Gefolgſchaft leiſtete. Die Vorſtellung, daß der Nachbarſtaat ein ſtarkes Reich und gleichberechtigter Faktor werden könnte, hätte ſeinen Herrſcherinſtinkten widerſtrebt.

Alexander II. hat den Rat ſeines Vaters 1870 befolgt. Seine Haltung während des deutſch-franzöſiſchen Krieges, in der Geburtsſtunde des Deutſchen Reichs, war der wichtigſte Dienſt, den uns Rußland erwieſen hat.

Aber Kaiſer Alexander ließ ſich hierbei mehr durch perſönliche Freundſchaft und traditionell-dynaſtiſche Gefühle leiten, als durch Rückſichten auf die Stimmung ſeines Volkes. Denn die öffentliche Meinung Rußlands, vor allem die panſlawiſtiſchen Organe, nahmen offen und lebhaft für Frankreich Partei. Selbſt in der kaiſerlichen Familie, bei dem Thronfolger, den Schweſtern des Kaiſers, den Großfürſtinnen Marie und Olga, überwogen die franzöſiſchen Sympathien. Es fehlte nicht an

Stimmen, die den Kaiſer vor der Erſtarkung Preußens warnten, ihm die Unterſtützung Frankreichs als im ruſſiſchen Intereſſe liegend dringend anrieten. Aber der Wille des Selbſtherrſchers aller Reußen, dem ſein Kanzler zuſtimmte, war damals in Rußland noch maßgebend, und ſolange Alexander II. lebte, konnte Berlin auf ſeine freundſchaftlichen Dispoſitionen rechnen. Anders Fürſt Gortſchakow in ſeinen ſpäteren Jahren. Er hatte den jüngeren Diplomaten Bismarck einſt als ſeinen gelehrigen und ergebenen Schüler anzuſehen ſich geſchmeichelt[1]); als er wahrnahm, daß der Schüler ſich zu einem ſelbſtändigen Meiſter, das Deutſche Reich ſich zu einem mächtigen Staat im Zentrum Europas entwickelt hatte, erwachte die perſönliche Eiferſucht des alten Staatsmannes und ſein politiſches Mißtrauen. In den ſiebziger Jahren bahnte er die Freundſchaft mit Frankreich an. Bismarck erkannte richtig die Wandlung der Dinge in Rußland, wo die nationaliſtiſche Strömung der Aksakow, Katkow, Miljutin, Ignatiew uſw. mehr und mehr Einfluß auch auf die politiſche Richtung gewann. Er ſetzte den Abſchluß des Bündniſſes mit Öſterreich-Ungarn durch. Das bedeutet einen Wendepunkt der deutſch-ruſſiſchen Beziehungen, denn alte und

[1]) Der Kampf, den Bismarck als Bundestagsgeſandter in Frankfurt a. M. gegen die öſterreichiſche Diplomatie geführt hatte, mochte ihn dem ruſſiſchen Kanzler, deſſen Abneigung gegen Öſterreich bekannt war, wohl noch beſonders ſympathiſch machen.

fundamentale, nur zeitweilig mühsam überbrückte Gegensätze im Orient trennten Petersburg und Wien[1]), Gegensätze, die mit dem Anschwellen der allslawischen Idee immer akuter werden mußten. Wohl prägte Bismarck das Wort, die Dinge am Balkan seien nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert; die Entwicklung aber und Ausdehnung auch unserer Interessen, die Verschlingung der Fäden mußte auch uns weitere Ziele stecken. Das von Bismarck ins Leben gerufene Dreikaiserbündnis bedeutet, wie Julius v. Eckardt in seinem Buche „Aus der russischen Gesellschaft"[2]) treffend sagt, eigentlich nur einen Waffenstillstand zwischen den russischen und österreichischen Orientinteressen, so wie der bekannte, im Juni 1887 an Stelle des ersteren getretene Rückversicherungsvertrag[3]) nur einen Zwischenzustand, eine meisterhafte diplomatische Verkleisterung pro tempore der auch zwischen Berlin und Petersburg entstandenen Risse darstellte[4]). Ob der Vertrag (nach dem Rücktritt Bismarcks und bei den bekannten

---

[1]) Das österreichisch-russische Bündnis und der Krieg gegen die Türken 1787 verdanken ihre Entstehung nur dem Antagonismus Josephs II. gegen Preußen und seinem Wunsche, mit Katharinas Hilfe den Frieden von Teschen zu annullieren und Bayern seinen Staaten einzuverleiben.

[2]) S. 406 a. a. O.

[3]) Der „Rückversicherungsvertrag" war nur zwischen Deutschland und Rußland geschlossen, da Rußland die Zuziehung Österreichs direkt ablehnte.

[4]) „Eine rein provisorische Augenblickslösung" nennt es H. Oncken in seiner Schrift „Das alte und das neue Mitteleuropa".

Geſinnungen Alexanders III.) noch lange durchzuhalten geweſen wäre, mag hier ununterſucht bleiben. Die politiſchen Möglichkeiten ändern ſich mit dem Wechſel der Dinge und Perſonen, und anfangs mehr latente Gegenſätze treten oft erſt ſpäter mit ihren Konſequenzen zutage. Hätte Fürſt Bismarck nicht ſelbſt bereits mit der Möglichkeit eines Konflikts mit Rußland gerechnet — und er tat es —, ſo hätte er nicht die Allianz mit Öſterreich geſchloſſen. Der alternde Gortſchakow, den ſein Popularitätsbedürfnis zum Liebäugeln mit der Moskauer Nationalpartei verführte, hoffte, ſeine ſtaatsmänniſche Tätigkeit mit dem „Finale" einer glänzenden Löſung der orientaliſchen Frage zu beenden[1]). Der Aufſtand der Raja in der Herzegowina, Serbien und Montenegro führte zum ruſſiſch-türkiſchen Kriege, zum Frieden von St. Stefano und zum Berliner Kongreß. Das Ergebnis des letzteren iſt von der öffentlichen Meinung Rußlands ſtets als eine Niederlage betrachtet worden, durch die Rußland um die Früchte ſeiner Siege gebracht, von den Zielen ſeiner Orientpolitik abgedrängt wurde, und die es Deutſchland zu verdanken hätte. Sowenig berechtigt dieſe Annahme war, ſo bezeichnend war ſie für die Stimmung in Rußland. Der Berliner Kongreß bedeutete eigentlich das Totengeläute der ruſſiſch-deutſchen Freundſchaft. Seitens des Nachfolgers Alexanders II., des dritten dieſes Namens, fanden die

[1]) J. v. Eckardt, a. a. O. S. 313.

panſlawiſtiſchen Tendenzen eine direkte Begünſtigung. Die Allianz mit Frankreich wurde im Herbſt 1893 geſchloſſen[1]). Die Gegenſätze zur Donaumonarchie im Balkan, wie uns gegenüber in der Türkei infolge unſerer Bagdadpolitik, verſchärften ſich. Das ruſſiſche Wort: „Der Weg nach Konſtantinopel führt über Berlin", iſt bekannt. Die Meerengenfrage war für Rußland gewiſſermaßen eine vitale[2]). Und der Traum der Herrſchaft über Byzanz hat im ruſſiſchen Volke ſtets fortgelebt, hat es immer wieder zu Kämpfen und Opfern zu begeiſtern vermocht. Nach einer kurzen, mißglückten Diverſion nach Oſtaſien nahm Rußland ſeine alte Orientpolitik wieder auf. Das deutſche und deutſchfreundliche Element am ruſſiſchen Hofe, in der Regierung und Diplomatie verſchwand mehr und mehr, an Stelle der Neſſelrode, Cancrin, Berg, Schuwalow uſw. waren die Ignatiew, Iswolſki, Tſcharikow, Saſonow getreten. Die nationaliſtiſchen, antideutſchen Tendenzen wurden maßgebend. Die Entrevuen von Reval und Racconigi folgten, ſie waren bedeutſame Etappen auf dem Wege zum Weltkriege! Ein grelles Licht auf die Lage warf die bosniſche Kriſe. Rußland verſtärkte ſeine Rüſtungen mit

[1]) Sie war eingeleitet worden durch ein Arrangement diplomatique im Jahre 1891 und eine Militärkonvention im Jahre 1892.

[2]) Einer Löſung dieſer Frage unter Bedingungen, die ſich mit den Selbſtändigkeitsrechten der Türkei vertragen hätten, iſt übrigens von uns nie widerſtanden worden; ſie wurde auch während des Krieges wiederholt ins Auge gefaßt.

Hilfe der von den französischen Alliierten geliehenen Milliarden, Polen wurde durch Eisenbahn- und Festungsbauten zum Aufmarschgebiet gestaltet. Die deutsche Regierung, die keinerlei Interesse am Krieg haben konnte, keinerlei Offensiv- oder Eroberungspläne verfolgte, suchte den europäischen Frieden solange und soweit als möglich zu wahren. Es muß hier betont werden, daß die Erhaltung des Friedens trotz gelegentlicher temperamentvoller Äußerungen, die anders gedeutet werden konnten, das bestimmte Ziel der Politik Wilhelms II. war; der Kaiser wollte der Friedenskaiser sein. Sein persönlicher Versuch zu einer Verständigung mit der russisch-französischen Gruppe, der Vertrag von Björkö (1905), ist durch die russischen Enthüllungen bekannt geworden. Der von dem Selbstherrscher Rußlands gezeichnete Vertrag wurde von dessen Regierung desavouiert. Unsere wohlwollende Haltung während des russisch-japanischen Krieges erntete nur politischen Undank. Das Potsdamer Abkommen blieb ineffektiv. Die Beilegung des bosnischen Konflikts durch deutsche Vermittlung gab nur den Beweis unseres auf Wahrung des Friedens gerichteten Bemühens. Denn die in Rußland verbreitete Version, ein deutsches Ultimatum habe Rußland zum Nachgeben gezwungen, ist eine Fabel, die von uns feindlicher Seite ausgestreut und begünstigt wurde; es handelte sich um einen Vermittlungsvorschlag, den Herr Iswolski

mit Freude ergriff, um ſich aus der Sackgaſſe zu ziehen, in die er durch ſein unüberlegtes Vorgehen geraten war[1]). Aber wie Gortſchakow einſt das Odium der Beſchlüſſe des Berliner Kongreſſes auf Bismarck und Schuwalow abzuwälzen verſtanden hatte, ſo verſuchte ſein nicht minder eitler Nachfolger, die Schlappe ſeiner eigenen Staatskunſt auf deutſche Rechnung zu ſchieben. Die Londoner Konferenz, durch die die albaniſche Kriſe beigelegt wurde, bot der deutſchen Diplomatie einen neuen erfolgreichen Anlaß zu ausgleichender Tätigkeit. Ihrer Haltung, wie der Englands, war es in erſter Linie zu danken, daß der Krieg damals vermieden wurde. Doch Rußland wühlte im Balkan weiter. Der Mord von Sarajewo war die Frucht der von ruſſiſchen Agenten in Belgrad geſäten Saat. Hiervon wird ſpäter noch ausführlicher zu ſprechen ſein.

---

[1]) Der Adjoint des Miniſters, Herr Tſcharykow, ſagte: „C'est un grand service que l'Allemagne à rendu a la Russie.“ Rußland war damals noch nicht gerüſtet!

II. Die Weſtmächte und Mitteleuropa.

Wir pflegen gemeiniglich diejenigen hiſtoriſchen Vorgänge auch „Weltgeſchichte“ zu nennen, die ſtrenggenommen — wenigſtens etwa ſeit der Völkerwanderung — nur die Geſchichte Europas bilden. Das römiſche Imperium war zerfallen, die großen aſiatiſchen Reiche waren längſt in Trümmer geſunken oder lebten, wie China, Japan, Indien, ein abgeſchloſſenes Sonderleben. Die Länder Amerikas waren noch koloniale Abhängigkeiten Europas und entwickelten ſich erſt ſpät und allmählich zu ſelbſtändigen Staaten. Europa war der Brennpunkt der kulturellen Entwicklung, die, zum Teil auch alte Werte umprägend, eine neue Ziviliſation hervorbrachte und wiederum über die Erde trug, ſowie der politiſchen Betätigung, die durch den Wettſtreit der einzelnen Staaten fortgeſetzt Wechſel und neues Leben erhielt und ſich auch auf die anderen Weltteile ausdehnte.

In dieſe europäiſche Geſchichte iſt Rußland erſt Anfang des 18. Jahrhunderts eingetreten. Der Firnis weſtlicher Kultur, den Peter der Große und ſeine Nachfolger aus deutſchem Fürſtenhauſe dem Zarenreich gaben, die Verlegung der Hauptſtadt an die nordweſtliche Peripherie, die Einmiſchung in die europäiſchen Händel ſeit

der Teilnahme der Kaiſerin Eliſabeth am Siebenjährigen Kriege haben irrtümlich dazu geführt, Rußland auch als europäiſchen Staat anzuſehen. Es iſt kulturell, geographiſch und politiſch ſtets ein halb-, wenn nicht mehr aſiatiſcher Staat geblieben. Seine Kultur iſt trotz aller franzöſiſch-deutſchen Flitter byzantiniſch-aſiatiſch, im Gegenſatz zu der germaniſch-romaniſchen des weſtlichen Europas. Rußland ſteht kulturell weit unter Europa. Sein Geſetz war aſiatiſcher Deſpotismus, ſein Weſen iſt Unordnung. Mit erſchreckender Nacktheit trat dieſe zutage, als jener geſtürzt war. Mit ſeinem Expanſionsdrang, verbunden mit ſeiner rapiden Volksvermehrung, war Rußland ſtets eine Gefahr für Europa. Der Zuſammenprall des Moskowiterreichs mit ſeinen weſtlichen, europäiſchen Nachbarſtaaten mußte wohl ſchließlich erfolgen, wie ein unvermeidliches Naturgeſetz. Deutſchland, obwohl im Weltkrieg gegen die Weſtmächte und Amerika unterlegen, hat in der ihm aufgezwungenen Abwehr Rußlands Europa gerettet.

Frankreich, ſeit 1893 der Alliierte Rußlands, war ſeit dem Kriege 1870 unverſöhnlich geblieben. Das Selbſtgefühl der Franzoſen, einer hervorragend kriegeriſchen Nation, die ihre traditionelle Tapferkeit auch im jetzigen Kriege wieder bewährt hat, konnte das Gefühl der Niederlage, die Verdunkelung der alten Gloire nicht verwinden. Haß und Rachegefühl gegen den ſiegreichen Gegner kriſtalliſierten ſich in dem Schmerz um die „ge-

raubten" Provinzen, wobei ganz übersehen wurde, daß dieſe altes deutſches Reichsland waren und zum großen Teile bis heute deutſchſprachig ſind. Alle Verſuche eines Entgegenkommens waren nutzlos, die von Bismarck begünſtigte Ablenkung auf Tunis wie andere koloniale Betätigungen konnten den Revanchegedanken nicht zum Einſchlafen bringen. Dies namentlich, ſeitdem Herr Delcaſſé die auswärtige Politik Frankreichs leitete. Und wenn der Revanchewunſch einmal ſich abzuſchwächen ſchien, wurde er bedauerlicherweiſe durch politiſche Zwiſchenfälle, wie die Marokkokriſen, wieder angefacht. Das Bündnis mit Rußland war trotz aller innerpolitiſchen Gegenſätze[1]) in Frankreich ſo populär, weil es die Ausſicht auf die Verwirklichung der Revanche näher rückte. Die Enttäuſchung in Ägypten, der Groll über Faſchoda, die alteingewurzelte Abneigung gegen England, alles verblaßte neben dieſem einen, von einer chauviniſtiſchen Preſſe ſtets neu angeregten Gedanken, der Kopf und Herz der Franzoſen völlig in ſeinem Banne hielt. Man begeiſterte ſich für die Allianz mit Rußland, ohne dieſes zu kennen, man ſchwärmte für die Entente mit England, man warb um die Freundſchaft Italiens,

[1]) Charles Rivet, Korreſpondent des Temps, nennt es in ſeinem Buch „Le dernier Romanof", Seite 339, einen Anachronismus. Seite 344 ſpricht er von der humiliation d'être liés à une tyrannie, und ſagt weiter: On a trop souvant parlé de l'avantage militaire que nous apportait la Russie tsariste pour ne pas assez se rendre compte du tort moral qu'elle nous faisait.

nur aus Haß gegen Deutſchland. En résumé et partout, intellectuellement, matériellement, militairement, la revanche!, wie die Revue des Deux Mondes 1913 ſchrieb.

Der ſchwediſche Profeſſor Rudolf Kjellen hat in ſeinem Buche „England und Europa" in geiſtreicher Weiſe ausgeführt, daß, wenn ſchon in anderem Sinne als Rußland, auch England nicht als rein europäiſche Macht angeſehen werden kann. Urſprung und Lage, Geſchichte und Kultur verbinden Britannien zwar mit Europa. Aber während die Kontinentalſtaaten im gegenſeitigen Kampf um die Vormachtſtellung ihre Kräfte verbrauchten, hat das Inſelreich ſeit Königin Eliſabeths Zeiten und namentlich ſeit der zweiten Hälfte des 17. und im 19. Jahrhundert durch überſeeiſche Betätigung eine Entwicklung genommen, die den Schwerpunkt des britiſchen Imperiums aus Europa heraus verlegte. Albions Flotte beherrſchte die Meere, der engliſche Handel überſpannte mit ſeinen Fäden den ganzen Erdball, in drei Weltteilen liegen die Dominions und Kolonien der engliſchen Krone, die viele Male größer ſind als das kleine Mutterland und ſich aus reinem Kolonialbeſitz längſt zu einem Geſamtorganismus mit dieſem herausgebildet haben[1]).

[1]) Lord Beaconsfield ſagte in einer Rede im engliſchen Oberhauſe am 8. April 1878: „Nichts in der Geſchichte kann unſerem Reiche verglichen werden. Weder Cäſar noch Karl der Große haben die Geſchicke einer ähnlichen Herrſchaft gelenkt. Unſere Flagge weht auf allen Meeren, unſere Provinzen gehen durch alle Breitengrade, ſie umfaſſen Untertanen

Das europäiſche England ſtand dadurch neben Europa und war nur noch die „Kraftzentrale“ für das „weltumfaſſende Gebäude“.

Es war früher ein Axiom der engliſchen Politik, daß ſie ſtets gegen die größte Seemacht des europäiſchen Feſtlandes gerichtet war (Spanien, Holland, Frankreich). Nicht etwa, daß Albion alle Wirren des Kontinents vorbedacht angezettelt hätte — das hieße der engliſchen Politik zuviel Fineſſe zutrauen — aber es wußte ſie ſtets geſchickt für ſeine Zwecke auszunutzen. Und inſtinktiv unterſtützte hierin die öffentliche Meinung die Politik der Regierung. Dieſes Axiom hat ſich bis in die Gegenwart in der engliſchen Politik erhalten. Als das neuerſtandene Deutſche Reich zu einem der größten Handels- und Exportſtaaten wurde, als es Kolonien erwarb, als es gar anfing, eine ſtarke Flotte zum Schutze dieſer ſeiner Intereſſen zu bauen, erwachte das Mißtrauen und die Eiferſucht Englands. Die handelspolitiſche Konkurrenz führte zu einem natürlichen Gegenſatz zwiſchen den ſtammverwandten Ländern. Aber erſt die oft überlaut betriebene Flottenagitation in Deutſchland — mehr noch als der Flottenbau ſelbſt — machte dieſen Gegenſatz akuter[1]). Sie lieh den deutſch-

von den verſchiedenſten Raſſen, Religionen, Geſetzen, Sitten, Gewohnheiten.“

Und England will uns des Imperialismus beſchuldigen!

[1]) Im Jahre 1905 ſagte mir der kluge Botſchafter Graf Metternich: „Die Flotte könnten wir wohl bauen, aber die provokatoriſche Art der

feindlichen Elementen jenſeits des Kanals eine Agitationswaffe, um dem engliſchen Volk die Wahnvorſtellung einzuimpfen, daß Deutſchland auf einen Angriff gegen England abziele. In jedem deutſchen Kellner in London glaubte dieſe Geſpenſterfurcht einen Spion zu erkennen. Ein amerikaniſcher Botſchafter, der aus England kam, antwortete mir auf die Frage, wer denn eigentlich die alberne Furcht eines deutſchen Angriffs hegte: „The man in the street.“ Hüben und drüben hetzte die nationaliſtiſche Preſſe.

Bismarck, den ein Teil unſerer öffentlichen Meinung, auch unter Zuhilfenahme gelegentlicher Äußerungen, gern zu einem geſchworenen Gegner Albions, wie zum grundſätzlichen Freund Rußlands zu ſtempeln verſucht hat, hat doch nie verſäumt, auf gute Beziehungen mit England zu achten und Fäden zu knüpfen, die uns mit der großen Seemacht verbanden. Noch in den letzten Jahren ſeiner amtlichen Tätigkeit, auf dem Höhepunkt ſeiner politiſchen Macht, ſchrieb er den neuerdings veröffentlichten Brief an Lord Salisbury[1]), der zwiſchen den

---

Agitation, wie ſie bei uns dafür getrieben wird, fällt den Engländern auf die Nerven, ſie muß zu Konflikten führen.“ Der Botſchafter hat auch amtlich ſeine Stimme in gleichem Sinne vernehmen laſſen. Er erfreute ſich dafür einer auffallenden Abneigung in heißſpornigen Marinekreiſen bei uns.

[1]) Der Brief iſt abgedruckt am Schluß der Schrift von Otto Hammann: „Zur Vorgeſchichte des Weltkrieges.“ Er iſt datiert vom 22. November 1887.

Zeilen den Wunſch einer näheren Verbindung mit England durchblicken ließ. Die höfliche, wenn auch nicht ablehnende, ſo doch die Abſicht umgehende Antwort des engliſchen Premiers hätte den großen Kanzler, wenn nicht inzwiſchen ſein Rücktritt erfolgt wäre, ſicherlich nicht davon abgebracht, ſeinen Vorſatz gelegentlich weiter zu verfolgen.

Zu dem deutſch-öſterreichiſchen Bündnis, welches den Angelpunkt ſeiner Politik bildete, hatte Fürſt Bismarck als „Hilfskonſtruktion" den Beitritt Italiens herbeizuführen gewußt. Letzteres wünſchte den Anſchluß an Deutſchland als Deckung gegen Frankreich, das ſein Protektorat über Tunis erklärt hatte. Bismarck wies die italieniſchen Staatsmänner nach Wien. Den irredentiſtiſchen Aſpirationen Italiens ſollte ein Kapzaum auferlegt, der zwiſchen den beiden Nachbarſtaaten vorhandene Exploſivſtoff unter Bündnisverſchluß gelegt werden. Wie mir Marcheſe Visconti Venoſta einmal ſagte: L'Italie ne peut être que l'ennemi ou bien l'allié de l'Autriche. Der Dreibund war gedacht als mitteleuropäiſcher Friedensblock. Eine Defenſivſtellung gegen die Revanchegelüſte Frankreichs und die panſlawiſtiſchen Strömungen Rußlands, zugleich als Überbrückung der Differenzen der Partizipienten. Jede agreſſive Tendenz lag ihm fern. Wenn ſie ſich gelegentlich bei Criſpi zeigte, wies Bismarck ſie ſofort zurück.

Hatte ſchon der Anſchluß Italiens an den Dreibund

unter engliſcher Förderung ſtattgefunden, ſo wurden andererſeits unter der Patronanz des deutſchen Kanzlers im Jahre 1887 zwiſchen Öſterreich-Ungarn, Italien und England Abreden geſchloſſen, die die Wahrung des Status quo im Orient im Auge hatten. Bismarck begünſtigte dieſe Verſtändigung der drei Mächte, weil er darin eine willkommene Ergänzung des Bündniſſes und eine Entlaſtung Deutſchlands erblickte. Denn die Donaumonarchie, welche wir ſonſt in erſter Linie gegen einen ruſſiſchen Angriff zu verteidigen gehabt hätten, erhielt nun auch ſeitens Englands und Italiens Sicherung gegen ein aktives Vorgehen Rußlands im Balkan, ſie konnte ſchon, durch dieſe beiden Staaten geſtützt, Rußland die Wage halten[1]). England wurde hierdurch in ein näheres Verhältnis zu dem mitteleuropäiſchen Bündnis gebracht und zur Beteiligung an deſſen Laſten herangezogen; es fand, wie Hermann Oncken

---

[1]) Als ich behufs Widerlegung verſchiedener Behauptungen und u. a. der Darſtellung einer Berliner Zeitung, daß das Bismarckſche Vertragsſyſtem und ſpeziell der ruſſiſche Rückverſicherungsvertrag die Intereſſen Deutſchlands, Öſterreichs, Italiens und der Türkei gewahrt, für England aber eine Bedrohung bedeutet habe, in einem Münchener Interview auf die Verſtändigung mit England vom Jahre 1887 hinwies, wurde mir entgegengehalten, ich hätte überſehen, daß letztere zeitlich vor dem Abſchluß des Rückverſicherungsvertrages ſtattgefunden und vermutlich zu den „diplomatiſchen Kunſtgriffen“ Bismarcks gehört habe, um Rußland zum Abſchluß der Rückverſicherung zu bewegen. Das iſt allzu fein erſonnen. Denn die Verſtändigung mit England erfolgte in Wirklichkeit nach dem Abſchluß mit Rußland.

ſich ausdrückt[1]), eine moraliſche Verlängerung des Dreibunds über den Kanal ſtatt. Die natürlichen Intereſſen Italiens als Mittelmeerſtaates wieſen dieſes auch ſonſt vielfach auf England hin. Schon vor der obengenannten Vereinbarung und neben derſelben herlaufend beſtanden diplomatiſche Abreden zwiſchen den beiden Ländern. Leider löſten ſich ſpäter (1895) dieſe Fäden, was die Stellung Italiens im Dreibund weſentlich veränderte.

Eine weitere Hilfskonſtruktion Bismarckſcher Staatskunſt war der Anſchluß Rumäniens an den Bund der Zentralmächte. König Karol trug Bismarck ein Bündnis mit Deutſchland an, dieſer aber verwies, wie die Italiener, ſo auch den rumäniſchen Herrſcher auf den Weg über Wien. Es war dies eine Rückſichtnahme auf Öſterreich, das der Allianz mit Rumänien ein gewiſſes Widerſtreben zeigte. Auch ſollten die rumäniſchen und ungariſchen Nationaliſten an die Kette gelegt werden. Eigentlich war es ein deutſch-rumäniſcher Bund[2]).

---

[1]) In ſeiner Schrift: „Das alte und das neue Mitteleuropa."

[2]) Kaiſer Franz Joſeph hat ſpäter den Wert des Bündniſſes mit Rumänien vollauf zu ſchätzen gewußt. Bei meiner Vorſtellung als Staatsſekretär in Wien, im Frühjahr 1913, ſprach mir der Kaiſer von der Wichtigkeit der Haltung Rumäniens, der „Wacht an der unteren Donau". Auch in der letzten Audienz, anfangs Auguſt 1916 — 6 Wochen vor ſeinem Tode —, erwähnte der greiſe Monarch mit Sorge Rumänien. Aber leider verſchloß ſich die politiſche Leitung am Ballplatz unſeren ernſten, nur allzu begründeten Beſorgniſſen und wollte nicht an die agreſſiven Abſichten Bratianus glauben. Es waren beſonders magyariſche Sonderintereſſen, die ſich einem Entgegenkommen gegen Rumänien auf dem Gebiete

So ſchien durch ein kunſtvolles Vertragsſyſtem der Friede Europas und die Sicherheit Deutſchlands ſoweit als möglich garantiert.

Ein neues Moment für die deutſche Politik bildete das durch die ſchnelle und außerordentliche Entwicklung des Reiches bedingte Bedürfnis nach wirtſchaftlicher Expanſion, ein Bedürfnis, das u. a. die großen Projekte der Bagdadbahn, der Erſchließung Anatoliens und Meſopotamiens zeitigte und zur Freundſchaft mit der Türkei führte. Hier im Orient berührte die deutſche Politik ſich mit ruſſiſchen und namentlich auch engliſchen Intereſſenſphären.

Bereits früher hatte Deutſchland aus dem gleichen Grunde mit dem Erwerb von Kolonialbeſitz begonnen, ſein Handel ſuchte und fand Eingang in allen Ländern der Erde. Deutſchland war in die Weltpolitik eingetreten. Es war die natürliche Folgerung der Begründung des großen Reiches, das im Zentrum Europas gelegen, dort kein genügendes Betätigungsfeld hatte, der ſtaatlichen Einigung eines Volkes von 50, ſpäter über 60 Millionen. Nur zögernd hat Bismarck anfangs dieſen Weg betreten, er fürchtete wohl die Überſtürzung des Laufes, aber er erkannte die Forderungen der Entwicklung. Noch in ſeine Amtszeit fällt der Erwerb von

---

nationaler Fragen widerſetzten und jede derartige Konzeſſion als „Zeichen von Schwäche und Furcht“ ablehnen ließen. Nicht ganz drei Wochen ſpäter, am 27. Auguſt, erklärte Rumänien den Krieg!

Togo, Altkamerun, Deutſch-Südweſt- und Oſtafrika, Deutſch-Neuguinea und der Marſchallinſeln, ſpäter folgten der Eintauſch von Helgoland, die Pachtung von Tſingtau, der Kauf der Karolinen-, Palau- und Marianeninſeln, ſowie von Samoa, der Erwerb von Neukamerun. Die deutſche Flagge begann ſich allerorts zu zeigen. Gerade der Eintritt in die Weltpolitik erheiſchte eine Verſtändigung mit der größten und älteſten Weltmacht. Weltpolitik *gegen* England machen zu wollen, wenn man auf dem Kontinent von zwei feindlichen Mächten ſich bedroht wußte, war ein Unding!

Es war verſtändlich, daß das Erſcheinen der jungen Kaiſermacht auf der Weltbühne — *des* Deutſchlands, das man lange nur als „Land der Dichter und Denker", als lediglich kontinentalen Faktor, ja als Konglomerat von Kleinſtaaten mit partikulariſtiſchen Zänkereien anzuſehen gewohnt war — Überraſchung, teilweiſe Neid und Eiferſucht bei den anderen Nationen hervorrief, und daß namentlich in dem weltbeherrſchenden England das Auftreten des deutſchen Handels und der deutſchen Flotte als unbehagliche Konkurrenz empfunden wurde. Manche unbedachte, daheim weniger beachtete, aber im mißtrauiſchen Ausland oft weit über Gebühr unterſtrichene Äußerung eines an ſich berechtigten Nationalgefühls[1])

[1]) Ich muß geſtehen, daß ich, und mit mir wohl viele andere, z. B. von den im Ausland während des Krieges ſoviel genannten Bernhardiſchen Schriften erſt durch die Angriffe unſerer Feinde Kenntnis erhalten

— in allen Ländern hat das 19. Jahrhundert ein Anſchwellen nationaliſtiſcher Strömungen gezeigt — trug dazu bei, der amtlichen deutſchen Politik Motive und Ziele zuzutrauen, die ſie niemals hatte und vernünftigerweiſe gar nicht haben konnte.

Eine Möglichkeit, den deutſch-engliſchen Gegenſatz zu überbrücken, ſchien ſich Ende der 90er Jahre zu bieten, als Chamberlain in einer vertraulichen Unterredung mit unſerem Londoner Botſchafter, Grafen Hatzfeld, den Abſchluß eines Vertrages zwiſchen den beiden Ländern anregte[1]). In einer am 30. November 1899 in Leiceſter gehaltenen Rede ging der engliſche Kolonialminiſter ſogar ſo weit, öffentlich zu erklären, daß England nicht

habe. Das ſogenannte Alldeutſchtum wurde vor dem Kriege wohl mitunter als unbequemer, die Wirkungen der Politik hemmender Faktor empfunden, hat aber auf die Entſchlüſſe der Regierung keinen maßgebenden Einfluß geübt. Vielleicht hat es manchmal zuviel Schonung erfahren, weil es gelegentlich, z. B. für den Flottenbau, innerpolitiſche Vorſpanndienſte leiſtete. Es konnte auch keineswegs als Ausdruck der eigentlichen Volksſtimmung gelten, es war teils die Konzeption wohlmeinender, aber unpolitiſcher Köpfe, teils auch nur eine — freilich oft recht geräuſchvolle — Exhalation von Bierbänken, einzelnen Redaktionsſtuben und Vereinsverſammlungen, die ihren Anhang aber nur in einem Bruchteil der Bevölkerung fanden. Während des Krieges, wo die Kampfſtimmung die Leidenſchaften oft in Fieberwallung verſetzte, iſt die Bedeutung dieſer Agitation allerdings geſtiegen, denn ſie vermochte ſelbſt ruhigere patriotiſche Kreiſe mit ſich zu reißen und fand auch bei manchen leitenden Stellen Gehör und Unterſtützung. Aber iſt das in Frankreich, England, Italien (!) und ſelbſt in Amerika nicht der Fall geweſen?

[1]) Über die deutſch-engliſchen Annäherungsverſuche ſiehe auch Otto Hammann: „Zur Vorgeſchichte des Weltkrieges“, Kapitel III und V.

dauernd dem Kontinent gegenüber isoliert bleiben könne, und daß „die natürlichste Allianz die zwischen England und dem Deutschen Reiche" sei. Aber Berlin verhielt sich zögernd bei den Verhandlungen, und es kam schließlich nur zu drei Spezialverständigungen, dem Abkommen über die portugiesischen Kolonien, dem Samoa- und dem Jangtsevertrag, deren Wirkungen nicht einmal immer den Erwartungen entsprachen, zum Teil vielleicht deshalb nicht, weil sie nicht von dem Vertrauen eines allgemeinen Bündnisses getragen waren. Im Jahre 1901, als Lord Lansdowne das Foreign Office leitete, machte Chamberlain einen erneuten Vorstoß, indem er andeutete, daß England entweder bei Deutschland oder bei Rußland Anschluß suchen müsse. Der Premier Lord Salisbury war nicht mehr abgeneigt, auf ein Defensivbündnis einzugehen.

Die von Bismarck in seinem Brief vom November 1887 gesäete Saat hätte jetzt aufgehen können. Aber in Berlin zögerte man von neuem, da man den englischen Hinweis auf die Möglichkeit eines Anschlusses an Rußland nur für Bluff hielt, die Schwierigkeiten der Lage Englands überschätzte und die alte Schablone der „zwei Eisen" (Rußland und England) — ein Inventarstück der angeblichen Bismarckpolitik — nicht aufgeben zu sollen glaubte. Man trug sich mit dem Gedanken des Anschlusses Englands an den Dreibund unter Hinzuziehung Japans (Fünfergruppe) und wünschte, daß in

Wien verhandelt werden ſollte. Aber England lehnte das ab und wollte zunächſt mit Deutſchland verhandeln[1]). Die Verhandlungen über die Bündnisfrage ſchliefen ein. Der Zwiſchenfall einer Rede Chamberlains in Edinburg, auf die der deutſche Kanzler im Reichstag eine ſehr ſcharfe Antwort gab, erbitterte hüben und drüben die Volksſtimmung. Auch auf die Anregung einer Verſtändigung über Marokko, nach welchem Frankreich die Hand auszuſtrecken begann, ging man deutſcherſeits nicht ein, weil man „die Kaſtanien" für England nicht aus dem Feuer holen wollte. Und dasſelbe Marokko ſollte zwei Jahre ſpäter dazu dienen, England und Frankreich zuſammenzuführen und uns in zwei ſchwere Kriſen hineinzuziehen! Man kann heute wohl von verpaßten Ge-

[1]) England ſcheute ſich, das Riſiko der öſterreichiſchen Balkanintereſſen mitzuübernehmen. Es wollte den Anſchluß an Deutſchland, nicht an den Dreibund als ſolchen. Ein Analogon einer derartigen Abmachung mit einem Teilnehmer der zentralmächtlichen Gruppe hätten die früher erwähnten Vereinbarungen mit Öſterreich und Italien geboten, an denen wieder Deutſchland nicht direkt beteiligt war. Doch Herr von Holſtein nannte das „höflich ausgedrückt ein negotium claudicans". Das Bedenken war gewiß nicht ganz unbegründet. Aber die Politik iſt die Kunſt des Möglichen, und ein neben dem Dreibund laufender Vertrag mit England hätte dieſes zwar nicht für alle Verpflichtungen des Dreibundes haftbar gemacht, immerhin aber verhindert, daß England im entſcheidenden Moment auf der Seite unſerer Feinde geſtanden hätte, wie dies 1914 der Fall war. Nicht zu überſehen iſt freilich, daß die öffentliche Meinung jenſeit und diesſeit des Kanals durch verſchiedene Zwiſchenfälle (Krügertelegramm, Burenkrieg, Rededuell Bülow-Chamberlain, Hetze einzelner Preßorgane) einem Bündnis immer ungünſtiger geworden war.

legenheiten ſprechen. Die Folge war, daß England ſeine Politik anders orientierte: noch im Jahre 1901 knüpfte es das Bündnis mit Japan (unterzeichnet am 30. Januar 1902[1]), 1903/04 ſchloß es die Entente cordiale mit Frankreich, und anläßlich der Revue von Reval erfolgte die freundſchaftliche Verſtändigung mit Rußland[2]), die früher für eine Unmöglichkeit gegolten hatte! Die ſogenannte „Einkreiſungspolitik" hatte begonnen, welche man ſtets als eigenſtes Werk König Eduards VII. angeſehen hat. Ob der klugen Königin Viktoria vielleicht mehr politiſch intriganter, als wirklich ſtaatsmänniſch veranlagter Sohn es tatſächlich bis zum Kriege mit uns hat treiben wollen? Seinem Koburger Temperament hätte dies wohl nicht entſprochen. Aber aus politiſchen und perſönlichen Motiven erſtrebte er die diplomatiſche Einſchnürung Deutſchlands, es reizte ihn gleichzeitig, ſeinem kaiſerlichen Neffen als ebenbürtiger oder überlegener Gegner auf dem politiſchen Schachbrett entgegenzutreten. Seine häufigen Beſuche in Paris ſind bekannt, ebenſo ſeine Entrevue mit den Herrſchern Rußlands und Italiens, während ſeiner Badekuren in Marienbad traf er mit franzöſiſchen Politikern und öſterreichiſchen Ariſtokraten zuſammen, überall betätigte er ſich als eifriger politiſcher Agent.

[1]) Wie Hammann in ſeiner obengenannten Schrift Seite 158 richtig ſagt: Englands erſte entſcheidende Handlung, um ſein weltpolitiſches Übergewicht aufs neue zu befeſtigen.

[2]) Bereits im Jahre 1907 war das Abkommen über Perſien uſw. geſchloſſen, in Reval 1908 wurde die Verſtändigung bekräftigt und ausgedehnt.

III. Italiens Stellung im Dreibund.

Das alte europäiſche Gleichgewicht hatte ſich allmählich auf die einfachere Formel zweier ſich gegenüberſtehender Mächtegruppen umgeſtellt. Hie Entente, hie Dreibund! Während der verſchiedenen Kriſen, die im letzten Jahrzehnt vor Ausbruch des Weltkrieges den Frieden bedrohten, hatten wir bei allen diplomatiſchen Verhandlungen mit dieſer Gruppierung zu rechnen. Die Verbindungen, die den Dreibund auch mit den anderen Mächten verknüpften, hatten ſich gelöſt, der „Draht zwiſchen Berlin und Petersburg“ war geriſſen, die Abreden unſerer Sozien mit England waren weggefallen. Die Gegenſätze waren ſchroffer geworden, die Konturen der Konſtellation ſchärfer hervorgetreten. Und der Dreibund ſelbſt zeigte Schwächen und Riſſe. Neben einem kraftvoll erblühten Deutſchland ein durch Nationalitätenſtreit innerlich geſchwächtes und angemorſchtes Öſterreich-Ungarn, ein unzuverläſſiges Italien. Das Appendix Rumänien nahm mit dem Schwinden der Kräfte und des Einfluſſes ſeines alternden Königs an Verläßlichkeit ebenfalls ab.

Seit dem Tode des ritterlichen Königs Umberto hatten ſich in Italien bedenkliche politiſche Schwankungen ge-

zeigt. Der Groll wegen Tunis war verblaßt. Die Reibungen mit Frankreich waren mehr und mehr geschwunden und ausgeglichen, man liebte es, von der „lateinischen Schwester“ zu sprechen, man betonte, daß man in ihr neben den „Alleati“ noch eine „Amica“ besäße. Illegitime Liebe ist manchmal stärker als rechtmäßige Bindung. Italien leistete sich mehr als eine „Extratour“. Daneben lebte, namentlich in Norditalien, der alte Haß gegen Österreich fort, und die Gegensätze zu der Donaumonarchie waren durch die italienischen Balkanaspirationen noch verschärft worden. Der Sohn Umbertos hatte schon vor seiner Thronbesteigung der nationalistischen Jugend als Erfüller irredentistischer Träume gegolten. Das Meiden der Hauptstadt seitens des offiziellen Österreich wegen der römischen Frage, der nur in Venedig, nicht in Rom erwiderte Besuch bildeten einen Stachel gegen das klerikale Wien im Herzen Viktor Emanuels III. Seine Anwesenheit in Udine während der Manöver 1903 gab zu provozierenden Kundgebungen der Irredenta Anlaß. Der Ruf Trento e Trieste erscholl immer lauter, der Kammerpräsident Marcora erlaubte sich, von „unserem Trento“ zu sprechen. Auch auf die altera sponda dell'Adriatico, als Erbteil Venedigs, warf man begehrliche Blicke. Albanien — Valona — drohte zum Erisapfel zwischen Italien und Österreich zu werden. Andererseits mißtraute man den Absichten des letzteren hinsichtlich des die montene-

griniſche Küſte beherrſchenden Lovzen, und manche, oft ungeſchickte Maßregel der k. u. k. Behörden gegen Italiener, ſowie die Frage der italieniſchen Univerſität gaben Stoff zu Verſtimmung und Aufreizung.

Die Sorge um die Mittelmeerprobleme ließ die Politiker der küſtenreichen Halbinſel, neben der Koketterie mit Paris, ängſtlich liebende Blicke nach London richten. Mit Beſorgnis verfolgte man die deutſch-engliſche Spannung. Durch den Marquis Viconti Venoſta wurde eine Verſtändigung mit Frankreich über Marokko und Tripolis geſchloſſen, durch den Mailänder Fabrikanten Prinetti, der ihm in der Conſulta folgte, wurde ſie offenbar noch erheblich erweitert. Der Wortlaut der Abmachungen wurde geheimgehalten. Bei dem jüngſten Pariſer Beſuch König Viktor Emanuels — nunmehr Waffenbruders von Frankreich! — hat Herr Poincaré in ſeiner Begrüßungsrede geſagt, Italien habe ſchon ſeit 1902 verſprochen, nicht an einem Kriege gegen Frankreich teilnehmen zu wollen[1]). Trotzdem erneuerte es 1902 und ſogar noch

[1]) Nach dem Bericht des Temps vom 21. Dezember 1918 hat der Präſident geſagt: Même lorsque l'Italie avait contracté, avec les empires du centre, une assurance contre les retours offensifs de son ennemie héréditaire, l'Autriche, elle s'était amicalement tournée vers nous, dès 1902, et par des accords qui furent alors signés entre nos deux gouvernements, nous avait promis de ne jamais s'associer à une attaque dirigée contre la France. Hier iſt zwar von einem „Angriff" die Rede. Ein ſolcher hat auf Frankreich nicht ſtattgefunden. Auf die Anfrage, ob Frankreich in dem Kriege, zu dem uns ſein ruſſiſcher Alliierter durch die Mobilmachung zwang, neutral bleiben wolle, kam die Antwort,

im Herbſt 1912 den Dreibund und nahm auch 1913/14 die militäriſchen Abmachungen wieder auf, die es wegen ſeiner Schwächung durch den libyſchen Krieg kurze Zeit ſuspendiert hatte! Schon vor dem Weltkrieg erwies ſich Italien als unſicherer Kantoniſt, in Algeciras zeigte es eine unverläßliche, während der bosniſchen Kriſe eine faſt gegneriſche, auf der Londoner Konferenz eine zögernde Haltung. Die Enkel Machiavellis ſpielten ſichtlich ein Doppelſpiel.

Es iſt verſchiedentlich, ſo vom Botſchafter Grafen Monts, die Frage angeregt worden, ob unter dieſen Umſtänden Italien noch länger im Dreibund zu behalten,

---

Frankreich werde tun, was ſeine Intereſſen ihm geböten. Damit war es klar, daß Frankreich ſeiner Bündnispflicht entſprechen und an dem Kriege teilnehmen würde. Von wem unter ſolchen Umſtänden die formelle Kriegserklärung ausgeht, kann wohl bedeutungslos erſcheinen.

Bei Erneuerung des Dreibundes 1902 wünſchte Herr Prinetti zu erklären, daß der Vertrag nichts „Feindliches" gegen Frankreich enthalte. Der Vertrag war nicht offenſiv; es war aber ſchwer, dem Miniſter den Unterſchied zwiſchen „feindlich" und „offenſiv" klarzumachen. Unmittelbar nach der Erneuerung ſagte Herr Delcaſſé in der franzöſiſchen Kammer: „Italiens Politik iſt weder unmittelbar noch mittelbar durch ſeine Allianzen gegen Frankreich gerichtet. Keinesfalls kann ſie für uns zu einer Bedrohung führen, ebenſowenig in diplomatiſcher Form, wie durch Protokolle oder militäriſche Abreden. In keinem Falle und in keiner Form kann Italien das Werkzeug oder der Helfershelfer eines Angriffs auf unſer Land werden." Wenn man will, ein Spiel mit Worten, das aber eine weitgehende Deutung zuließ und offenbar auf Zuſicherungen Herrn Prinettis begründet war. Man wollte die Bedeutung der Erneuerung des Dreibundes abſchwächen. König Viktor Emanuel iſt in ſeiner Antwort auf den heiklen Paſſus der Rede Herrn Poincarés nicht eingegangen.

ob es nicht richtiger ſei, die Bündnisverpflichtungen wenigſtens umzugeſtalten, einzuſchränken? Im Grunde führte Italien doch nur das Scheinleben einer Großmacht, zu deren Stellung es ſeine ökonomiſche und militäriſche Kraft nicht voll berechtigte, deren Anſehen es eigentlich nur der Aufnahme in den Bund der zwei Kaiſermächte, als gleichberechtigter Teilnehmer, verdankte. In Berlin und Wien wollte man ſich jedoch aus dem Grunde nicht dazu entſchließen, weil eine Änderung des Vertrages die moraliſche Wirkung des zentraleuropäiſchen Bündniſſes nach außen hin mindern, die aggreſſiven Tendenzen Frankreichs ermutigen mußte, und weil Italien, von der Kette gelöſt, ſich vorausſichtlich ganz unſeren Gegnern anſchließen, nach einem Bismarck zugeſchriebenen Worte Öſterreich gelegentlich „in die Beine beißen“ könnte. So wurde in dem etwas ausgefahrenen Geleiſe weitergefahren.

IV. Der libyſche Krieg und die Balkanwirren.

Während des libyſchen Krieges erzählte mir Marcheſe di San Giuliano einmal, als ich ihm die Pantherfahrt nach Agadir angezeigt hätte, habe er zu ſeinem Unterſtaatsſekretär geſagt: „Die Stunde von Tripolis nähert ſich für Italien.“ Ungefähr drei Monate nach dem Beginn der zweiten Marokkokriſe — Ende September 1911 — benützte Italien ſeine vorteilhafte Doppelſtellung im Dreibund und zu den Weſtmächten zu dem Überfall auf Tripolis. Sowohl der König, wie der Konſeilpräſident Giolitti waren anfangs gegen die Entfeſſelung eines Krieges mit ſchwer abſehbaren Folgen geweſen. Aber die öffentliche Meinung war von Nationaliſten und Intereſſenten aufgepeitſcht worden, der Beſitz von Tripolis war ein alter Wunſch Italiens, und als Herr Giolitti ſah, daß das Unternehmen populär ſei, ſchlug er ſich zur Kriegspartei.

Deutſchland wurde durch den Angriff der Alliierten auf die uns befreundete Türkei in eine ſchwierige Lage verſetzt, unſere Intereſſen im Orient wurden dadurch erheblich tangiert. Unſere öffentliche Meinung nahm, beſonders auch im Hinblick auf die räuberiſche Art des italieniſchen Vorgehens, zum überwiegenden Teil lebhaft Partei gegen Italien. Trotzdem zog die deutſche Regierung in

loyaler Weiſe die Konſequenzen aus dem Bündnisverhältnis, erwies Italien eine freundſchaftliche Neutralität und ſuchte nur, wo irgend möglich, vermittelnd zu wirken. Wie hat uns Italien dieſe Treue erwidert?

Gleich nach Ausbruch des Krieges gegen die Türkei war ich, damals Botſchafter in Rom, in der Lage, der italieniſchen Regierung eine Löſung anzubieten, die Italien eine ähnliche Stellung in Libyen, wie England ſie in Ägypten einnahm, verſchafft hätte. Der Brand des Krieges wäre damit ſchnell gelöſcht, die Türkei vor weiteren Erſchütterungen bewahrt geweſen, Italien hätte einen leichten Erfolg gehabt. Marcheſe di San Giuliano war geneigt, darauf einzugehen, aber Herr Giolitti lehnte ab. Die nationaliſtiſchen Töne, die er in einer Verſammlung in Piemont angeſchlagen, hatten ihm großen Beifall geerntet, er zog es vor, auf dem volkstümlich gewordenen Kriegswege weiterzuſchreiten. Verlauf und Ausgang des Krieges ſind bekannt. Die Türkei, die in Tripolis keine Truppen, auf dem Meere keine Schiffe dem Angreifer entgegenzuſtellen hatte, mußte ſich im Frieden von Ouchy (18. Oktober 1912) zur Abtretung von Tripolis und der Cyrenaica entſchließen. Italien behielt „vorläufig“ auch den Dodecanes beſetzt. Jedoch die üblen Folgen blieben nicht aus. In Italien ſelbſt wuchs der Nationalismus und der Großmannstrieb. Mit Wien hatte die zeitweilige Bedrohung der europäiſchen Türkei, namentlich der albaniſchen Küſten,

zu neuen Differenzen und Verſtimmungen Anlaß gegeben. Durch die Verhandlungen über die ägyptiſche Grenze und die Bucht von Solum wurde dagegen Italien zu einer bedenklichen Intimität mit England geführt. Die durch die Kriegsunternehmungen erforderliche Schließung der Dardanellen hatte das Mißliche der Abſperrung für den Handel Südrußlands recht augenfällig gemacht. Vor allem aber hatte der Angriff auf die Türkei und die Schlappe, die dieſe Vormacht des Balkans erlitten, unter den dortigen kleineren chriſtlichen Staaten eine Gärung erzeugt, die — mit ruſſiſcher Nachhilfe — zu neuen Kriſen in dem alten Wetterwinkel Europas führen ſollte.

Die ruſſiſche Diplomatie, ſeit der bosniſchen Kriſe bedacht, die erlittene Scharte auszuwetzen, benutzte den Zuſtand der Erregung und Begehrlichkeit, um unter dem Motto „der Balkan den Balkanvölkern" den ſogenannten Balkanbund zu ſtiften. Im März 1912 kam zwiſchen Bulgarien und Serbien unter großer Heimlichkeit ein Vertrag zuſtande, der zwar zunächſt zum Kriege gegen die Türkei führte, ſeine eigentliche Spitze aber gegen die Donaumonarchie gerichtet hatte[1]). Montenegro und

[1]) Beide Staaten ſollten die Beſitznahme eines „gegenwärtig unter türkiſcher Herrſchaft befindlichen Gebietes" durch eine Großmacht (verſteht ſich Öſterreich-Ungarn) verhindern. Artikel II des Vertrages. Ruſſiſches Rotbuch, Heft II, Nr. 27.

Nach dem Krieg gegen die Türkei, als erſter Phaſe, ſollte der Balkanbund den Kampf für die Hegemonie Rußlands gegen Öſterreich-Ungarn ausfechten helfen.

Griechenland ſchloſſen ſich ſpäter dem Bunde an. Wir ſehen die ruſſiſche Hand abwechſelnd in Sofia, wo das ruſſophile Miniſterium Danew am Ruder war, namentlich aber in Belgrad an der Arbeit. Um die verſchiedenen Völker unter einen Hut zu bringen, hatte Rußland jedem derſelben die Erfüllung ſeiner Aſpirationen — auf fremde Koſten — verheißen, teils auch die rivaliſierenden Intereſſen dadurch zu befriedigen geſucht, daß es, heimlich, dem einen Hoffnungen auf Gebiete gemacht hatte, die auch der andere begehrte. Vor allem wurde Serbien der Erwerb Bosniens zugeſagt! Es ſollte dafür Mazedonien den Bulgaren überlaſſen. Kaiſer Nikolaus ſagte damals dem zum Beſuche nach Petersburg entſandten ſerbiſchen Kronprinzen, die Aſpirationen Serbiens gegen Öſterreich würden nun bald in Erfüllung gehen! Auch einen Teil Nordalbaniens, den Zugang zur Adria, hatte Rußland Serbien verſprochen. Der Sommer verging unter geheimen militäriſchen Abmachungen, im Herbſt brach unter nichtigen Vorwänden der Krieg gegen die Türkei aus. Der König der Schwarzen Berge, der, wie allgemein geſagt wurde, durch hohe Börſenſpekulationen auch privatim intereſſiert war, gab das Signal dazu (8. Oktober 1912). Allgemein beſtand die Befürchtung, daß Öſterreich-Ungarn ſich vor dem Überſpringen des Feuers auf eigenes Gebiet durch Beſetzung des Sandſchaks ſichern würde, ein Recht, dem es nach der Annexion von Bosnien und

der Herzegowina entſagt hatte. Aber um europäiſche Komplikationen zu vermeiden, verzichtete es auf Deutſchlands Rat auf dieſe Sicherheitsmaßregel. Ebenſo, wie es ſpäter die Einnahme und Annexion von Saloniki ruhig zuließ, über welches es angeblich den Weg nach dem Orient erſtrebt haben ſollte(!)

Nachdem die Türkei infolge ihrer Niederlagen die Vermittlung der Mächte erbeten hatte, trat im Dezember die Londoner Konferenz zur Regelung der Balkanverhältniſſe zuſammen.

Als eines der ſchwierigſten Probleme tauchte jetzt die albaniſche Frage auf. Die Balkanbündler wollten Albanien unter ſich teilen, beſonders Serbien verlangte den ihm von Rußland verſprochenen nördlichen Teil. Weder Öſterreich noch Italien konnten dies dulden. Um neuen Konflikten vorzubeugen, ließ Berlin durch die Norddeutſche Allgemeine Zeitung verkünden, daß die albaniſche Frage eine europäiſche ſei, mithin nur von allen Mächten zuſammen gelöſt werden könne. Die Mächte beſchloſſen nun auf einer zu dieſem Zwecke zuſammenberufenen Botſchafterkonferenz in London am 16. Dezember, daß aus den Vilajets Skutari und Janina ein ſelbſtändiger Staat Albanien auf Grund des Nationalitätsprinzips gebildet werden ſollte.

V. Besserung der deutsch-englischen Beziehungen.

In dieſe Situation kam ich hinein, als ich nach dem plötzlichen Tode des Herrn v. Kiderlen-Wächter im Januar 1913 zum Staatsſekretär des Auswärtigen Amts berufen wurde. Daß ich mich nur ungern zur Annahme des Amts entſchloß, iſt kein Geheimnis. Über die ungemein ſchwierige Lage unſerer Außenpolitik machte ich mir keine Illuſionen. Ebenſowenig über die eigenen Mängel, die ich für das Amt mitbrachte, Mangel an parlamentariſcher Redeübung, an Kenntnis des parlamentariſchen Betriebes. Auch der Poſten an ſich bot mir wenig Verlockendes. Die Stellung des Staatsſekretärs bei uns, obwohl der engliſchen Verfaſſung nachgebildet, entſprach nicht voll der Stellung und Kompetenz des gleichnamigen Beamten in Downing Street. Sie ſtand im Schatten des Reichskanzlers, neben welchem (wenigſtens nach außen hin) dem Staatsſekretär trotz nicht geringerer Verantwortlichkeit mehr die Rolle eines unterſtellten Hilfsarbeiters zufiel. Selbſt die Preßabteilung des Auswärtigen Amts war zugleich das Organ des Reichskanzleramts und durch dieſe Verquickung häufig ebenſoſehr durch deſſen Geſamtgeſchäfte, die innere Politik, in Anſpruch genommen, wie durch

die Bedürfnisse des Außendienstes, im Gegensatz zu den Preßabteilungen anderer Behörden, z. B. des Reichsmarineamts, die an sich unabhängiger nur den Spezialzwecken des eigenen Ressorts zu dienen hatten.

Die Konstruktion unserer Reichsleitung, des Kanzleramts und der ihm untergeordneten Reichsämter, war von Bismarck auf das Maß seiner eigenen Persönlichkeit, noch erhöht durch das Podium seiner außerordentlichen Erfolge, zugeschnitten und weitergebildet. Dies machte sich ganz besonders für die auswärtige Politik geltend, deren Führung der große Staatsmann bis ins Detail fast ganz allein in Händen gehabt und als deren Repräsentant er bis zum Schluß auch im gesamten Auslande die höchste Autorität genossen hatte. Bismarck war eigentlich selbst zu einer „Reichsinstitution" geworden[1]).

Doch wußte ich mich einig mit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg in der Beurteilung der Lage und der zu verfolgenden Richtlinien unserer Außenpolitik: Erhaltung des Friedens und Erleichterung der politischen Konstellation für Deutschland, welches durch die Einkreisung und die gleichzeitige Schwächung des Drei-

[1]) Ausbau und Weiterentwicklung der Reichsinstitutionen hatten mit der Zeit die Lasten des Reichskanzleramts, verbunden mit dem Präsidium des preußischen Staatsministeriums, so erweitert und kompliziert, daß sie in ihrer Konzentration auf einen höchsten Beamten fast erdrückend erschienen. Selbst für Bismarcks Riesenstatur war der Rock mit den Jahren beinahe zu weit geworden.

bundes politiſch immer mehr lahmgelegt worden war. Die Erleichterung ſchien uns angeſichts der kontinentalen Bedrohung durch die franzöſiſch-ruſſiſche Allianz nur durch eine Beſſerung der Beziehungen mit England erreichbar. Dieſe Politik hatte auch die volle Billigung S. M. des Kaiſers. Wohl aber ſtieß ſie bei einem großen Teil unſerer öffentlichen Meinung, in Parlament und Preſſe, auf erheblichen Widerſpruch. Vielen erſchien der Gegenſatz zu Albion unüberbrückbar. Jahrelange heftige Agitation (hüben und drüben) und manche wenig ermunternde Erfahrung hatte dieſe Anſchauung vertieft und verbreitet. Ich habe ſchon erwähnt, wie auch der „mißverſtandene" Bismarck als klaſſiſcher Zeuge für die Auffaſſung verwertet worden war und wie dies zu ihrer Populariſierung beigetragen hatte.

Die Entwicklung und Zuſpitzung der europäiſchen Lage iſt weiter oben geſchildert worden. Deutſchlands geographiſche Lage im Zentrum des Kontinents iſt von Bismarck einmal mit einem Pol verglichen worden, auf den die Spitzen aller Bajonette Europas magnetiſch ſich richten. Trotz ſeiner Stärke, ſeiner realen und moraliſchen Kräfte, die es auch im Kriege noch glänzend bewieſen hat, war Deutſchland mit dem Dreibund dem gegneriſchen Konzern gegenüber in die Stellung des Schwächeren gedrückt worden. Bei ſeiner wirtſchaftlichen Ausbreitung, deren das arbeitſame, in engem ſtaatlichen Raum wohnende Volk bedurfte, ſtieß es allerwegen auf

bedrohliche Hemmung. Der Flankendruck von Oſt und Weſt war immer ſtärker geworden. Jenſeits der Vogeſen ein unverſöhnlich auf Revanche lauerndes Frankreich, in Rußland ein fortwährendes Anſchwellen der panſlawiſtiſch-revolutionären Strömung und ihrer aggreſſiven Tendenz, gegen welche die in die Hände eines Schwächlings gefallene Zarengewalt keine genügende Garantie mehr bot[1]). Beide, durch Allianz verbundene Länder geſtärkt durch die Freundſchaft mit England. Die Verſuche, das alte Bündnis, oder wenigſtens ein freundſchaftliches, mit Rußland wiederherzuſtellen, hatten

[1]) Bismarck ſchreibt in dem vorerwähnten Brief an Lord Salisbury: „Frankreich und Rußland ſcheinen uns zu bedrohen: Frankreich, indem es den Traditionen der letzten Jahrhunderte treu bleibt, wo es ſich als den beſtändigen Feind ſeiner Nachbarn erwieſen hat, und infolge des franzöſiſchen Nationalcharakters, Rußland, indem es heute Europa gegenüber die für den europäiſchen Frieden beunruhigende Haltung einnimmt, welche Frankreich unter der Regierung Ludwigs XIV. und Napoleons I. kennzeichnete. Es iſt auf der einen Seite der ſlawiſche Ehrgeiz, der die Verantwortung für dieſen Zuſtand der Dinge trägt; andererſeits muß man die Gründe für die herausfordernde Haltung Rußlands und ſeiner Armeen in den innerpolitiſchen Fragen ſuchen: die ruſſiſche Umſturzpartei erhofft von einem auswärtigen Kriege die Befreiung von der Monarchie; die Monarchiſten im Gegenſatz erwarten von demſelben Kriege das Ende der Revolution (vide Maklakow). Man muß auch das Bedürfnis in Betracht ziehen, eine müßige und zahlreiche Armee zu beſchäftigen, den Ehrgeiz ihrer Generale zu befriedigen (vide Suchomlinow, Janukſchewitſch, Großfürſt Nikolai Nikolajewitſch) und die Aufmerkſamkeit der Liberalen, welche Verfaſſungsänderungen verlangen, auf die auswärtige Politik abzulenken. Angeſichts dieſer Sachlage müſſen wir die Gefahr, unſeren Frieden von ſeiten Frankreichs und Rußlands getrübt zu ſehen, als eine beſtändige erachten.“

ſich ſämtlich als ergebnislos erwieſen. Um aus der Gefahrenzone herauszukommen, blieb nur die Annäherung an England. Damit wäre die Spannung, die über Europa lagerte, gelockert worden. Zwar war der Verſuch zu einer Verſtändigung über die Flottenfrage, zu dem der Beſuch Lord Haldanes im Frühjahr 1912 Anlaß gegeben hatte, an inneren Widerſtänden und unzureichenden Formeln, ſowie daran geſcheitert, daß Sir E. Grey die franzöſiſch-ruſſiſche Freundſchaft zu kompromittieren fürchtete. Die wirtſchaftliche Konkurrenz war zwar ſtark, ſie brauchte aber an ſich nicht zum Konflikt zu führen[1]). Die Welt iſt weit, das engliſche Volk wünſchte

---

[1]) Anfang 1914 ſtand die deutſche Ein- und Ausfuhr mit 18 Milliarden zu der engliſchen von 24 Milliarden wie 3 zu 4.

In einer Rede in Wakefield vom 8. Dezember 1898 ſprach Chamberlain die Hoffnung aus, daß in Zukunft die beiden Nationen ſich mehr nähern würden und ihr gemeinſamer Einfluß zum Beſten des Friedens und unbeſchränkten Handels eingeſetzt würde (that our joint influence may be used on behalf of peace and of unrestricted trade). Er würde dann ſicher ſtärker ſein, als der Einfluß jeder der beiden Mächte allein genommen.

Im Jahre 1910 ſchrieb die Empire Review: „Sind England und Deutſchland Freunde, ſo iſt der Friede Europas geſichert, wenn aber beide Nationen zerfallen, ſo wird das ein höchſt unglücklicher Tag für die geſamte Menſchheit ſein.“ Und Mr. Haldane ſagte: „Es ſollte keine Rivalität ſein. Wir ſind zwei große Nationen, denen die Welt ein weites Feld für Induſtrie und Handel öffnet, und meine Hoffnung geht dahin, daß, ... wir immer einſehen werden, daß wir uns mit Deutſchland zuſammentun ſollten, um den Fortſchritt der Welt zu fördern.“ Siehe Theodor Schiemann: „Wie die Preſſe unſerer Feinde den Krieg vorbereitet und erzwungen hat.“ Berlin 1919, Seite 16—17.

keinen Krieg. Kulturell ſtanden ſich in Europa die beiden Nationen am nächſten. Auch Englands Politik hatte ſich im Wechſel der Zeiten ſchon vielfach geändert, war aus der splendid isolation herausgetreten, hatte ſich mit der amerikaniſchen Handelskonkurrenz abgefunden, die alte Abneigung gegen Frankreich überwunden, war trotz tiefgehender Differenzen mit Rußland in ein freundſchaftliches Verhältnis getreten. Eine Intereſſenauseinanderſetzung, ein Hand in Hand Gehen ſtatt Rivaliſierens Englands und Deutſchlands, wie Bismarck, Beaconsfield, Chamberlain, Salisbury, Lansdowne es früher gewollt, wäre — das iſt auch heute noch meine Meinung — durchaus nicht undenkbar, nicht unmöglich geweſen. Wenn der Weg, durch andere Ereigniſſe gekreuzt, nicht zum Ziele geführt hat, war er darum nicht der richtige? Praktiſch war er der einzige, der uns blieb. Aber vielleicht iſt er zu ſpät beſchritten worden!

Noch ehe ich mein neues Amt antrat, beſprach ich mit einem befreundeten engliſchen Diplomaten meine Auffaſſung der deutſch-engliſchen Beziehungen. Ich ſagte ihm, daß Deutſchland die Möglichkeit zu friedlicher Betätigung ſeiner Kräfte in der Welt haben müſſe. Als eines der für uns wichtigſten Gebiete bezeichnete ich das der ſogenannten Bagdadpolitik, weil dieſe auch zu einer Preſtigefrage für uns geworden ſei. Mir erſchiene ein Ausgleich der Intereſſenſphären hier wie anderswo er-

reichbar. Einige Tage darauf teilte mir der betreffende Diplomat mit, er habe in einem Privatbriefe an Sir E. Grey über meine Äußerungen berichtet und von dieſem die Antwort erhalten — er las mir den Paſſus des Briefes vor — wonach der engliſche Staatsſekretär meine Abſichten begrüßte. Er werde bereitwillig an der Erreichung des geſteckten Zieles mitarbeiten. Wenn die deutſche Politik in dieſem Sinne geführt werde, könne das Verhältnis zwiſchen den beiden Mächten leicht ein befriedigendes — und vielleicht mit der Zeit noch mehr — werden.

In Berlin hatte ich zunächſt an den Aufgaben, die die Londoner Konferenz allen Kabinetten ſtellte, zu arbeiten. Gleichzeitig aber nahm ich, immer mit voller Zuſtimmung des Kaiſers und des Kanzlers, die Verſtändigung mit England über die Bagdadfragen in Angriff. Die Verhandlungen geſtalteten ſich allmählich zu einem großzügigen Abkommen über die wichtigſten ſich berührenden Intereſſen in Meſopotamien, Kleinaſien und Syrien, in das neben der Türkei auch die anderen intereſſierten Staaten, Rußland und Frankreich, hineinbezogen wurden. Es war eine Teilung der Türkei in wirtſchaftliche Intereſſenſphären und hätte durch die Ausgleichung der Reibungsflächen eine eminente Friedensgarantie werden können. Daß es dabei Schwierigkeiten (namentlich auch ſeitens der letztgenannten Staaten) zu überwinden gab, verſteht ſich bei der Natur der Dinge. England zeigte

entſchiedenes Entgegenkommen. Im Sommer 1914 war das Abkommen mit England nahe dem Abſchluß.

Parallel damit liefen Verhandlungen mit London behufs Erneuerung und Erweiterung des älteren Abkommens von 1898 über die portugieſiſchen Kolonien. Auch hier gelangte man zu einer Einigung trotz einiger Bedenken, die der zwiſchen England und Portugal abgeſchloſſene ſog. Windſorvertrag[1]) und der Wunſch der britiſchen Regierung, dieſen gleichzeitig zu veröffentlichen, boten. Der Vertrag war bereits paraphiert, Ende Juli 1914 erhielt unſer Botſchafter in London die Ermächtigung zur Zeichnung.

Während in der bosniſchen[2]) und den beiden Marokko-

---

[1]) Vergleiche auch Hammann a. a. O. Seite 75—76. Die Bedenken waren um ſo ſchwerwiegender, als England den Windſorvertrag, eine Zuſammenfaſſung älterer Verträge, mit Portugal im Jahre 1899, nach dem Abſchluß des Abkommens mit uns, geſchloſſen, uns aber damals keine Mitteilung davon gemacht hatte, was wohl kaum als ganz loyal angeſehen werden konnte. Erſt jetzt erhielten wir Kenntnis von dem Vertrag. Sir E. Grey verlangte nun die Veröffentlichung ſowohl unſeres neuen, wie des Windſorvertrages, weil England keine geheimen Verträge ſchließen könne. Warum hatte es denn den Windſorvertrag ſeit 1899 geheim gehalten? Daß Sir E. Grey übrigens bei dem jetzigen Vertrage mit uns bona fide war, zeigte er dadurch, daß er, obwohl der Vertrag noch nicht abgeſchloſſen war, engliſche Geſchäftsleute, die ſich um Konzeſſionen in den uns zugeſprochenen Intereſſenſphären bemühten, nach Berlin verwies.

[2]) Der engliſche Botſchafter in Petersburg, Sir A. Nicolſon, den man wohl zu den eifrigſten Vertretern einer antideutſchen Politik in der engliſchen Diplomatie rechnen konnte, hatte damals Herrn Iswolski in ſeiner herausfordernden Haltung lebhaft beſtärkt. Bei dem ſchließlichen Einlenken Rußlands zeigte er ſich enttäuſcht und unzufrieden. Und Sir E. Grey erklärte dem ruſſiſchen Geſchäftsträger auf deſſen Frage, was England

kriſen die engliſche Politik eher kriegeriſch geweſen war, machte ſich auf der Londoner Botſchafterkonferenz, parallel mit den Berliner Bemühungen, das Beſtreben Sir E. Greys geltend, durch mäßigenden Einfluß den Frieden zu erhalten. Der günſtige Verlauf der Konferenz, die dabei zutage getretene Übereinſtimmung friedlicher Abſichten hatte auch fördernd auf die Verhandlungen über die oben genannten Abkommen gewirkt. — Ihre Veröffentlichung war für den Herbſt 1914 in Ausſicht genommen[1]). Die Tatſache, daß England und Deutſchland zu zwei ſo weitgehenden Verſtändigungen auf wirtſchaftlichem und kolonialem Gebiet gelangen konnten, hätte zweifellos allmählich zu einer politiſchen Entſpannung geführt, die friedlichen Tendenzen im engliſchen Volk wohl vertieft und es den leitenden engliſchen Staatsmännern dann ſchwerer gemacht, die Nation gegen ihre beſſeren Inſtinkte in den Krieg mit uns zu treiben, wie es 1914 der Fall war. Dieſe Entwicklung wurde jäh unterbrochen: aus dem Balkan flog der Funke in das europäiſche Pulverfaß.

im Kriegsfall getan haben würde, er könne darauf keine beſtimmte Antwort geben, doch glaube er, daß die öffentliche Meinung in England gegebenenfalls eine Beteiligung am Kriege gebilligt haben würde.

[1]) Die Gründe, die uns die gleichzeitige Veröffentlichung beider Abkommen und deshalb auch die Verzögerung der Veröffentlichung des fertigen Abkommens über die portugieſiſchen Kolonien wünſchenswert erſcheinen ließen, habe ich in meiner in der Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung Nr. 152 Ende März 1918 abgedruckten Erwiderung auf die Schrift des Fürſten Lichnowſky ausführlich dargelegt.

VI. Der zweite Balkankrieg.

Die Arbeit der Londoner Konferenz schritt ziemlich mühsam vorwärts, da bei Abgrenzung des neuen Staates fast um jeden Fußbreit Erde, um jedes Dorf gefeilscht wurde. Rußland, durch seine Protektorrolle und seine an Serbien gegebenen Versprechungen gebunden, unterstützte überall die serbischen Ansprüche, während Österreich, um Albanien lebensfähig zu gestalten, ihm auch das nötige Gebiet, namentlich soweit es als albanisch angesehen werden konnte, zuweisen wollte. London und Berlin, jenes in Petersburg, dieses in Wien, suchten mäßigend zu wirken. So gab denn Wien, namentlich auf deutsche Einwirkung hin, z. B. zu, daß selbst Ortschaften mit ausgesprochen albanischem Charakter, wie Dibra und Djakova, den Serben überlassen wurden.

Während die Konferenz noch tagte, brach wegen des Besitzes von Adrianopel am 3. Februar 1913 der Krieg auf dem Balkan von neuem los. Und ein sehr kritischer Moment trat ein, als König Nikita am 23. April sich unterfing, Skutari zu besetzen. Es war geradezu ein Affront für die Mächte, welche die Stadt und ihr Gebiet Albanien zugesprochen hatten[1]). Der Herr der

[1]) Schon am 14. Februar hatte König Nikita dem Zaren höchst pathetisch geschrieben: „Mein Land ist zum letzten Opfer bereit. Es wird eher

Schwarzen Berge hatte wohl auf den inneren Gegenſatz der Mächte und den Schutz Rußlands, vielleicht auch Italiens, gerechnet. In Rußland geriet die öffentliche Meinung in große Erregung. Dem feſten Eintreten Deutſchlands und Öſterreichs für die Konferenzbeſchlüſſe gelang es, den liſtigen Montenegriner wieder zur Raiſon zu bringen. Die Gefahr für das europäiſche Konzert wurde überwunden. Am 30. Mai wurde endlich der vorläufige Friede in London geſchloſſen, der die Balkanverhältniſſe regeln ſollte.

Dazwiſchen ſpielte noch ein rumäniſches Intermezzo. König Karol hatte mit ſchweren Sorgen den Wirren zugeſchaut. Namentlich der große Landgewinn Bulgariens drohte die Machtverhältniſſe auf dem Balkan ſehr zu Ungunſten Rumäniens zu verſchieben. Dieſes erhob daher in Sofia die Forderung auf Berichtigung ſeiner ſüdlichen Grenze und auf den Erwerb von Siliſtria. Bei einem Konflikt mit Bulgarien war die Parteinahme Rußlands für letzteres zu erwarten. Wir ließen deshalb in Petersburg auf unſere traditionellen Beziehungen zu Rumänien hinweiſen, die es uns ſchwer machen würden, dieſes im Stich zu laſſen. Es gelang, auch dieſe Frage durch eine Botſchafterkonferenz in Petersburg friedlich zu regeln und dem rumäniſchen Bundesgenoſſen eine Genugtuung zu verſchaffen.

untergehen, als dieſe Stadt aufgeben. Ich werde mein Land in Teile zerriſſen und vernichtet erblicken und mich ſelbſt umringt von den Geſchäftsträgern Europas, aber ich werde niemals den Befehlen der Diplomatie gehorchen.“ Ruſſiſches Rotbuch Heft V, Nr. 64.

Obwohl alle Balkanbündler aus dem Kriege mit beträchtlichem Landgewinn hervorgegangen waren, konnte die Beuteverteilung ihre ſich vielfach widerſprechenden, durch ruſſiſche Verheißungen genährten Wünſche keineswegs zufriedenſtellen. Der Petersburger Verſuch, durch ein ſcharfes Zarentelegramm die Klienten in Sofia und Belgrad zur Ordnung zu rufen, mißlang, der Krieg zwiſchen Bulgaren und Serben brach mit wildem Haß aus. Die Karten, die Rußland im Balkanbund ſelbſt gemiſcht hatte, entglitten ſeiner Hand, durch ſeine doppelzüngigen Verſprechungen trug es die Schuld, daß der Brand weitertobte. Auf ſeiten Serbiens fochten auch Griechenland und Montenegro. Nun intervenierte Rumänien, indem es ebenfalls gegen Bulgarien die Waffen erhob, und — nachdem auch die Türken ſich Adrianopels wieder bemächtigt hatten — einen Waffenſtillſtand gebot. Im Bukareſter Frieden fiel Rumänien die Stelle des Schiedsrichters und Friedensſtifters auf dem Balkan zu. Deutſchland unterſtützte hierbei Rumänien, und Kaiſer Wilhelm ſandte dem König Karol ein Glückwunſchtelegramm zu ſeinem Friedenswerke. Schon vor Abſchluß des Friedens hatte Öſterreich bei uns und in Rom Bedenken gegen die beabſichtigte Regelung geltend gemacht, weil das von Wien ſtets etwas verhätſchelte Bulgarien dabei zu ſchlecht wegkomme. Das kaiſerliche Telegramm verſtimmte daher in Wien. Die Behauptung jedoch, daß man am Ballplatz die Abſicht einer

Reviſion des Bukareſter Friedens gehabt und dabei auf die Hilfe Deutſchlands gerechnet hätte, entſpricht nicht den Tatſachen. Deutſchlands Vorgehen war von der Abſicht geleitet, durch die unter den Balkanſtaaten ſelbſt getroffene Vereinbarung möglichſt Ruhe in dieſem Wetterwinkel zu ſchaffen und jeder, durch fremde Einmiſchung und europäiſche Verwicklung möglichen Erweiterung der Streitigkeiten vorzubeugen. Dieſe Vorgänge ſind eine hinreichende Widerlegung der oft erhobenen Angriffe, daß unſere Politik im nahen Oriente ſich im Wiener Schlepptau befunden hätte. Wir haben unſerem öſterreichiſchen Bundesgenoſſen auch oft geraten, die Beziehungen zu Serbien nach Möglichkeit zu beſſern.

Ich muß jedoch zugeben, daß das Wiener Mißtrauen gegen die ſerbiſchen Umtriebe nicht unbegründet war. Die Erfolge hatten in Belgrad nicht kalmierend, ſondern anreizend gewirkt. Auf die Unterſtützung Rußlands vertrauend und durch deſſen Vertreter, Herrn v. Hartwig[1]), den Drahtzieher der panſlawiſtiſchen Machenſchaften, ſekundiert, glaubte das Kabinett Paſchitſch, ſich alles gegen Öſterreich herausnehmen zu dürfen. Die Abgrenzung Albaniens hatte die Pläne Serbiens durchquert. Es benutzte den Einfall albaniſcher Räuber,

[1]) Herr v. Hartwig war ein ſpezifiſcher Vertreter jener ruſſiſchen Orient-Diplomatie der Ignatiew, Jonin, Iswolski, Tſcharikow u. a., die als Vertreter der panſlawiſtiſchen Idee überall im Balkan das glimmende Feuer geſchürt haben.

um — ohne vorherige Anfrage bei den Mächten — wichtige albaniſche Grenzplätze zu beſetzen. Zugleich bezichtigte es Öſterreich, die albaniſche Bewegung zu ſchüren. Wien zeigte ſich mit Recht beunruhigt. Ich bat damals den ſerbiſchen Geſchäftsträger zu mir, um ſeiner Regierung eine ernſte Mahnung zukommen zu laſſen. Die Äußerung Herrn Giolittis im Herbſt 1914 (bei der er ſich auf den inzwiſchen verſtorbenen Marcheſe di San Giuliano berief), daß Öſterreich ſchon im Herbſt 1913 die Abſicht gehabt habe, gegen Serbien einzuſchreiten, kann nur auf Mißverſtändnis beruhen: Wien wollte damals nur auf die Gefährlichkeit der ſerbiſchen Treibereien hinweiſen. Italien aber ſpielte in Belgrad ein Doppelſpiel (wie ſpäter auch in Albanien und Rumänien durch die Geſandten Aliotti und Fasciotti). Es protegierte und benutzte die ſerbiſchen Aſpirationen als Karte gegen Öſterreich. Die perſönliche Freundſchaft König Viktor Emanuels für ſeinen Schwager Peter Karageorgewitſch förderte die Intimität der Beziehungen. Am Ballplatz war dieſe zweideutige Politik Italiens nicht unbekannt.

Im Dezember 1913 wurde eine Vereinbarung zwiſchen uns und der Türkei über die Entſendung einer deutſchen Militärmiſſion behufs Reorganiſation der türkiſchen Armee abgeſchloſſen. Obwohl der Kaiſer das Projekt dem Zaren bereits bei deſſen Hochzeitsbeſuch Ende Mai in Berlin mitgeteilt und deſſen Zuſtimmung erfahren

hatte, rief das Bekanntwerden der Abmachung in Petersburg eine außerordentliche Erregung hervor. Namentlich die Übertragung des Oberbefehls über das in Konstantinopel garnisonierende I. Armeekorps an General Liman von Sanders wurde uns als Absicht gedeutet, die militärische Macht in der Hauptstadt Deutschland zu sichern. Die Einzelheiten der Abmachungen waren von den militärischen Stellen und nach rein technischen Gesichtspunkten getroffen worden[1]), das Auswärtige Amt hatte dabei nicht mitgewirkt. Aber um Rußland zu beschwichtigen, fand man die Form, den General von Liman zum Marschall zu befördern und mit der generellen Aufsicht über das Heerwesen zu betrauen, wodurch das Konstantinopler Kommando wegfiel. Der Zar dankte bei dem russischen Neujahrsempfang dem Botschafter Grafen Pourtalès mit großer Wärme für das erwiesene Entgegenkommen[2]), Herr Sasonow fand bezeichnenderweise kein Wort der Anerkennung. Notabene war die Übertragung einer Reorganisation der Flotte an eine englische Marinemission unter Admiral Limpus anstandslos hingenommen worden.

---

[1]) Es war gedacht, aus dem I. Armeekorps eine Art Mustertruppe zu bilden, und eine Stärkung der Autorität der deutschen Offiziere durch Kommandobefugnisse erschien erforderlich, damit das türkische Militär nicht, wie früher, die Weisungen der Instrukteure unbeachtet ließ.

[2]) Es war möglich gewesen, auf privatem vertraulichem Wege den Zaren an das Berliner Gespräch mit Kaiser Wilhelm erinnern und ihm die Unverfänglichkeit unserer Absichten darlegen zu lassen.

VII. Ruſſiſche und franzöſiſche Kriegsvorbereitungen.

Der Winter 1914 verlief äußerlich ruhig. Aber die Verſtimmung über den Konſtantinopler Fall bildete den Ausgangspunkt einer ruſſiſchen Preßhetze gegen Deutſchland, die offenbar auch amtliche Nahrung fand. Den deutſchen Unternehmern wurden die Aufträge für Regierungsbeſtellungen entzogen. Ende Januar wurde eine neue franzöſiſche Anleihe von 2½ Milliarden abgeſchloſſen, bei welcher Frankreich ſich ausbedang, daß die Gelder vornehmlich zum Bau ſtrategiſcher Bahnen gegen Deutſchland und Öſterreich verwandt werden ſollten. Bereits bei dem Beſuch des Präſidenten Poincaré im Jahre 1912 war die Steigerung der Kriegsbereitſchaft verabredet worden. Am 21. Februar fand in Petersburg eine Beratung ſtatt, die „ein umfangreiches Aktionsprogramm“ zum Gegenſtand hatte, um Rußland eine günſtige Löſung der Meerengenfrage für den Fall zu ſichern, daß die Ereigniſſe es zwingen ſollten, ſeine Intereſſen am Bosporus und an den Dardanellen zu ſtützen[1]). Den Vorſitz führte der Miniſter des Äußern Saſonow, unter den Teilnehmern befanden ſich der Marineminiſter, der

[1]) Ruſſiſches Rotbuch Heft VII, Nr. 68, 69.

Chef des Generalſtabs, der Botſchafter in Konſtantinopel uſw. Bei Eröffnung der Sitzung erklärte Herr Saſonow unter Bezugnahme auf ein bereits im November dem Zaren überreichtes Memorandum, daß „im Zuſammenhang mit der Veränderung der politiſchen Lage vielleicht ſchon in naher Zukunft die Möglichkeit von Ereigniſſen ins Auge gefaßt werden müſſe, die die internationale Lage der Meerengen von Konſtantinopel von Grund aus verändern“ könnten. „Obgleich“, ſo fährt das Protokoll fort, „der Miniſter des Äußern im gegenwärtigen Moment erhebliche politiſche Verwicklungen für wenig wahrſcheinlich halte, meinte er, daß man trotzdem ſelbſt in der nächſten Zukunft für die Erhaltung des gegenwärtigen Zuſtandes im nahen Orient keine Gewähr übernehmen könne.“ Sowohl in der Sitzung, als in dem daraufhin verfaßten Memorandum iſt „die Herrſchaft über die Meerengen als die hiſtoriſche Aufgabe Rußlands“ bezeichnet, ſowie betont worden, daß die Löſung dieſer Aufgabe, „der Kampf um Konſtantinopel“, aller Wahrſcheinlichkeit nach nur während eines europäiſchen Krieges möglich ſein werde. Einen günſtigen politiſchen Boden dafür vorzubereiten, bilde gegenwärtig die Aufgabe der zielbewußten Arbeit des Miniſteriums des Äußern in dieſer Frage. Im Kriegsfalle nimmt Herr Saſonow an, daß „Serbien ſeine geſamte Macht gegen Öſterreich-Ungarn werfen“ werde. Er drückt auch Zweifel aus, daß Rumänien trotz

eines „gegen Rußland gerichteten Militärbündniſſes“ im Falle eines Krieges zwiſchen Rußland und Öſterreich „tatſächlich gegen erſteres auftreten werde“. Es wurde die Vorbereitung von Landungstruppen und die Verſtärkung der Schwarzmeerflotte als erforderlich für ein ruſſiſches Vorgehen anerkannt.

Im Frühjahr 1914 erfolgte der Beſuch des Zaren in Rumänien, die Verlobung einer Zarentochter mit dem Kronprinzen von Rumänien war geplant. Die Prawda vom 31. Januar 1918 hat ein Telegramm des ruſſiſchen Geſandten in Bukareſt vom 30. Juli 1914 veröffentlicht, in dem von bereits damals unternommenen Verhandlungen mit dem rumäniſchen Miniſterpräſidenten Bratianu über eine Militärkonvention für den Krieg gegen Öſterreich die Rede iſt.

Überblickt man ferner die militäriſchen Maßnahmen, die von der ruſſiſchen Regierung in den letzten Jahren vor dem Kriege, beſonders aber ſeit dem Frühjahr 1914 verfügt wurden, ſo muß man in ihnen bedrohliche Vorbereitungen für einen Krieg in naher Zukunft erkennen. Die rapide Steigerung der Kriegsbereitſchaft des Heeres in Tempo und Umfang legt den Schluß nahe, daß Rußland ſich zu einem aggreſſiven Vorgehen vorbereitete, auch für den Fall, daß gewiſſe, auf weitere Sicht eingeleitete Maßnahmen noch nicht vollendet ſein ſollten.

Schon gelegentlich der Kriſen während der Balkan-

kriege hatte die materielle Zurüſtung des Heeres durch Beſchaffungen aller Art große Fortſchritte gemacht. Planmäßige Steigerung der Beſtellungen auf kurzfriſtige Lieferung, großzügige Materialbeſchaffung im Auslande, ſowie Erhöhung der Kohlenbeſtände iſt während des Frühjahrs 1913 und bis ins Frühjahr 1914 deutlich zu verfolgen. Die Arſenale arbeiteten mit Hochdruck, der Ausbau der Feſtungen wurde mit allen Kräften beſchleunigt. Pferdeausfuhrverbote 1912 und 1914 (einen Monat vor Kriegsausbruch!) gingen mit umfangreichen Pferdeeinkäufen im Ausland Hand in Hand. Im Frühjahr 1914 genehmigte die Duma in geheimer Sitzung — im Anſchluß an ähnliche Vorlagen der Vorjahre — große Mittel zur Vervollſtändigung der Heeresrüſtung. Daneben wurde die gewaltige Heeresvermehrung durch Mehreinſtellung von jährlich 135 000 Rekruten genehmigt. Der noch unlängſt von Kokowzow als „unverſehrter Schatz für den Kriegsfall“ bezeichnete Barbeſtand von 500 Millionen Rubel wurde für dieſe Zwecke ausgeſchüttet. Aber ſchon vorher war es durch geheime Erhöhung des Rekrutenkontingents 1913 ermöglicht worden, gewiſſe Hilfsformationen, beſonders für die Kavallerie, zu bilden und mit der verſchleierten Aufſtellung von Neuformationen den Ausbau neuer Korps einzuleiten, ſowie Etatserhöhungen der an der Weſtgrenze ſtehenden Korps vorzunehmen. In beſonders bedrohlicher Form wurde während der Winterhalbjahre 12/13

und 13/14 die Kriegsbereitſchaft des Heeres durch Zurückhaltung des älteſten, geſetzlich zur Entlaſſung beſtimmten Jahrgangs erhöht. Nach und trotz ſeiner Entlaſſung im Frühjahr 1914 wurde der erhöhte Mannſchaftsbeſtand durch Einziehung zahlreicher Reſerviſten und Reichswehrleute erhalten. Dieſe Tatſache iſt durch zahlreiche Gefangenenausſagen beſtätigt worden. Man war beſtrebt, durch beſondere Maßnahmen die Schlagfertigkeit des Heeres im Mobilmachungsfalle erheblich zu beſchleunigen, indem bereits im Frühjahr 1913 eine „Kriegsvorbereitungsperiode" eingeführt wurde. Sie ſollte „in der der Eröffnung der Feindſeligkeiten vorausgehenden Epiſode diplomatiſcher Verwicklungen" einſetzen und zahlreiche Arbeiten der Mobilmachung bereits vor deren offizieller Erklärung vorwegnehmen. Die volle Tragweite dieſer Maßnahmen iſt erſt durch erbeutetes Aktenmaterial während des Krieges bekannt geworden. Offiziell iſt der Beginn dieſer „Periode" am 26. Juli 1914 eingetreten, wie durch die Ausſage des Generals Janukſchewitſch im Suchomlinow-Prozeß bekannt wurde. Weiteres Beutematerial läßt aber erkennen, daß ganz weſentliche Arbeiten, die dieſer Periode beſtimmungsgemäß vorbehalten waren, ſchon früher in Angriff genommen worden ſind. Auch laſſen zahlreiche Gefangenenausſagen und Beobachtungen von Reiſenden den Schluß zu, daß anſcheinend Teile der — auch in Friedenszeit faſt auf vollem Kriegsetat befindlichen — ſibiriſchen Korps ſchon vor dem

Kriegsausbruch in westlicher Richtung in Bewegung gesetzt worden sind.

Auch für die Flotte wurden große Geldmittel aufgewandt; im Winter 1913/14 hatte Rußland — allerdings vergeblich — versucht, im Bau befindliche (chilenische) Kriegsschiffe zu kaufen.

In auffallender Parallele hiermit bewegen sich gewisse französische Maßnahmen. Die Stadt Paris wurde, wie der im Jahre 1915 gedruckte Generalbericht des Stadtverordneten Louis Dausset zum Budgetentwurf des Pariser Conseil Municipal dartut, mit außergewöhnlichen Mehlvorräten für den Kriegsfall verproviantiert. Die Anregung ging vom französischen Kriegsministerium aus, welches der Stadtverwaltung dazu namhafte Beträge zur Verfügung stellte. Im Budgetausschuß betonte der Generalgouverneur von Paris, General Michel, am 14. Januar 1914 die Dringlichkeit der Entscheidung und sagte, wie der genannte Bericht bekundet: „Die Zeit drängt, dieses Jahr ist ein außergewöhnliches Jahr, wir wissen nicht, was es uns bringen wird. Wir wissen nicht, ob wir im Monat März oder im Monat April die Mobilmachung haben werden!“ Die französische Regierung ließ ferner im Mai 1914 durch ihren Botschafter in Bern der Schweiz das Angebot machen, ihr im Kriegsfall die nötige Getreidezufuhr auf französischen Bahnen unter der Bedingung zu sichern, daß die Schweiz den Verbleib des Getreides im Lande

garantierte. In den weiteren Verhandlungen, die zwiſchen dem franzöſiſchen Militärattaché Major Pageot und dem Schweizer Generalſtab geführt wurden, hat erſterer geäußert, Frankreich ſei an ſich zwar friedliebend, mais nos frères d'Alsace nous appellent. Er rechnete ferner mit der Teilnahme Rußlands und Englands am Kriege, welche Deutſchland die Zufuhr ſperren würden. Alſo das Aushungerungsprojekt! Der Suezkanal und Gibraltar würden geſperrt werden, ſo daß die Schweiz allein auf die Zufuhr von der See durch Frankreich angewieſen bliebe.

Im März brachte die Kölniſche Zeitung einen Bericht ihres Petersburger Korreſpondenten, der, auf die großen ruſſiſchen Rüſtungen hinweiſend, daraus die Abſicht eines Angriffes auf Deutſchland folgerte. Der Artikel erregte um ſo mehr Aufſehen, als er auf offiziöſe Inſpiration zurückgeführt wurde. Sowohl die Berliner Regierung, wie unſere Petersburger Botſchaft ſtanden ihm fern. Er war, wie ich feſtſtellen konnte, dem Schreiber lediglich von ſeinen eigenen Befürchtungen eingegeben. Doch zum Teil waren die militäriſchen Angaben des Artikels richtig. In Petersburg zeigte das Wetterglas bedenkliche Erſcheinungen. Die öffentliche Meinung in Rußland fuhr fort, in einem ſo ſcharfen Ton gegen Deutſchland zu hetzen, daß es geraten ſchien, in einer Rede, die ich am 14. Mai über die auswärtige Lage im Reichstag hielt, einige ernſte Warnungen an die ruſſiſche Adreſſe zu richten.

VIII. Das engliſch-ruſſiſche Marineabkommen.

Ende April 1914 ſtattete König Georg von England dem Präſidenten Poincaré in Paris ſeinen offiziellen Beſuch ab[1]), deſſen herzlicher Charakter noch dadurch erhöht wurde, daß Königin Mary den Gemahl begleitete. Mit dem Herrſcherpaar kam auch Sir Edward Grey nach Paris, das erſtemal, daß der Inſulaner, wenigſtens in amtlicher Eigenſchaft, den Kontinent aufſuchte. Von dem warmen Empfang fühlte er ſich angenehm berührt.

Am 22. November 1912 hatte Grey den im engliſchen Blaubuch veröffentlichten Brief an den Botſchafter Paul Cambon geſchrieben, der eine Verſtändigung der Generalſtäbe behufs gemeinſamer Abwehr eines Angriffs zuſagte. Zwar war der Vorbehalt gemacht, daß die militäriſchen Abreden die Entſchlußfreiheit der Regierungen nicht berühren ſollten, doch iſt es klar und wird auch durch die

[1]) Der Beſuch des engliſchen Königspaares in Berlin anläßlich der Vermählung der Kaiſertochter mit dem Herzog von Braunſchweig 1913 trug — ebenſo wie der des Zaren — einen rein verwandtſchaftlichen Charakter, der auch dadurch markiert wurde, daß kein Mitglied der Regierung die Majeſtäten begleitete. Der erſte offizielle Beſuch ſollte dem befreundeten Frankreich gelten.

Veröffentlichung im Kriegsblaubuch bewieſen, daß der Brief die — wenn auch bedingte — Abſicht der Waffenhilfe vorausſetzte. Der Vorbehalt diente offenbar nur dem Zweck, dem engliſchen Parlament ſagen zu können, daß feſte Verpflichtungen zum Eingreifen für England nicht beſtänden. Der Brief erwähnt ausdrücklich die „während der letzten Jahre" gepflogenen Beratungen der beiderſeitigen militäriſchen Stellen — alſo ältere Vereinbarungen — ſowie die „gegenwärtige Verteilung der Flotten Frankreichs und Englands". Dieſe Verteilung war ſo disponiert, daß die engliſche Flotte den Schutz der Nordſee, des Kanals und des Atlantiſchen Ozeans übernehmen ſollte und die franzöſiſche Flotte dadurch für eine Verwendung im Mittelmeer frei wurde; hierbei wurde ihr Malta als Stützpunkt zur Verfügung geſtellt. Den Pariſer Beſuch benutzte die ruſſiſche Diplomatie, um durch Vermittlung des franzöſiſchen Miniſters Doumergue Grey eine dem engliſch-franzöſiſchen Abkommen analoge Vereinbarung in Geſtalt einer Marinekonvention vorzuſchlagen. Saſonow hatte am 2. April an Iswolſki nach Paris geſchrieben, daß „eine weitere Feſtigung und Ausgeſtaltung der ſogenannten Tripelentente und möglichſt ihre Umgeſtaltung in einen neuen Dreibund ihm als eine Aufgabe der Gegenwart" erſcheine. Die Anregung war offenbar ſchon vor dem Beſuch über Paris nach London mitgeteilt worden, aber Sir A. Nicolſon hatte geſagt, daß der Beſuch des Königs in der fran-

zösischen Hauptstadt nicht der richtige Moment für diese „Umgestaltung" wäre. Man war deshalb auf das Projekt einer militärischen Abmachung gekommen. Grey akzeptierte in Paris den Vorschlag vorbehaltlich der Zustimmung des englischen Kabinetts, die er dann auch erlangte. Im Mai schrieb der Londoner Botschafter Graf Benckendorff an Sasonow, hiermit würde man „die Hauptsache erreicht haben, nämlich die bisher allzu theoretischen und friedlichen Grundgedanken der Entente durch etwas Greifbareres zu ersetzen". „Ein öffentliches Bündnis würde in England nur ein günstigeres Feld für die Agitation zugunsten Deutschlands bieten, auf die Deutschland mehr Gewicht lege als je zuvor." Am 12. Mai meldete dann Graf Benckendorff nach Petersburg, Grey habe ihn zu sich gebeten, um ihm eine Mitteilung über den günstigen Verlauf des Pariser Besuches zu machen. „Die Absicht, die ihn leitete, war klar. Er wollte mir den Beginn einer Phase noch stärkerer Annäherung an Frankreich ankündigen. Die Absicht trat für mich noch deutlicher in die Erscheinung, als er ohne Übergang bemerkte, daß ich zweifellos von der Unterredung, die er mit Doumergue über Rußland gehabt hätte, unterrichtet worden sei." Die Verhandlungen sollten nun durch Marineoffiziere in London begonnen werden, und Sasonow schreibt an Benckendorff am 28. Mai n. St., er würde „in dem Abschluß der Vereinbarung einen wichtigen Schritt erblicken, um England

dem franko-ruſſiſchen Bündnis enger anzuſchließen". Es gelang uns, Kenntnis von dieſen geheimen Vorgängen zu erhalten; auch ein Berliner Blatt konnte die Nachricht davon bringen. Als der Liberale King im engliſchen Unterhaus interpellierte, ob zwiſchen England und Rußland kürzlich irgendein Marineabkommen abgeſchloſſen worden ſei oder entſprechende Verhandlungen ſtattfänden, bedauerte Grey dem Grafen Benckendorff gegenüber, daß „ungelegene" Indiskretionen vorgekommen wären, zeigte ſich aber zufrieden über ein bereits in der Nowoje Wremja erſchienenes Dementi und ſkizzierte dem Botſchafter die Antwort, die er im Unterhaus geben würde und die die Sache „verſchleiern" ſollte. Die Erklärung Greys auf die Kingſche Anfrage lautete, daß es „keine unveröffentlichten Abmachungen gäbe, welche im Falle eines europäiſchen Krieges die Freiheit der Regierung oder des Parlaments über die Teilnahme Englands an demſelben einſchränken oder behindern würde. Keine derartigen Verhandlungen ſind im Gange, und es werden, ſoweit ich das beurteilen kann, vorausſichtlich keine eingeleitet werden"![1]) Das engliſche Parlament wurde durch dieſe „Verſchleierung" gröblich getäuſcht. Ein beredtes Beiſpiel für die Behand-

[1]) Herr Saſonow aber ſagte unſerem Botſchafter, eine ruſſiſch-engliſche Marinekonvention exiſtiere nur „in der Idee des Berliner Tageblatts und im Mond". Norddeutſche Allgemeine Zeitung vom 16. Oktober 1914.

lung auswärtiger Fragen im klaſſiſchen Lande der parlamentariſchen Regierungsform![1])

Die Vorgänge ſind aber auch ein Beweis dafür, wie die Einſchnürung der Zentralmächte immer enger und feſter wurde. Es war am Vorabend des Weltkrieges.

---

[1]) Die ſogenannte „Geheimdiplomatie" iſt in letzter Zeit viel, und beſonders auch in Deutſchland, als Übelſtand bezeichnet worden, der beſeitigt werden müßte. Wir werden ſehen, ob ſich Formen im Verkehr der Staaten finden laſſen, welche die Bekanntgabe aller Abkommen und Verſtändigungen, auch ihrer Anbahnung und Vorverhandlung, vor der breiten Öffentlichkeit des In- und Auslandes geſtatten werden. Was ſpeziell Deutſchland betrifft, ſo haben wohl wenig Staaten in neuerer Zeit ſo wenig „Geheimdiplomatie" getrieben, in wenigen Ländern iſt die Volksvertretung ſo weitgehend über die Vorgänge der auswärtigen Politik, ihre Ziele und Verpflichtungen informiert worden, wie bei uns.

Unſer Vertrag mit Öſterreich war veröffentlicht, der korreſpondierende mit Italien (der Dreibundvertrag) allerdings nicht. Doch war wohl niemandem bei uns ſein weſentlicher Inhalt ein Geheimnis. Gegen ſeine Bekanntmachung hätte ich keine Bedenken gehabt. Aber die italieniſche Regierung?? (ſiehe Seite 41). Die Veröffentlichung des Vertrages mit Rumänien wäre bei uns wie in Wien gern geſehen worden, aber der ausgeſprochene Widerſtand des Königs Carol verbot ſie. Daß der Wortlaut unſerer während des Krieges mit der Türkei und Bulgarien abgeſchloſſenen Waffenbündniſſe nicht veröffentlicht wurde, war inter arma wohl ſelbſtverſtändlich. Das war unſere „Geheimdiplomatie". Wie ſtand es dagegen in den anderen Staaten? Der geheimnisvolle Betrieb des Balkanbundes und ſeiner Verträge? Das auch vor den Bundesgenoſſen geheimgehaltene Abkommen Italiens mit Frankreich? Die Verſtändigungen und militäriſchen Abreden Englands mit Frankreich? Die obenerwähnten Verhandlungen über eine Marinekonvention mit Rußland, die eine „Verſchleierung" vor dem Parlament geſtatteten? uſw. uſw. Nur durch Zufall oder Jägerliſt konnte man die Schleichwege dieſer Diplomatie auffinden.

Der engliſche Königsbeſuch hatte das Selbſtgefühl der Franzoſen noch erſichtlich geſteigert. Deutſche, die in den folgenden Monaten Paris beſuchten, ſagten mir, daß ſie die Stimmung auch in Geſchäftskreiſen direkt kriegsluſtig gefunden hätten. Pariſer Theater gefielen ſich in Stücken, in denen das deutſche Militär lächerlich gemacht wurde, ſo daß ich Veranlaſſung nahm, den Berliner Vertreter der Republik, Herrn Jules Cambon — den Bruder des Londoner Paul, mit dem er in regſtem Briefwechſel ſtand — auf dieſen Unfug aufmerkſam zu machen.

In England liefen zwei Strömungen nebeneinander, eine nationaliſtiſch-imperialiſtiſche, die, im Kielwaſſer der Entente ſegelnd, einer Abrechnung mit dem deutſchen Konkurrenten zuſteuerte, und eine pazifiſtiſche, die einer Verſtändigung mit uns zuneigte. Die erſtere erwies ſich, wie faſt immer aktive Strömungen, ſchließlich als die ſtärkere. Sie gebot auch über eine mächtige Preſſe[1]). Sir E. Grey trug wohl beiden Möglichkeiten Rechnung und hoffte vielleicht, zwiſchen beiden einen Ausgleich zu finden, ohne ſich über die Endziele der Politik ſeiner Ententefreunde völlig klar zu werden. Mit Herrn Aſquith zwar dem imperialiſtiſchen Flügel der liberalen Partei angehörend, war er in der Theorie noch Pazifiſt, aber ſein Pazifismus fand in den natürlichen oder vermeint-

[1]) Der Zeitungskonzern von M. Pearſon, ſowie von Lord Northcliffe (früher Mr. Harmsworth, Sohn eines ruſſiſch-jüdiſchen Mannes namens Stern, der aus Rußland nach Irland ausgewandert war).

lichen Intereſſen Englands ſeine Grenzen, wie die Haltung der engliſchen Politik in der Marokkokriſe und der bosniſchen Frage zeigte. Ein unbedingter Anhänger der balance of power, geriet er in immer größere Abhängigkeit von den Ententemächten und wurde damit — unbewußt, das unterſteht für mich keinem Zweifel — zum Förderer der aggreſſiven Politik Frankreichs und Rußlands. Der Pariſer Beſuch brachte ihn noch entſchiedener unter den Einfluß der Entente. Wir ſehen, wie er ſich dort ohne Gegenwehr die Schlinge um den Hals legen läßt und auf Verhandlungen eingeht, die er nachher im Parlament ärgerlich ableugnet. Frankreich und Rußland konnten von Paris die beruhigende Zuverſicht mitnehmen, daß der Beſtand der Entente geſichert und die Dinge für die Entwicklung reif ſeien. Es iſt mehr als wahrſcheinlich, daß Frankreich und Rußland, durch die Anzeichen einer möglichen Annäherung zwiſchen Deutſchland und England (Bagdadabkommen) beunruhigt, das Eiſen zu ſchmieden trachteten, ehe es kalt werden könnte.

Die Zwecke einer etwas myſteriöſen Reiſe, die der Privatſekretär Greys, Sir W. Tyrrell, im Frühjahr 1914 nach Waſhington unternahm, wo er mit dem Präſidenten Wilſon konferieren konnte, bedürften noch näherer Aufklärung.

IX. Wien und Berlin nach dem Mord von Sarajewo.

Am 28. Juni wurde der österreichische Thronfolger mit seiner Gemahlin in Sarajewo ermordet. Der Erzherzog war vor der Reise gewarnt worden, aber der Landeschef von Bosnien — derselbe General Potiorek, der später die Schuld an der furchtbaren Niederlage des österreichischen Expeditionskorps in Serbien trug — hatte sich für die Sicherheit verbürgt. Die Mörder waren bosnische Serben. Die Untersuchung, die die K. u. K. Regierung alsbald anstellte, deckte Fäden auf, die nach Serbien führten. Dort bestand der nationalistische Volksverein Narodna Obrana, der auch in Bosnien, namentlich unter der Jugend, zahlreiche Mitglieder besaß und großserbische Propaganda, die Losreißung der serbischen Landesteile von der Donaumonarchie, betrieb[1]). Viele serbische Offiziere und Beamte waren Mitglieder des Vereins, von der Regierung in Belgrad wurde er begünstigt, die Attentäter standen mit ihm in Verbindung, hatten Geld von ihm erhalten. Die Bomben des Mörders Gabrinowiç stammten aus dem serbischen Waffenlager in Kragujevaç und waren mit Hilfe serbischer Mi-

[1]) Notabene hatten die von Serbien erstrebten Gebietsteile der Monarchie zum größten Teil niemals dem alten Königreich Serbien angehört.

litärs über die Grenze nach Bosnien befördert worden. Die Freveltat erregte in Serbien, und zwar gerade in Kreiſen der Intelligenz, nur kaum verhehlte Freude, die Zeitungen brachten zum Teil unerhörte Kommentare. So ſtark war, von der Regierung begünſtigt, ſeit Jahren der Haß gegen Öſterreich von nationaliſtiſcher Seite geſchürt worden. Man glaubte frohlockend den nahen Verfall der Habsburgiſchen Monarchie vorauszuſehen, die Preſſe hetzte in zügelloſeſter Weiſe (Rotbuch 1, 3, 5, 6, 19, Beilage 9). Die Regierung gab ihrer Entrüſtung über den Mord zwar offiziell Ausdruck, gab auch Verſprechungen, tat aber nichts, um dem Unweſen der Propaganda zu ſteuern, ſie tat auch (bis zum öſterreichiſchen Ultimatum) nichts Ernſtliches, um eine Unterſuchung über den Urſprung des Attentats und die Teilnahme an demſelben anzuſtellen. Einer Anſtiftung des Verbrechers wird man die ſerbiſche Regierung nicht beſchuldigen können, aber ſie trug unzweifelhaft die moraliſche Mitſchuld durch die von ihr genährten Tendenzen, durch ihr Geſchehen- und Gehenlaſſen. Es waren die allſlawiſchen Tendenzen, die auch von den ruſſiſchen Agenten ſyſtematiſch gefördert und gegen Öſterreich benutzt waren.

Mich traf die Nachricht von der Ermordung auf der Hochzeitsreiſe am Vierwaldſtätter See. Von ſchlimmen Ahnungen erfüllt, telegraphierte ich nach Berlin, ob meine ſofortige Rückkehr erwünſcht ſei. Ich erhielt die

Antwort vom Unterſtaatsſekretär, daß kein Grund zu verfrühter Rückreiſe vorläge. Am 6. Juli, nach Ablauf meines Urlaubs, traf ich wieder in Berlin ein. Tags zuvor war der Kabinettsſekretär des Grafen Berchtold, Graf Hoyos, dort geweſen, um ein für S. M. den Kaiſer beſtimmtes Handſchreiben des Kaiſers Franz Joſeph zu bringen[1]). Dasſelbe war von einem Promemoria begleitet. Das Handſchreiben wies auf die Mordtat und die Ergebniſſe der Unterſuchung hin. Faſt alle Balkanfragen, beſonders auch die Haltung Rumäniens, über welche ſehr geklagt wurde, waren berührt, und es war dargelegt, daß Öſterreich die fortgeſetzte (ſerbiſche und ruſſiſche) Agitation, die ſeine innere Ruhe und die Sicherheit ſeiner ſüdlichen Grenzen bedrohte, nicht länger ſtillſchweigend hinnehmen könne. Alles Entgegenkommen, das man in Wien gezeigt, ſei vergeblich geweſen, der Gegenſatz mit Serbien ſei nur immer ſchärfer geworden. Die Friedenspolitik aller europäiſchen Monarchen ſei gefährdet, ſolange der Herd verbrecheriſcher Treibereien in Belgrad fortbeſtände. Die Möglichkeit eines Krieges mit Rußland war in dem Schreiben nicht erwähnt. Freilich konnte die Protektorrolle, die Rußland in Serbien ſpielte, und die Tätigkeit ſeines dortigen Vertreters als bekannt angenommen werden. Dagegen war die Stärkung der gegenwärtigen bulgariſchen Regierung

[1]) Das Schreiben iſt dem Kaiſer in Potsdam am 5ten vom Botſchafter Grafen Szögyeny (nicht vom Grafen Hoyos) überreicht worden.

und ein eventueller Anſchluß Bulgariens an den Dreibund empfohlen. In dem Handſchreiben wurde darauf hingewieſen, daß hier ein Druckmittel auf das unzuverläſſige Rumänien gefunden werden könnte. Die Herſtellung näherer Beziehungen zu Bulgarien war ein altes Leitmotiv der Politik des Ballplatzes. Auch unſererſeits hatte in früherer Zeit eine engere Fühlung mit Sofia beſtanden, war allerdings ſpäter, als der ruſſiſche Einfluß dort überwog, als unfruchtbar erkannt worden. Doch ließ ſich die Heranziehung Bulgariens trotz deſſen ſtets etwas unverläßlicher Haltung in Erwägung ziehen[1]). Seit dem letzten Kriege trennte Bulgaren und Serben bitterer Haß.

Die Inſtruktion, die hierauf an unſeren Botſchafter nach Wien ergangen war, enthielt den Beſcheid, daß wir uns der Gefahr nicht verſchlöſſen, die Öſterreich-Ungarn und damit auch den Dreibund durch die von den ruſſiſchen und ſerbiſchen Panſlawiſten betriebene Agitation bedrohte. Im Einklang mit den Bündnispflichten würden wir treu an der Seite Öſterreichs ſtehen.

Die Bluttat von Sarajewo, eine wenn auch von den offiziellen Kreiſen wohl nicht gewollte Frucht der großſerbiſchen Propaganda, hatte blitzartig vor den Augen aller Welt gezeigt, wohin die Dinge ſchließlich führen mußten. Serbien hatte die Verſprechungen, die es 1909

[1]) Meines Erinnerns iſt übrigens vor dem Kriege mit Bulgarien nicht mehr verhandelt worden.

feierlichſt für ſein Wohlverhalten gegeben, hatte alle ſpäteren Warnungen, auf den Schutz Rußlands vertrauend, leichtfertig in den Wind geſchlagen, ſeine Regierung hatte fortgefahren, die auf den Zerfall der Donaumonarchie gerichteten Beſtrebungen zu dulden und zu fördern, verſchiedene ſchwere Kriſen waren durch das Verhalten Serbiens herbeigeführt worden. Dieſem Treiben endlich Einhalt zu gebieten, war für Öſterreich eine Lebensfrage geworden. Daß hohle Verſprechungen nicht ausreichten, war erwieſen, daß es eines ſtärkeren Druckes, eventuell eines Einſchreitens bedürfen würde, damit war nach den bisherigen Erfahrungen allerdings zu rechnen[1]). Wie bereits in unſerem Weißbuch geſagt iſt (S. 1, 2), konnten wir unſerem Bundesgenoſſen, der ſich in dieſer Situation an uns wandte, nur „unſer Einverſtändnis mit ſeiner Einſchätzung der Sachlage geben und ihm verſichern, daß eine Aktion, die er für den Beſtand der Monarchie für notwendig hielte, unſere Billigung finden würde. Wir waren uns hierbei wohl bewußt, daß ein etwaiges kriegeriſches Vorgehen Öſter-

[1]) Der ſerbiſche Geſandte in London ſagt am 23. Juli zu Sir A. Nicolſon, ſeine Regierung würde den Forderungen entgegenkommen, wenn ſie ſich auf dem „terrain juridique“ hielten. Wenn aber Öſterreich die Frage auf das politiſche Gebiet hinüberſpiele und ſage, die ſerbiſche Politik müſſe ſich einem radikalen Wechſel unterziehen und gewiſſe politiſche Ideale aufgeben (alſo die großſerbiſchen Beſtrebungen), ſo würde Serbien ſich dem nicht unterwerfen (Blaubuch 30). Natürlich war es eine politiſche Frage!

reich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan bringen und uns hiermit, unſerer Bündnispflicht entſprechend, in einen Krieg verwickeln könnte. Wir konnten aber in der Erkenntnis der vitalen Intereſſen Öſterreich-Ungarns, die auf dem Spiel ſtanden, unſerem Bundesgenoſſen weder zu einer mit ſeiner Würde nicht zu vereinbarenden Nachgiebigkeit raten, noch auch ihm unſeren Beiſtand in dieſem ſchweren Moment verſagen". Ein allmählicher Zerfall Öſterreichs, eine Unterwerfung des geſamten Slawentums unter ruſſiſcher Hegemonie mußte die Stellung der germaniſchen Raſſe in Mitteleuropa ſtark gefährden und auch unſere Intereſſen ſchwer bedrohen. „Ein moraliſch geſchwächtes, durch das Vordringen des ruſſiſchen Panſlawismus zuſammenbrechendes Öſterreich wäre für uns kein Bundesgenoſſe mehr, mit dem wir noch rechnen könnten. Wir ließen daher Öſterreich freie Hand in ſeiner Aktion gegen Serbien, wir haben an den Vorbereitungen nicht teilgenommen." Dies iſt unſer Standpunkt bei Beginn der Kriſe geweſen. Auch heute noch bin ich der Anſicht, daß wir nicht anders handeln konnten, als Öſterreich unſeren Beiſtand zuzuſagen, um ihm eine Genugtuung zu ſchaffen. Wenn Herr Saſonow wiederholt geſagt hat, Rußland könne nicht dulden, daß Serbien der Vaſall Öſterreichs würde (was gar nicht beabſichtigt war, es ſollte nur Ruhe halten), ſollten wir etwa dulden, daß unſer Bundesgenoſſe fortgeſetzt in ſeiner Exiſtenz bedroht

wurde, ohne ſich dagegen wehren zu dürfen? Wir hatten höhere — weil auch durch eigene Lebensintereſſen bedingte — Pflichten zum Schutze Öſterreichs als diejenigen, die Rußland aus der angemaßten Protektorrolle über den unruhigen Balkankleinſtaat und ſeine ſlawiſchen Aſpirationen für ſich geltend machen konnte. Dieſer Auffaſſung entſprach die obige Inſtruktion. Aber wir haben uns von vornherein dafür eingeſetzt, daß der öſterreichiſch-ſerbiſche Streit unter den Parteien ſelbſt erledigt werden müſſe und nicht die Dimenſionen eines europäiſchen Konflikts annehmen dürfe[1]). Als es dann im Laufe der weiteren Entwicklung möglich erſchien, Öſterreich eine genügende Sühne und Garantie von Serbien zu verſchaffen, haben wir unſerem Bundesgenoſſen ſehr dringlich zu der Mäßigung geraten, wie ſie politiſche Klugheit gebot. Wien iſt auch unſerem Ratſchlag gefolgt. Rußlands Bedrohung unſerer Sicherheit durch die gegen uns gerichtete Geſamtmobilmachung hat jede Verſtändigung vereitelt, den Weltkrieg entfeſſelt[2]).

[1]) Dieſer Auffaſſung entſprach auch die anfängliche Haltung Englands.

[2]) Der von unſeren Feinden verbreiteten Lüge, der Krieg gegen Serbien ſei bereits bei dem Beſuch S. M. des Kaiſers beim Erzherzog Franz Ferdinand in Kanopiſcht im Juni 1914 beſchloſſen worden, muß auf das entſchiedenſte entgegengetreten werden. Der Thronfolger wünſchte ſeinem kaiſerlichen Freunde die Roſenblüte auf der von ihm beſonders geliebten böhmiſchen Beſitzung zu zeigen, der Beſuch war ein rein freundſchaftlicher. Ich habe demſelben nicht beigewohnt. Wie ich aber nachher erfuhr, haben die Geſpräche, ſoweit ſie überhaupt politiſcher Natur waren, ſich faſt nur

Daß in Potsdam am fünften ein Kronrat ſtattgefunden hätte, iſt eine oft dementierte Legende. S. M. der Kaiſer hatte am Nachmittage den Reichskanzler und den Unterſtaatsſekretär, der mich während meines Urlaubs vertrat, zum Vortrag empfangen. Ob angeſichts der bevorſtehenden Abreiſe des Kaiſers noch andere Vorträge an dem Tage ſtattgefunden haben, iſt mir nicht bekannt.

Der Kaiſer hatte am ſechſten früh Potsdam verlaſſen, um am ſiebenten von Kiel aus die alljährliche Nordlandreiſe anzutreten. Der Kanzler hatte auch dazu geraten, weil eine plötzliche Abſage des feſtgeſetzten Programms zu beunruhigenden Gerüchten über die politiſche Lage hätte Anlaß geben, geradezu als Zeichen, daß man einem Konflikt zuſteuerte, hätte gedeutet werden können. Dies

---

auf die inneren Verhältniſſe Öſterreich-Ungarns bezogen. Der Erzherzog neigte, um die Schwierigkeiten der Monarchie zu überwinden, dem föderativen Syſtem zu. Und der Fürſt, deſſen Herrſchaft den Völkern Habsburgs Befriedigung ihrer nationalen Wünſche verſprach, fiel durch die Mörderhand eines Nationaliſten! Wollte man etwa die Ausführung ſeiner Pläne verhindern, die die Losreißung der ſerbiſchen Gebiete erſchwert hätte?

Daß Staatsſekretär v. Tirpitz den Kaiſer nach Kanopiſcht begleitete, beruhte auf einem ausdrücklichen Wunſche des Erzherzogs, der die Anſicht des Großadmirals über den Bau gewiſſer Schiffstypen zu hören wünſchte. Der Thronfolger intereſſierte ſich zwar lebhaft für die Beſeitigung gewiſſer Schäden und Mängel der K. u. K. Armee und Marine, er war aber durchaus nicht etwa ein Kriegstreiber, als welchen man ihn vielfach hat hinſtellen wollen. Im Gegenteil, während der albaniſchen Kriſe iſt er verſchiedentlich für die Vermeidung des Konflikts durch Nachgeben energiſch eingetreten.

um ſo mehr, als der Beſuch des Präſidenten Poincaré in Petersburg erwartet wurde.

So lagen die Dinge bei meiner Rückkehr nach Berlin. Wie die anderen maßgebenden Stellen, habe ich die Situation von Anfang an als ernſt angeſehen. Jeder Vorfall auf dem Balkan barg bei den dort kollidierenden Intereſſen erfahrungsgemäß Konfliktsmöglichkeiten; der jetzige war um ſo ſchwerer, als der an dem Erben der Donaumonarchie begangene Mord ein direktes Attentat gegen letztere darſtellte. Doch gerade darum habe auch ich gehofft, daß der öſterreichiſch-ſerbiſche Konflikt ſich lokaliſieren würde. Die Mächte mußten bei einigem guten Willen erkennen, daß Öſterreichs Sühneforderung ein Akt gerechter Notwehr ſei, und deshalb die Monarchie ihren Handel mit Serbien allein austragen laſſen.

Wir haben deswegen in Wien geraten, das belaſtende Material gegen Serbien zuſammenzuſtellen, um Europa von der Schuld zu überzeugen. Wenn wir auch betreffs der Demarche, die in Belgrad erfolgen ſollte, im voraus keine Stellung nehmen konnten, ſo wollten wir doch wiſſen, „wohin die Reiſe ginge“[1]). Ich habe dem öſterreichiſchen Botſchafter wiederholt geſagt, daß wir über die Schritte, die man in Wien beſchließen würde, vorher orientiert ſein wollten. Von einer „carte blanche“, wie behauptet worden iſt, kann alſo nicht die Rede ſein. Es

[1]) So lautete, wenn ich mich recht erinnere, der Ausdruck in unſerer nach Wien gerichteten Inſtruktion.

iſt ein großer Unterſchied, ob, wenn ich Schritte prinzipiell als notwendig anerkenne, ich auch den modus procedendi ſuggeriere und damit die Verantwortung für dieſen übernehme, oder ob ich von der Art der Schritte vorher in Kenntnis geſetzt ſein und mir gewiſſermaßen die Kontrolle vorbehalten will. Letzteres wollten wir, erſteres nicht, ſchon weil wir die Grenze der Verantwortlichkeit auch Öſterreich-Ungarn gegenüber innehalten mußten. Wir haben ferner unſerem Bundesgenoſſen den Rat erteilt, die fragliche Demarche möglichſt zu beeilen, weil anzunehmen war, daß unter dem noch *friſchen Eindruck* der Mordtat die politiſchen Momente, die etwa da oder dort zu einer Parteinahme für Serbien verleiten konnten, hinter dem allſeitigen Abſcheu der öffentlichen Meinung über das Verbrechen zurücktreten mußten.

Wien ließ nun faſt einen ganzen Monat verſtreichen. Es war natürlich, daß der Eindruck des Frevels von Sarajewo in den verſchiedenen Ländern Europas mehr und mehr verblaßte. Dagegen ſprach in Wien allerdings die Erwägung mit, daß es zweckmäßig ſein würde, die Demarche in Belgrad nicht mit dem Beſuche Herrn Poincarés in St. Petersburg koinzidieren zu laſſen, damit nicht in der Feſt- und Verbrüderungsſtimmung dort weittragende Beſchlüſſe gegen Öſterreich gefaßt würden. Der Beſuch fand vom 19.—23. Juli ſtatt. Über die Geſpräche, die dabei gepflogen ſind, iſt leider nichts veröffentlicht

worden. Daß ſie von demſelben Geiſte getragen geweſen ſind, wie 1912, wo eine erhöhte Kriegsbereitſchaft beſchloſſen wurde, iſt wohl anzunehmen. Dem öſterreichiſchen Botſchafter ſagte der Präſident, Serbien habe Freunde, die es nicht im Stiche laſſen würden!

Der einſt ſo kluge, aber in letzter Zeit recht gealterte Botſchafter Graf Szögyeny, deſſen amtliche Tage bereits gezählt waren, erfuhr ſcheinbar wenig von dem, was in Wien vorging oder beabſichtigt war. Unſer dortiger Botſchafter Herr v. Tſchirſchky berichtete im Laufe des Juli, Graf Berchtold habe gemeint, man könnte u. a. verlangen, daß in Belgrad ein Organ der öſterreichiſch-ungariſchen Regierung eingeſetzt würde, um von dort aus die großſerbiſchen Umtriebe zu überwachen, eventuell auch die Auflöſung von Vereinen und die Entlaſſung einiger kompromittierter Offiziere. Man denke daran, ein Ultimatum zu ſtellen und die Friſt zur Beantwortung desſelben möglichſt kurz zu bemeſſen, eventuell auf 48 Stunden. Dieſe Forderungen erſchienen nach Lage der Dinge an ſich nicht unbillig, richtete ſich doch die großſerbiſche Bewegung direkt gegen den Beſtand der Monarchie[1]), und eine kurze Bemeſſung der Friſt war bei den im ganzen Orient üblichen Verſchleppungsmethoden und der bekannten Belgrader Winkelzügigkeit nicht unzweckmäßig.

[1]) Auch in Paris beſtand ein ruſſiſches bureau de sûreté zur Überwachung der Anarchiſten.

Für Österreich hätte die Frage entstehen können, ob ein der Sendung des Handschreibens nach Berlin analoger Schritt auch in Rom getan werden sollte. Italien hat sich nachher beschwert, über die österreichischen Absichten nicht vorher informiert worden zu sein und diese angebliche Unterlassung[1]) zum Vorwand seiner Neutralität gemacht. Immerhin war das Bündnisverhältnis zwischen Österreich und Deutschland von einem anderen Geiste getragen, als das zwischen Österreich und Italien, und die persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Kaisern waren intimer, als zwischen den Höfen von Wien und Rom. Bei dem zweideutigen Spiel Italiens in Serbien, bei seinen undurchsichtigen Beziehungen zu den Ententekabinetten, besonders dem von Petersburg, lag die Gefahr nahe, daß die italienische Diplomatie den Zwecken Österreichs entgegenwirken und Serbien zum Widerstand gegen dessen Forderungen ermuntern würde. Nach Artikel VII des Dreibundvertrages sollten Österreich und Italien sich behufs Aufrechterhaltung des Status quo im Orient ihre diesbezüglichen Absichten mitteilen und — falls „die Aufrechterhaltung des Status quo bezüglich der Balkangebiete oder jenes bezüglich der ottomanischen Küsten und Inseln des Adriatischen und des Ägäischen Meeres" infolge der Ereignisse unmöglich würde oder eine der beiden Mächte sich gezwungen sähe, denselben durch eine zeitweilige oder

[1]) Siehe Anmerkung S. 108.

dauernde Beſetzung zu ändern — ſollte ein vorheriges Übereinkommen der beiden Mächte ſtattfinden, „welches auf dem Prinzip einer gegenſeitigen Kompenſation für jeden territorialen oder anderen Vorteil beruht, den jede von ihnen über den gegenwärtigen Status quo hinaus erhalten würde, und das den Intereſſen und wohlbegründeten Anſprüchen der beiden Teile Genüge leiſtet“[1]). Von begründetem Mißtrauen gegen die Haltung Italiens geleitet, habe ich im Laufe des Juli durch unſere Botſchaft in Wien vorſichtig anregen laſſen, den Italienern für alle Eventualitäten den Erwerb des Trentino in Ausſicht zu ſtellen. Meine Anregung beruhte nicht etwa auf der Anſicht, daß die Angelegenheit ſich zu einem allgemeinen Kriege auswachſen oder einer der im Vertrage vorgeſehenen Fälle eintreten *mußte*, ſondern ſie war von dem einfachen Gebot politiſcher Vorſicht eingegeben, welche *alle* Möglichkeiten ins Auge faßt. Wien hat meine Anregung nicht berückſichtigt. In der Interpretation der etwas vieldeutig und ſtark hypothetiſch gefaßten Beſtimmungen des Artikels VII hatten ſchon früher zwiſchen Rom und Wien Abweichungen beſtanden, ſo während des gegen die Türkei gerichteten libyſchen Krieges, der die in dem Artikel genannten Gebiete auch in Mitleidenſchaft ziehen mußte und gezogen hat. Wien hat die Auffaſſung vertreten, daß der Artikel ſinngemäß nur auf den *türkiſchen* Beſitzſtand, nicht aber auf die an-

[1]) Anhang zum Rotbuch II von 1916, Nr. 1.

deren Balkanländer Bezug haben könne (Rotbuch II von 1916, 2). Und gar über eine „Kompenſation" zu verhandeln, glaubte ſich Graf Berchtold um ſo weniger veranlaßt, als — wie er gleich in Rom und ſpäter ja auch in Petersburg mitteilen ließ — Öſterreich an keine territorialen Erwerbungen dachte (Rotbuch II, 1, 2)[1]). Es wollte auch keine Veränderung des Status quo und erſtrebte keinen „Vorteil", ſondern nur Ruhe und Sicherheit gegen die ſerbiſchen Umtriebe[2]).

---

[1]) Eine Annexion ſerbiſchen Gebietes beabſichtigte man in Wien ſchon deshalb nicht, weil Ungarn jeden Zuwachs an ſerbiſcher Bevölkerung, welcher eine Schwächung des Magyarentums bedeutete, abgelehnt hätte.

[2]) Die Abſicht, Schritte in Belgrad zu tun, iſt von Graf Berchtold am 20. Juli dem italieniſchen Botſchafter in Wien und durch Herrn von Merey am 21. in Rom mitgeteilt worden (Rotbuch II, 1 und 3). Italien hat vor dem libyſchen Krieg — das Ultimatum an die Türkei erfolgte am 27. und die Kriegserklärung am 29. September 1911 — erſt am 26. September 1911 ſeinen Bundesgenoſſen von ſeinen Abſichten in Kenntnis geſetzt (Anhang zum Rotbuch II, Nr. 3). Wenn Italien in der Note vom 4. Mai 1915 (Rotbuch II, 170) ſagt, daß Öſterreich sans le moindre avertissement gehandelt habe, ſo iſt das ebenſo unrichtig, wie die Behauptung des Marquis di San Giuliano am 20. September 1911, vor Beginn des libyſchen Krieges, daß Italien nach einer ſeinen Wünſchen entſprechenden Löſung der tripolitaniſchen Frage „als ein völlig ſaturierter Faktor im Dreibunde ein zufriedenes und daher um ſo zuverläſſigeres Glied desſelben darſtellen" würde! (Anhang zum Rotbuch II, Nr. 3.) Man mag über die Interpretation des Artikels VII denken, wie man will, die italieniſche Annullierung des Dreibundvertrages im Mai 1915 war ein ebenſo großer Macchiavellismus, wie die Kriegserklärung angeſichts des Artikels IV des Vertrages (Anhang zum Rotbuch II, Nr. 16) ein unerhörter Treubruch war.

Marquis di San Guiliano ſagte unſerem Botſchafter, noch ehe die

Wir warteten nun mit einiger Ungeduld der ſich verzögernden Mitteilung der Wiener Beſchlüſſe, in die wir vorher weder eingreifen wollten noch konnten.

Am 22. Juli in den Abendſtunden — es war, ſoweit ich mich erinnere, zwiſchen 7 und 8 Uhr — kam Graf Szögyeny zu mir, um mir das bekannte Ultimatum mitzuteilen. Dieſes war, wie Graf Tisza in einer ſeiner letzten Reden im ungariſchen Parlament mitgeteilt hat,

---

Forderungen Öſterreichs an Serbien bekannt waren, Italien werde dieſe ſchwerlich unterſtützen können, da das im Widerſpruch zu den liberalen und nationalen Prinzipien Italiens ſtände.

Und am 26. Juli 1914 konnte der Botſchafter Barrère nach Paris melden, er habe aus einem Geſpräch mit dem italieniſchen Miniſterpräſidenten den Eindruck gewonnen, „daß ſich die italieniſche Regierung im Falle eines Konflikts abſeits halten" wollte (Gelbbuch 51).

Gelegentlich des Beſuchs König Viktor Emanuels in Kiel 1913, während des zweiten Balkankrieges, hatten der Reichskanzler und ich eine Unterredung mit dem Marquis di San Giuliano, der das Herrſcherpaar auf der Reiſe nach Stockholm begleitete. Im Verlaufe des Geſprächs, das ſich hauptſächlich um die anläßlich des Bagdadabkommens von Italien angemeldeten Wünſche bezog, ſtellte der Miniſter ziemlich überraſchend die Frage, ob, wenn aus einem eventuellen öſterreichiſch-ſerbiſchen Konflikt etwa ein ruſſiſch-öſterreichiſcher Krieg entſtehen ſollte, Deutſchland dies als Casus foederis anſehen würde. Wir antworteten, daß dieſe Eventualität hoffentlich nicht eintreten würde, und daß die Frage trotz der derzeitigen Kämpfe im Balkan ja auch nicht aktuell erſchiene. Prinzipiell aber ſtellte ſie ſich für uns ſo dar: Falls Öſterreich von Rußland angegriffen würde, ſo bezeichnete der Bündnisvertrag klar unſere Verpflichtungen, denen wir dann auch nachkommen müßten. Der Wortlaut des Vertrages ſei ja jedermann bekannt. Der Marquis ließ eine Bemerkung fallen etwa des Sinnes, er wüßte nicht, ob Italien ſich entſchließen würde, wegen Serbiens an einem Kriege teilzunehmen.

am 19. in Wien in einem gemeinſamen Miniſterrat beſchloſſen und dann dem Kaiſer zur Genehmigung vorgelegt worden. Bei dieſer Gelegenheit hat auch Graf Tisza ausdrücklich beſtätigt, daß wir bei der Feſtſetzung nicht mitgewirkt haben. Nach Kenntnisnahme des langen Textes ſprach ich dem Botſchafter ſofort meine Anſicht aus, daß der Inhalt mir als reichlich ſcharf und über den Zweck hinausgehend erſchiene. Graf Szögyeny erwiderte, da ſei nun nichts mehr zu machen, denn das Ultimatum ſei ſchon nach Belgrad geſandt und ſolle dort am nächſten Morgen übergeben und gleichzeitig durch den amtlichen Wiener Telegraphen veröffentlicht werden[1]). Ich ſprach dem Botſchafter mein Befremden aus, daß uns die Entſchlüſſe ſeiner Regierung ſo ſpät mitgeteilt würden, daß uns damit die Möglichkeit abgeſchnitten wäre, dazu Stellung zu nehmen. Auch der Reichskanzler, dem ich alsbald den Wortlaut des Ultimatums vorlegte, war der Anſicht, daß es zu ſcharf ſei. Nach dem Beſuche des Grafen Szögyeny wurde mir dann auch eine inzwiſchen eingegangene Mitteilung des Ultimatums ſeitens unſeres Botſchafters in Wien vorgelegt.

[1]) Der Botſchafter muß ſich, falls nicht in Wien Schwankungen betr. des Moments der Übergabe ſtattgefunden haben, hier geirrt haben, denn in Wirklichkeit iſt das Ultimatum erſt abends um 6 Uhr überreicht.

X. Die kritiſchen Tage nach dem Wiener Ultimatum.

Unſere Abſicht war von Anfang an, wie ich bereits oben ausgeführt habe, eine Lokaliſierung des Konflikts zu erreichen. Hierfür haben wir bei allen Kabinetten unſere diplomatiſche Tätigkeit eingeſetzt. Der ſich täglich ſteigernde Depeſchenwechſel, der während der Tage bis zum Kriegsausbruch unter den Kanzleien der Mächte und den Souveränen in Berlin, Petersburg und London ſtattfand, iſt durch die verſchiedenen Buntbücher bekannt. Es ſeien hier nur die wichtigſten Momente der Verhandlungen angeführt. Am 23. Juli abends war das Ultimatum in Belgrad überreicht worden. Es ſetzte eine zweitägige Friſt, alſo bis zum 25. abends. Am 24. wandte ſich der Kronprinz von Serbien — der König war abweſend — telegraphiſch an Kaiſer Nikolaus, indem er ſich bereit erklärte, den Ratſchlägen Rußlands zu folgen, gleichzeitig aber unter einem Appell an „das edle ſlawiſche Herz“ des Zaren um baldige Hilfe bat. Am 25. nachmittags wurde die Mobiliſation des ſerbiſchen Heeres angeordnet und am Abend, kurz vor Ablauf des Ultimatums, dem öſterreichiſchen Geſandten die Antwort zugeſtellt. Sie war geſchickt gefaßt. Direkt abgelehnt wurde nur die Forderung der Teilnahme K. u. K. Beamter

an den Erhebungen, als der Verfassung und dem Strafprozeßgesetz widersprechend. Aber die Annahme einiger anderer Forderungen war mit Vorbehalten verbunden, die die Zugeständnisse wesentlich herabminderten, ihre Erfüllung auf die lange Bank schoben oder illusorisch machten. Der Gesandte Baron Giesl erklärte die Antwort für ungenügend und verließ unter Abbruch der Beziehungen Belgrad. Was war inzwischen in Petersburg geschehen? Nach dem russischen Orangebuch hätte der Zar das Telegramm des serbischen Thronfolgers erst am 27. beantwortet (obgleich er wußte, daß das Ultimatum schon am 25. ablief). In Belgrad jedoch verbreitete sich am 25. mittags das Gerücht, eine Depesche aus Petersburg verspräche die Hilfe Rußlands. Die anfangs gedrückte Stimmung schlug in Kriegsbegeisterung um; als der Kronprinz um 3 Uhr durch die Stadt fuhr, wurde er mit Jubel begrüßt. Am 24. hatte Herr Sasonow in einer Unterhaltung mit dem serbischen Gesandten in Petersburg „große Entschlossenheit an den Tag gelegt" und Herrn Spalaikowitsch erklärt, „daß Rußland in keinem Falle aggressive Handlungen Österreichs gegen Serbien zulassen könnte". (Nowoje Wremja vom 10./23. Dezember 1914. Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 5. Januar 1915.) Und der Zar hat am 30. Juli unserem Kaiser telegraphiert, „die jetzt in Kraft tretenden militärischen Maßnahmen sind schon vor fünf Tagen beschlossen worden" (Weißbuch,

Anlage 23a). Saſonow hat dem engliſchen Botſchafter ſchon am 24. geſagt, er denke, die ruſſiſche Mobilmachung werde „auf jeden Fall“ ausgeführt werden müſſen (Blaubuch 6). Gleichzeitig erſuchte er die engliſche Regierung, ſie möge ihre Solidarität mit Rußland und Frankreich erklären.

Daß Frankreich ſich ſogleich voll und ganz auf Seiten Rußlands geſtellt hat, iſt als ganz natürlich angeſehen worden, während man es uns — ſo ſehr wir auch an einer Ausgleichung des Konflikts gearbeitet und dabei mäßigend auf Wien eingewirkt haben — hat zum Vorwurf machen wollen, daß wir die Intereſſen unſeres Bundesgenoſſen vertreten haben.

Wie geſagt, ging unſer Beſtreben dahin, eine europäiſche Konflagration auszuſchließen und die Angelegenheit auf einen öſterreichiſch-ſerbiſchen Streitfall zu beſchränken, in den die anderen Mächte nicht eingreifen ſollten. Aber die ſerbiſchen Intereſſen waren in Herrn Saſonows Augen, wie er am 29. dem öſterreichiſchen Botſchafter geſagt hat, in dieſem Falle eben „ruſſiſche“ (Rotbuch 47, d. h. die Folgen der ruſſiſchen Politik in Serbien)[1]). Ein Petersburger Communiqué vom

[1]) Im Jahre 1866 war ein Aufſtand in Kreta ausgebrochen, der die Losreißung der Inſel von der türkiſchen Herrſchaft und ihre Vereinigung mit Griechenland erſtrebte und der von der griechiſchen Regierung offen unterſtützt wurde. Rußlands Botſchafter in Konſtantinopel, der intrigante General Ignatiew, begünſtigte demonſtrativ die Aſpirationen der Griechen. Während zweier Jahre ſuchte die Pforte vorſichtig zu lawieren und die

24.[1]) verkündete, daß Rußland dem öſterreichiſch-ſerbiſchen Konflikt nicht gleichgültig gegenüberſtehen könnte. Auf unſere Bitte, in Petersburg beruhigend zu wirken, erwiderte Sir Edward Grey, dies ſei „völlig unmöglich“ (Orangebuch 20), und in Paris wollte man unſere Ausgleichsbemühungen als Abſicht, Frankreich und Rußland zu entzweien, deuten! (Orangebuch 35.) In einem Exposé über die Lage, das der Miniſter des Äußern, Viviani, für den Präſidenten der Republik aufſetzte, heißt es: „In Paris verſuchte Freiherr von Schön vergebens, Frankreich zu einer ſolidariſchen Einwirkung mit Deutſchland auf Rußland im Intereſſe des Friedens zu bewegen.“ (Orangebuch 53.) Von An-

Dinge hinzuziehen, dann riß ihr die Geduld. 1868 brach ſie die Beziehungen zu Griechenland ab und ſtellte ein Ultimatum in Athen, das die Verleugnung der „nationalen“ Politik bezweckte. Im Vertrauen auf die ruſſiſche Hilfe antwortete Griechenland ablehnend, die Pforte rüſtete und ſtellte ein verſchärftes Ultimatum. In Athen war man zum Kampf bereit, denn Ignatiew fuhr fort, die Griechen zu ermutigen. Aber Fürſt Gortſchakow, vor die Frage geſtellt, es auf einen europäiſchen Konflikt ankommen zu laſſen, bedeutete Griechenland, daß es auf Rußland nicht zu rechnen habe. Ignatiew wurde desavouiert, Griechenland gab nach und der Konflikt wurde vermieden.

Die Vorgänge haben eine auffallende Ähnlichkeit mit dem ſerbiſchen Streitfall. Aber warum hat Herr Saſonow 1914 nicht ebenſo gehandelt, wie Fürſt Gortſchakow 1868? Er, der ſpäter in der Duma den europäiſchen Krieg als „das größte Verbrechen an der Menſchheit“ bezeichnet hat!

[1]) Im ruſſiſchen Orangebuch (10) iſt das Communiqué vom 12./25. Juli datiert. Es muß hier ein Verſehen vorliegen, da die ruſſiſche Telegraphenagentur dasſelbe bereits am 24. brachte. Das öſterreichiſche Rotbuch gibt ebenfalls letzteres Datum an.

fang der Kriſe an hat, wie glaubwürdige Zeugen unſerem Botſchafter Graf Pourtalès berichteten, der Vertreter Frankreichs in Petersburg, Herr Paleologue, gegen Deutſchland geſchürt.

Die ſcharfe Stellungnahme Rußlands konnte um ſo befremdlicher erſcheinen, als Graf Berchtold bereits am 24. dem ruſſiſchen Geſchäftsträger in Wien (Rotbuch 18) und am 25. durch den Botſchafter in Petersburg, alſo noch vor Eröffnung aller Feindſeligkeiten, die Erklärung abgab, daß, wenn Öſterreich den Kampf gegen Serbien aufzunehmen gezwungen würde, dies lediglich ein Mittel der Selbſtverteidigung und Selbſterhaltung wäre, daß es aber keine Eroberungen anſtrebte und die Souveränität Serbiens nicht anzutaſten gedächte (Rotbuch 26, Orangebuch 28). Ebenſo ließ Graf Berchtold in Petersburg ſagen, die Forderung 5 betreffend Zulaſſung von K. u. K. Organen bei der Unterdrückung der ſubverſiven Bewegung in Serbien, die Herr Saſonow beſonders bemängelt hatte, entſpränge keineswegs der Abſicht, die Souveränität Serbiens zu tangieren, er denke nur an die Errichtung eines geheimen bureau de sûreté in Belgrad, analog der ruſſiſchen Einrichtung in Paris.

Den ruſſiſch-engliſchen Antrag einer Friſtverlängerung, den wir in Wien unterſtützt haben, lehnte Öſterreich ab (Orangebuch 11, 12), aber Graf Berchtold ließ gleichzeitig in London ſagen, daß bei einer unbefriedi-

genden Antwort Serbiens Österreich zwar die Beziehungen mit diesem abbrechen und militärische Vorbereitungen — aber nicht Operationen — beginnen würde (Blaubuch 14). Tatsächlich ließ Österreich Serbien Zeit zum Einlenken und wartete bis zum 28. mit der Kriegserklärung, nachdem Serbien am 27. die Feindseligkeiten an der ungarischen Grenze bereits eröffnet hatte (Rotbuch 40). England gab dem Wunsche Ausdruck, daß Österreich, wie Rußland sich enthalten möchten, die Grenze zu überschreiten, um den vier nicht beteiligten Mächten Zeit zu lassen, die Angelegenheit zu ordnen (Blaubuch 11, 24), und Sir E. Grey schlug zu diesem Zwecke eine Botschafterkonferenz in London vor (Blaubuch 36)[1]. Wir

[1]) Während der Drucklegung dieser Schrift werde ich noch auf eine vom serbischen Gesandten Wesnitsch ausgehende Veröffentlichung des Journals des Débats aufmerksam gemacht. Danach soll der verstorbene Botschafter Graf Szögyeny am 27. Juli 1914 an seine Regierung berichtet haben, unter dem Siegel des tiefsten Geheimnisses, aber durchaus sicher hätte ich ihm mitgeteilt, daß ein englischer Vermittlungsvorschlag an das Wiener Kabinett gelangen würde. Wir versicherten, daß wir uns mit solchen Vorschlägen in keiner Weise identifizierten, daß wir entschieden gegen ihre Erwägung seien und sie nur nach Wien übermitteln würden, um den englischen Wunsch zu erfüllen.

Es ist mir natürlich unmöglich, die Authentizität dieser Depesche festzustellen, und ebensowenig, wie der serbische Gesandte in ihren Besitz gelangt sein sollte. Materiell kann es sich nur um den englischen Vorschlag einer Botschafterkonferenz handeln. Diesem Vorschlag haben wir von vornherein ablehnend gegenüber gestanden, und dies auch offen den Engländern ausgesprochen. Noch ehe der Vorschlag uns von englischer Seite gemacht war, hat der Reichskanzler am 27. Juli an unseren Botschafter in London telegraphiert (Weißbuch, Anlage 12), daß es für uns unmöglich sei, un-

glaubten dem Vorſchlag, ſoſehr wir deſſen Tendenz billigten, nicht beitreten zu können, weil, wie der Reichskanzler in ſeinem Telegramm vom 27. ſagte, „es für uns unmöglich ſei, unſeren Bundesgenoſſen in ſeiner Auseinanderſetzung mit Serbien vor ein europäiſches Gericht zu ziehen" (Weißbuch, Anlage 12). Die Gründe, die wir gegen die Konferenz hatten, ſind klar: Bei der Stellung der Mächtegruppen, Frankreichs und Eng-

ſeren Bundesgenoſſen in ſeiner Auseinanderſetzung mit Serbien vor ein europäiſches Gericht zu ziehen. Und ich habe, als S. E. Goſchen mir, entſprechend ſeiner Inſtruktion den Vorſchlag mitteilte, ihm erwidert, daß die Konferenz praktiſch einem Schiedsgerichtshof gleichkomme. Wir könnten daher nicht darauf eingehen (Blaubuch 43). Die Gründe, die uns zu dieſer Stellungnahme bewogen, habe ich oben ausgeführt. Wir konnten unſeren Bundesgenoſſen garnicht zur Annahme dieſes Vorſchlages raten und haben es nicht getan. Wir haben auch nie den Schein zu erwecken verſucht, als wollten wir es tun. Von einem Doppelſpiel, wie es die Veröffentlichung in den Débats vermuten ließe, iſt alſo keine Spur. Wir machten den Gegenvorſchlag eines direkten Meinungsaustauſches zwiſchen Wien und Petersburg, den Sir E. Grey ſelbſt als „beſtmögliche Löſung" bezeichnet hat (Blaubuch 84), als die Methode, die „allen anderen vorzuziehen" ſein würde (Blaubuch 67).

Die Verhandlungen mit Graf Szögyeny in jener Zeit geſtalteten ſich oft etwas ſchwierig, da der früher ſo bedeutende Diplomat durch die Laſt der Jahre und körperliches Unwohlſein nicht mehr die richtige geiſtige Spannkraft zeigte. Es mag ſein, daß ſeine Berichte nicht immer Inhalt und Sinn der Unterredungen präzis und klar wiedergegeben haben. In Wien war das ebenſo bekannt, wie hier bei uns. Der bald darauf erfolgte Wechſel auf dem Berliner Botſchaftspoſten war daher ſchon beſchloſſene Sache. Immerhin wird es mir ſchwer, anzunehmen, daß Graf Szögyeny ein ſo mißverſtändlich abgefaßtes und zu Mißdeutung eines klaren, auch den anderen Kabinetten klargelegten Standpunktes Anlaß bietendes Telegramm abgeſandt haben ſollte.

lands zu Rußland, bei der ſerbenfreundlichen Haltung Italiens wäre nach allen bisherigen Erfahrungen Deutſchland in der Verteidigung der Intereſſen Öſterreichs ſo gut wie iſoliert geweſen, die Konferenz hätte einem Schiedsgericht[1]) geglichen, deſſen Auſpizien für unſeren Bundesgenoſſen von vornherein wenig günſtig waren. Der ſerbiſch-öſterreichiſche Konflikt wäre zu einer Machtfrage zwiſchen den beiden Gruppen geworden. Und der Verlauf der früheren Konferenzen, das Hinziehen der Löſung durch langwierige und umſtändliche Verhandlungen mit unberechenbaren Inzidenten ließen dieſes Mittel nicht geeignet erſcheinen, um Kriegsgefahren auszuſchalten. Der Konferenzvorſchlag ſcheiterte ſchließlich daran, daß Wien, wie zu erwarten war, ihn ablehnte. Wir erklärten uns im übrigen zu einer Vermittlungsaktion gern bereit (Weißbuch, Anlage 13) und machten den Gegenvorſchlag eines direkten Meinungsaustauſches zwiſchen Petersburg und Wien (Blaubuch 43). Auch den Vorſchlag Sir E. Greys, Öſterreich möchte ſich entſchließen, die ſerbiſche Antwort entweder als genügend oder aber als Grundlage für weitere Beſprechungen zu betrachten, haben wir nach Wien weitergegeben (Weißbuch, Anlage 15). Graf Berchtold hat hierzu bemerkt, daß, nachdem inzwiſchen der Kriegszuſtand zwiſchen der Monarchie und Serbien bereits eingetreten, die ſerbiſche Antwortnote durch die Ereigniſſe überholt

[1]) Blaubuch 43.

ſei (Rotbuch 44). Den direkten Meinungsaustauſch erklärte auch Sir E. Grey als die „beſtmögliche Löſung“ (Blaubuch 84, 67), und ſelbſt der franzöſiſche Botſchafter in Petersburg mußte betreffs der Verhandlungen zwiſchen Wien und Petersburg bekennen: „Die Vermittlung Rußlands zwiſchen Öſterreich und Serbien hat den Vorzug eines ſchleunigen Verfahrens. Ich glaube deshalb, daß ſie jedem anderen Vorgehen vorzuziehen und geeignet iſt, zum Ziele zu führen“ (Gelbbuch 54).

Die Antwort aus Belgrad war mir — wie übrigens auch den anderen Kabinetten — erſt am 27. durch den ſerbiſchen Geſchäftsträger mitgeteilt worden. Sie zeigte immerhin mehr Nachgiebigkeit, als bei der bisher ſo anmaßenden Haltung der ſerbiſchen Regierung Öſterreich gegenüber zu erwarten geweſen war. Wir telegraphierten deshalb am 28. nach Wien: Da die Antwort den Forderungen weit entgegenkäme, dürfte die öſterreichiſche Regierung unſeren Vermittlungsvorſchlägen und denen der anderen Mächte gegenüber nicht mehr die bisherige Zurückhaltung beobachten. Auch Herr Saſonow ſchiene den öſterreichiſchen Forderungen nicht mehr ſo bedingungslos ablehnend gegenüberzuſtehen. Es ließe ſich daher erhoffen, daß die ruſſiſche Regierung ſich auch der Erkenntnis nicht mehr verſchließen würde, daß — nachdem die Mobiliſation der öſterreichiſch-ungariſchen Armee einmal begonnen hätte — ſchon die Waffenehre den Einmarſch in Serbien erheiſche. Sie würde ſich hiermit um ſo eher

abfinden, wenn die österreichische Regierung nochmals in Petersburg erklärte, daß ihr territoriale Eroberungen fernlägen und die militärischen Maßnahmen nur eine vorübergehende Besetzung serbischen Gebiets, als Sicherstellung für die Erfüllung der Forderungen und zur Schaffung von Garantien für künftiges Wohlverhalten Serbiens, bezweckten. Sobald die Forderungen erfüllt wären, werde die Räumung erfolgen. Herr v. Tschirschky sollte beim Grafen Berchtold einen entsprechenden Schritt in Petersburg anregen: „Es handelt sich jetzt darum, einen Modus zu finden, der die Verwirklichung der von Österreich-Ungarn erstrebten Ziele, der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden, ermöglicht, und zu verhindern, daß ein Weltkrieg entfesselt werde." (Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 12. Oktober 1914.)[1])

Am 29. Juli, dem Tage nach der Kriegserklärung Österreichs gegen Serbien, wurde die russische Teilmobilmachung der südlichen Bezirke Odessa, Kiew, Moskau und Kasan verkündet. Rußland mobilisierte dreizehn Korps an der österreichischen Grenze, während Österreich nur seine acht südlichen Korps gegen Serbien aufgestellt hatte, die keinerlei Bedrohung für Rußland bilden konnten. Die Situation wurde immer kritischer, und der

[1]) Dem französischen Botschafter habe ich am 29. gesagt, ich sähe in der serbischen Antwortnote eine mögliche Grundlage für Unterhandlungen (Gelbbuch 92).

Kanzler ſah ſich bewogen, dem engliſchen Botſchafter warnend zu ſagen, er befürchte, daß, wenn Öſterreich von Rußland angegriffen würde, infolge unſerer Bündnispflichten ein europäiſcher Krieg unvermeidlich werden könnte (Blaubuch 85). Bereits am 27.[1]), als in Berlin Nachrichten von einer ruſſiſchen Mobilmachung eingetroffen waren[2]), habe ich Sir E. Goſchen geſagt, wenn Rußland nur im Süden mobiliſiere, würden wir nicht mobil machen, falls es aber im Norden mobiliſierte, müſſe Deutſchland es auch tun, denn es könne ſich nicht überraſchen laſſen (Blaubuch 43, 78). Auch in Petersburg haben wir fortgeſetzt ſehr ernſtlich vor militäriſchen Maßnahmen gewarnt, welche die Situation zu kompromittieren drohten (Weißbuch, Anlagen 10b, 11 Schluß, 18, 22, 23; Blaubuch 98; Rotbuch 46). Schon am 26., noch ehe er eine entſprechende Weiſung aus Berlin erhielt, hatte Graf Pourtalès Herrn Saſonow beſchworen, er möge verhüten, daß militäriſche Maßnahmen die diplomatiſche Aktion durchkreuzten, er möge „das Wort nicht dem Generalſtab überlaſſen". Denn am 25. hatten unſere aus dem Lager von Krasnoe Selo, wo auch der Zar ſich aufhielt, zurückkehrenden Militärattachés berichtet, daß dort unter den höheren Militärs eine ſtarke Erregung geherrſcht habe. Die Manöver waren abgebrochen worden. Die Folge der Unterredung des

[1]) Alſo noch vor der öſterreichiſch Kriegserklärung an Serbien.

[2]) Anlagen 6 und 7 des Weißbuenchs.

Botſchafters mit Herrn Saſonow war, daß der Kriegsminiſter am 26. abends unſerem Militärattaché Herrn v. Eggeling ſein Ehrenwort gab, daß noch keine Mobilmachungsorder ergangen ſei. (Sie war am 15. beſchloſſen worden.) Nur Vorbereitungsmaßnahmen würden getroffen. Wenn Öſterreich die ſerbiſche Grenze überſchritte, würden die vier ſüdlichen Militärbezirke mobiliſiert werden, die an der deutſchen Front unter keinen Umſtänden (!). Auf die Frage nach dem Zwecke der Mobilmachung zuckte General Suchomlinow die Achſeln und wies auf „die Diplomatie“ hin. (Herr Saſonow hat in dem Abſchiedsgeſpräch mit Graf Pourtalès am 1. Auguſt auf den Kriegsminiſter hingewieſen.)

Die natürliche Konſequenz der ruſſiſchen Mobiliſation war, daß Öſterreich ſich am 30. auch genötigt ſah, gegen Rußland mobil zu machen, aber, wie Graf Berchtold dem ruſſiſchen Botſchafter Schebeko ſagte, nicht als Drohung, ſondern lediglich als Gegenmaßregel.

Trotz der ernſten Wendung, welche die Dinge durch die verſchiedenen Kriegsvorbereitungen nahmen, haben wir jedoch nicht aufgehört, vermittelnd zu wirken. Sir E. Grey machte den (dem unſrigen analogen) Vorſchlag, daß angeſichts des Beginns der militäriſchen Operationen, welche gänzlich einzuſtellen allerdings zu ſpät ſei, Öſterreich ſich damit begnügen ſolle, etwa Belgrad und einen ſerbiſchen Grenzſtreifen beſetzt zu halten, bis es Genugtuung bekommen habe, daß es aber zugleich er-

klären ſolle, es würde nicht weiter gehen, ſolange die Mächte zwiſchen Öſterreich und Rußland vermittelten (Blaubuch 88, 98, 103). Da aus Petersburg die Meldung gekommen war, Öſterreich lehne es kategoriſch ab, in direkte Beſprechungen einzutreten, ſandte der Reichskanzler am 29. abends das bekannte Telegramm an unſeren Botſchafter in Wien:

„Die Meldung des Grafen Pourtalès ſteht nicht im Einklang mit der Darſtellung, die Euere Exzellenz von der Haltung der öſterreichiſch-ungariſchen Regierung gegeben haben. Anſcheinend liegt ein Mißverſtändnis vor, das ich Sie aufzuklären bitte. Wir können Öſterreich-Ungarn nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszuſtand begriffen iſt. Die Verweigerung jeden Meinungsaustauſches mit St. Petersburg aber würde ein ſchwerer Fehler ſein. Wir ſind zwar bereit, unſere Bundespflicht zu erfüllen, müſſen es aber ablehnen, uns von Öſterreich-Ungarn durch Nichtbeachtung unſerer Ratſchläge in einen Weltbrand hineinziehen zu laſſen. Euere Exzellenz wollen ſich gegen Graf Berchtold ſofort mit allem Nachdruck und großem Ernſt in dieſem Sinne ausſprechen[1])".

Die Antwort aus Wien lautete, es läge allerdings ein Mißverſtändnis vor, der Botſchafter Graf Szapary hätte ſofort die betreffenden Inſtruktionen erhalten. Haben Sir E. Grey oder Herr Viviani je ein ähnlich drin-

[1]) Siehe Reichstagsrede des Reichskanzlers vom 19. Auguſt 1915.

gendes Telegramm nach Petersburg gerichtet und eine ſo ernſte Sprache daſelbſt geſprochen, wie wir mit unſerem Bundesgenoſſen? Die Blau- und Gelbbücher enthalten nichts Derartiges. Auch wollten wir die Garantie übernehmen für die Integrität Serbiens, welche Öſterreich von neuem zuſicherte (Blaubuch 97). Wien hatte nun bereits ſeinen Standpunkt, daß es ſich um eine rein öſterreichiſch-ſerbiſche Angelegenheit handle, verlaſſen. Es war bereit, mit Rußland „auf breiteſter Baſis zu unterhandeln und auch den Notentext einer Beſprechung zu unterziehen, ſofern es ſich um deſſen Interpretation handle“ (Rotbuch 56). Herr Saſonow dagegen verlangte von Öſterreich Anerkennung, daß ſein Streit mit Serbien eine europäiſche Frage wäre, ſowie Streichung der Punkte aus dem Ultimatum, welche die Souveränität Serbiens bedrohten. Sonſt ſollte die Verwandlung der Teilmobiliſierung in eine allgemeine Mobilmachung erfolgen (Blaubuch 97), von der er wiſſen mußte, daß ſie zum Kriege führen würde. Alſo während Öſterreich einlenkt, erweiſt ſich Rußland weiter intranſigent, verlangt nur Konzeſſionen und fährt mit bedrohlichen militäriſchen Maßnahmen fort. Immerhin war jetzt eine direkte Unterhaltung zwiſchen Wien und Petersburg erreicht und der Weg gefunden, auf dem, wie ſich hoffen ließ, man zu einem Ausgleich der Differenzen gelangen konnte. Da zerſtörte die ruſſiſche Geſamtmobilmachung am 31. alle Ausſicht auf eine friedliche Löſung!

XI. Der Kaiſer und der Zar.
Die ruſſiſche Mobilmachung und ihre Folgen.

Am 27. war S. M. der Kaiſer von der Nordlandreiſe zurückgekehrt und hatte alsbald, parallel mit den diplomatiſchen Bemühungen, einen direkten Depeſchenwechſel mit dem Zaren aufgenommen. Am 28. telegraphierte er unter Beleuchtung der durch die Freveltat von Sarajewo geſchaffenen Lage an den Zaren: „Eingedenk der herzlichen Freundſchaft, die uns bereits ſeit langer Zeit mit feſtem Bund verbindet, ſetze ich meinen ganzen Einfluß ein, um Öſterreich-Ungarn zu beſtimmen, eine offene und befriedigende Verſtändigung mit Rußland anzuſtreben. Ich hoffe zuverſichtlich, daß Du mich in meinen Bemühungen, alle Schwierigkeiten, die noch entſtehen können, zu beſeitigen, unterſtützen wirſt.“ (Weißbuch, Anlage 20.) Seinerſeits wandte ſich der Zar an den Kaiſer mit der Bitte, ihm zu helfen, da er vorausſehe, daß er dem Drucke, der auf ihn ausgeübt werde, nicht mehr werde widerſtehen können. Er bittet den Kaiſer, alles ihm Mögliche zu tun, um ſeinen Bundesgenoſſen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen (Weißbuch, Anlage 21). Der Kaiſer verweiſt am 29. auf die angeregte direkte Verſtändigung, die ſeine Regierung mit allen Mitteln zu fördern bemüht ſei: „Natürlich würden militäriſche Maß-

nahmen Rußlands, welche Öſterreich-Ungarn als Drohung auffaſſen könnte, ein Unglück beſchleunigen, das wir beide zu vermeiden wünſchen, und würden auch meine Stellung als Vermittler, die ich — auf Deinen Appell an meine Freundſchaft und Hilfe — bereitwillig angenommen habe, untergraben." (Weißbuch, Anlage 22.) Und am 30. weiſt er nochmals auf die Gefahren und ſchweren Konſequenzen einer Mobiliſation hin, durch welche ſeine Vermittlerrolle gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht werden könnte: „Die ganze Schwere der Entſcheidung ruht jetzt auf Deinen Schultern, ſie haben die Verantwortung für Krieg oder Frieden zu tragen." (Weißbuch, Anlage 23.) Aber Nikolaus II. beſchränkt ſich am 29. auf den Vorſchlag, das öſterreichiſch-ſerbiſche Problem der Haager Konferenz zu übergeben[1]), und weiß am 30. nur zu antworten, daß die jetzt in Kraft tretenden militäriſchen Maßnahmen ſchon vor fünf

[1]) Von gegneriſcher Seite iſt uns auch zum Vorwurf gemacht worden, daß wir auf dieſen Vorſchlag des Zaren nicht eingegangen ſeien. Wie konnte man dieſen ernſt nehmen, wenn am ſelben Tage die Mobilmachung gegen Öſterreich verkündet wird, die Geſamtmobilmachung vor der Tür ſteht und die „militäriſchen Maßnahmen" ſchon am 25. beſchloſſen ſind? Das mindeſte wäre geweſen, daß der Zar ſeinen Vorſchlag mit dem Verſprechen begleitet hätte, ſich auf jeden Fall dem Haager Spruch zu unterwerfen und deshalb auch die Mobilmachung ſofort einzuſtellen. Aber ein Schiedsgerichtsverfahren einleiten zu wollen und ſich gleichzeitig zu bewaffnetem Austrag des Streits zu rüſten, iſt ein Unding! Höchſtens ein Mittel zum Zeitgewinn für die ungeſtörte Vollendung der Mobilmachung. Der Vorſchlag macht den Eindruck einer Verlegenheitsausflucht, um nichts zu tun, was den Krieg hätte vermeiden können.

Tagen (!) beſchloſſen ſeien, und zwar aus Gründen der Verteidigung gegen die Vorbereitungen Öſterreichs (welches notabene gegen Rußland keine getroffen hatte). Der Zar verlangt einen „ſtarken Druck“ auf Öſterreich, ſeinerſeits macht er keine Zuſage (Weißbuch, Anlage 23 a). Und während er an die Vermittlung des Kaiſers appelliert, befiehlt der Zar die Mobilmachung gegen Deutſchland!!

Der Unterſchied im Ton der Telegramme der beiden Herrſcher muß jedem Unbefangenen auffallen. Hier der dringende Wunſch, den Frieden zu erhalten und das aufrichtige Anerbieten, ſich in den Dienſt einer Verſtändigung zu ſtellen, dort ein faſt ängſtliches Umgehen jeder entgegenkommenden Zuſicherung, eine beinahe hilfloſe Entſchuldigung mit dem inneren Drucke, der ausgeübt werde, wohl die Bitte um helfende Vermittlung, aber vor allem das Verlangen nach einem „ſtarken Druck“ auf Öſterreich. Prinz Heinrich ſchildert die Stimmungen und Abſichten ſeines Kaiſerlichen Bruders durchaus wahrheitsgemäß, wenn er am 30. an den König von England telegraphiert[1]): „Glaube mir, daß Wilhelm in ſeinen Beſtrebungen um die Aufrechterhaltung des Friedens von der größten Aufrichtigkeit iſt.“ Jeder, der in die Vorgänge jener Tage intimer eingeweiht geweſen iſt, kann das bezeugen.

---

[1]) Es hatte gleichzeitig auch ein Telegrammwechſel des Prinzen Heinrich von Preußen und des Kaiſers mit dem König von England ſtattgefunden. Siehe Norddeutſche Allgemeine Zeitung vom 21. Auguſt 1914.

Es ist schwer, über das Verhalten und Wesen des Zaren sich ein klares Bild zu machen. In ihm scheint sich der tragische Konflikt eines schwachen Charakters und der unbeschränkten Machtfülle, deren Nimbus ihn umgibt und als deren Hüter er sich ansieht, abzuspielen. Jeder an ihn herantretenden Meinung entgegenzukommen geneigt oder wenigstens der Unannehmlichkeit des Widersprechens auszuweichen bestrebt, glaubt er durch Mentalreservation und seine selbstherrliche Macht die Freiheit seiner Entschließung genügend gesichert. Schließlich läßt er sich Entscheidungen doch widerwillig abringen und gibt, ohne klare Erkenntnis der treibenden Kräfte und realen Dinge, einer starken Überredung und Pression ängstlich nach. Er verliert das Spiel aus den Händen und gleitet in Situationen, die er ursprünglich nicht gewollt hat, aber er ist nicht stark genug, in die rollenden Räder einzugreifen und sie aufzuhalten. Dann weist er zum Himmel, der helfen soll.

Ist er z. B. dem mystischen Einfluß Rasputins und anderer Schwindler unterlegen oder hat er nur nicht die Kraft gehabt, sie von sich abzuwehren?

Das Ergebnis des Handelns solcher schwachen und haltlosen Naturen wird durch das französische Wort gekennzeichnet: La faiblesse n'est pas la fausseté, mais elle en tient lieu.

In Petersburg sind in jenen Tagen merkwürdige Dinge vorgegangen, von denen die lückenhaften und ab-

weichenden Berichte über die Aussagen des Suchomlinow-Prozesses den Schleier noch nicht vollständig gelüftet haben. Soviel dürfte jedoch durch diese Enthüllungen als festgestellt gelten, daß unter den Ratgebern Nikolaus II. eine einflußreiche Partei bestand, welche zielbewußt zum Kriege drängte. Der Kriegsminister Suchomlinow und der Generalstabschef Januschewitsch haben dies selbst zugegeben, der Minister des Innern Maklakow gehört nach Graf Fredericksz' Angabe dazu, und auch Sasonow[1]) scheint für den Krieg gewonnen zu sein. Es scheint, daß man dem Zaren die Order zur teilweisen Mobilmachung abzwang und gegen seinen Willen, vielleicht ohne sein Wissen, die Durchführung der Gesamtmobilmachung durchsetzte. Nach dem Empfang des Telegrammes unseres Kaisers will der Zar die (teilweise oder allgemeine?) Mobilmachung in der Nacht vom 29. zum 30. Juli aufhalten. Januschewitsch erhebt Einspruch, weil Deutschland bereits mobilisiere und dem Wort Kaiser Wilhelms nicht zu trauen sei. Nach Mitteilung des Fürsten Tundutow[2]) sagt Janu-

[1]) Auch der Charakter Sasonows besteht aus Widersprüchen: Intelligent und von hoher europäischer Kultur, durch langen Aufenthalt in London stark beeinflußt, aber im Grunde doch fanatisch orthodoxer Moskowiter, schwach aber nervös-leidenschaftlich und eigensinnig, von traditionellem Russenhaß gegen Österreich erfüllt. Zu Beginn seiner Amtsführung wohl freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland geneigt, gerät er immer mehr in den Bann der panslawistischen Strömungen und wird schließlich zum ausgesprochenen Förderer einer aggressiven Ententepolitik.

[2]) Oberst Fürst Tundutow war damals als Verbindungsoffizier zum

ſchewitſch dem Zaren ferner, die Rücknahme des Mobilmachungsbefehls ſei nicht mehr möglich, denn er ſei bereits herausgegeben, alles ſei im Gange. In Wirklichkeit lag der noch nicht herausgegebene Befehl auf dem Tiſch bei Janukſchewitſch (dieſer hatte alſo gelogen). Aber der Zar beharrt bei ſeinem Befehle — alles dies telephoniſch. Da weiſt der Kriegsminiſter den Generalſtabschef auf deſſen Anfrage an, einſtweilen „nichts zu tun“ (alſo Ungehorſam). Es wird mit Saſonow verabredet, daß dieſer dem Zaren am nächſten Morgen Vortrag halten und ihn überzeugen ſoll, daß ein Widerruf der Mobilmachung für Rußland kataſtrophal wirken würde[1]). Und die allgemeine Mobilmachung der ge-

Chef des Generalſtabschefs kommandiert und konnte, im Nebenzimmer Janukſchewitſchs ſich aufhaltend, die Vorgänge genau verfolgen.

Die obige Mitteilung hat er auf der Durchreiſe in Berlin im Juni 1918 einem Vertreter der Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung gemacht.

Nach Anſicht des Fürſten Tundutow iſt General Janukſchewitſch zu dem Entſchluß, den Krieg mit allen Mitteln herbeizuführen, in dem Augenblicke gekommen, wo er die Überzeugung erlangt hatte, daß England ſich am Kriege beteiligen würde. Janukſchewitſch rechnete natürlich mit dem Siege Rußlands. Später, nach dem Ausbruch der Revolution, hat Tundutow den General wieder geſprochen: „Janukſchewitſch war jetzt ganz gebrochen und ſtand unter dem Druck der Verhältniſſe. Offenbar wurde er von ſchweren Gewiſſensbiſſen verfolgt. Er äußerte, er erkenne, daß er ſich doch beim Kriegsausbruch getäuſcht und damals unrichtig gehandelt habe.“ Norddeutſche Allgemeine Zeitung Nr. 298 vom 13. Juni 1918. Vgl. auch die Schrift von Robert Hoeniger: „Fürſt Tundutow über die ruſſiſche Mobilmachung.“

[1]) Unſer Militärbevollmächtigter General von Chelius telegraphiert am 30.: „Geſtern ſagte mir Fürſt Trubetzkoi, nachdem er veranlaßt hatte,

ſamten ruſſiſchen Armee und Flotte wird am 31. früh verkündet. Weiß der Zar, daß damit der Stein unaufhaltſam ins Rollen gebracht iſt? Er ſetzt den Depeſchenwechſel mit Kaiſer Wilhelm fort, verſpricht, daß die Truppen keine herausfordernden Aktionen unternehmen werden. (Wozu dann die Bedrohung durch den Aufmarſch an unſerer Grenze? Tatſächlich ſind auch ſchon am 1. Auguſt Grenzüberſchreitungen ruſſiſcher Truppen vorgekommen.) Die beiderſeitigen Telegramme wurden ſchließlich durch die Ereigniſſe überholt.

Am 29., dem Tage, an dem die Mobilmachung gegen Öſterreich verkündet wurde, hatte der Generalſtabschef ein Geſpräch mit unſerem Militärattaché, in dem er letzterem verſicherte, alles ſei ſo geblieben, wie der Kriegsminiſter ihm vor drei Tagen geſagt habe. Er gab ſein Ehrenwort, daß bis zur Stunde — 3 Uhr nachmittags — nirgends eine Mobilmachung, d. h. Einziehung eines einzigen Mannes und Pferdes, erfolgt ſei. Auf den Einwand Herrn v. Eggelings, ſeine Nachrichten lauteten anders, beteuert General Janukſchewitſch „auf Offiziersparole", daß derartige Nachrichten unrichtig ſeien. Herr

daß E. M. Telegramm an Kaiſer Nikolaus übermittelt wurde: „Gottlob, daß ein Telegramm Ihres Kaiſers gekommen iſt." Er ſagte mir nun ſoeben, das Telegramm habe auf den Kaiſer tiefen Eindruck gemacht, aber da die Mobiliſierung gegen Öſterreich bereits befohlen geweſen und Saſonow S. M. wohl überzeugt hätte, daß es nicht mehr möglich ſei, ſie zurückzureichen, ſo könne S. M. leider nichts mehr ändern." (Anlage 23 zum Weißbuch.)

v. Eggeling ſagt in ſeinem diesbezüglichen Bericht, er müſſe dieſe Erklärung „als einen Verſuch betrachten, uns über die bisherigen Maßnahmen irrezuführen“, und General Janukſchewitſch hat in dem Suchomlinow-Prozeß ausgeſagt, er habe ſich für berechtigt gehalten, dieſe Erklärung abzugeben, weil er den Mobilmachungsukas noch in der Taſche gehabt hätte (!).

Am 30. ſchildert ein Bericht des belgiſchen Geſchäftsträgers die Lage in Petersburg, wie folgt:

„Der geſtrige und vorgeſtrige Tag vergingen in der Erwartung von Ereigniſſen, die der Kriegserklärung Öſterreich-Ungarns an Serbien folgen mußten. Die widerſprechendſten Nachrichten wurden verbreitet, ohne daß es möglich geweſen wäre, bezüglich der Abſichten der Kaiſerlichen (ruſſiſchen) Regierung Wahres vom Falſchen genau zu unterſcheiden. Unbeſtreitbar bleibt nur, daß Deutſchland ſich hier ebenſoſehr wie in Wien bemüht hat, irgendein Mittel zu finden, um einen allgemeinen Konflikt zu vermeiden, daß es dabei aber einerſeits auf die feſte Entſchloſſenheit des Wiener Kabinetts geſtoßen iſt, keinen Schritt zurückzuweichen, und anderſeits auf das Mißtrauen des Petersburger Kabinetts gegenüber den Verſicherungen Öſterreich-Ungarns, daß es nur an eine Beſtrafung, nicht an eine Beſitzergreifung Serbiens denke.

Herr Saſonow hat erklärt, daß es für Rußland unmöglich ſei, ſich nicht bereitzuhalten und nicht zu mo-

biliſieren, daß aber dieſe Vorbereitungen nicht gegen Deutſchland gerichtet ſeien. Heute morgen kündet ein offizielles Communiqué an die Zeitungen an, daß „die Reſerviſten in einer beſtimmten Anzahl von Gouvernements zu den Fahnen gerufen ſind“. Wer die Zurückhaltung der offiziellen ruſſiſchen Communiqués kennt, kann ruhig behaupten, daß überall mobil gemacht wird ...

... England gab anfänglich zu verſtehen, daß es ſich nicht in einen Konflikt hineinziehen laſſen wolle. Sir George Buchanan ſprach das offen aus. Heute aber iſt man in St. Petersburg feſt davon überzeugt, ja man hat ſogar die Zuſicherung, daß England Frankreich beiſtehen wird. Dieſer Beiſtand fällt ganz außerordentlich ins Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei Oberwaſſer zu verſchaffen.

Die ruſſiſche Regierung hat in den letzten Tagen allen ſerbenfreundlichen und öſterreichfeindlichen Kundgebungen freien Lauf gelaſſen und hat in keiner Weiſe verſucht, ſie zu erſticken. In dem Miniſterrate, der geſtern früh ſtattfand, machten ſich noch Meinungsverſchiedenheiten geltend; die Bekanntgabe der Mobiliſierung wurde verſchoben, aber ſeitdem iſt ein Umſchwung eingetreten, die Kriegspartei hat die Oberhand gewonnen, und heute früh um 4 Uhr wurde die Mobilmachung bekanntgegeben.

Die Armee, die ſich ſtark fühlt, iſt voller Begeiſte-

rung und gründet große Hoffnungen auf die außerordentlichen Fortschritte, die seit dem japanischen Kriege gemacht worden sind. Die Marine ist von der Verwirklichung ihres Erneuerungs- und Reorganisationsplanes noch so weit entfernt, daß mit ihr kaum zu rechnen ist. Darin eben liegt der Grund, warum die Zusicherung des englischen Beistandes eine so große Bedeutung gewann.

Wie ich die Ehre hatte, Ihnen heute zu telegraphieren (T. 10), scheint jegliche Hoffnung auf eine friedliche Lösung dahin zu sein. Das ist die Ansicht der diplomatischen Kreise."

Unsere Grenzen wurden bedroht, während wir nur Vermittlungsanstrengungen machten und keinerlei Mobilmachungsmaßregeln getroffen hatten. „Zur Sicherung des Reiches wurden wir gezwungen", wie der Reichskanzler nach Petersburg telegraphierte, am 31. die „drohende Kriegsgefahr" auszusprechen. Die russische Regierung wurde aufgefordert, binnen zwölf Stunden ihre Kriegsmaßnahmen gegen uns und unsere Bundesgenossen[1]) einzustellen, sonst müßte die Mobilmachung folgen (Weißbuch, Anlage 24). Für den Fall, daß die russische Regierung innerhalb der gesetzten Frist dem

[1]) Das Verlangen der Einstellung der Kriegsmaßnahmen auch gegen unseren Bundesgenossen mußte gestellt werden, um Rußland zu verhindern, die Mobilmachung im Norden unter dem Vorgeben, sie richte sich auch nur gegen Österreich, bestehen zu lassen bzw. fortzusetzen.

Verlangen nicht nachkäme, wurde der Botſchafter in Petersburg beauftragt zu erklären, daß Rußland durch ſeine Weigerung zu erkennen gäbe, daß ſeine Aktion gegen uns gerichtet ſei, und daß wir uns als im Kriegszuſtand mit Rußland befindlich erachteten.

Am 30. Juli hatte unſer Botſchafter Herrn Saſonow vergeblich vorgeſtellt, daß weitere militäriſche Maßnahmen jede friedliche Löſung verhindern müßten. Der Miniſter hat taube Ohren und leere Ausflüchte. Am 31. wiederholt Graf Pourtalès, da der Miniſter in Peterhof iſt, dem Gehilfen desſelben, Herrn Neratow, ſeine ernſteſten Warnungen und ſpricht telephoniſch auch mit Saſonow. Umſonſt. Graf Pourtalès macht einen letzten Verſuch, indem er, von ſeinem Botſchafterrecht Gebrauch machend, noch eine Audienz beim Zaren erbittet, um ihm den ganzen Ernſt der durch die Geſamtmobiliſation geſchaffenen Situation darzulegen. Nikolaus II. nimmt alles freundlich-gelaſſen entgegen und macht den Eindruck, als wolle oder könne er den Ernſt der Lage nicht ganz erfaſſen. Er verſchanzt ſich hinter militäriſche Gründe, welche ihm den Widerruf der Mobilmachung unmöglich machten. Aber er verlangt mit entſprechender Handbewegung einen energiſchen Druck auf Öſterreich, und, von neuem auf die unausbleiblichen Folgen hingewieſen, ſagt er, in myſtiſchem Fatalismus zum Himmel weiſend: „Dann kann nur Einer helfen.“ Nach der ergebnisloſen Audienz geht Graf Pourtalès, von dem

Minister des Kaiserlichen Hauses, Grafen Fredericksz, einem der ältesten Diener und Vertrauten des Zaren, darum gebeten, noch zu diesem, der sich durch die Ereignisse tief bewegt zeigt und dem Botschafter andeutet, die Minister des Krieges und des Innern, Suchomlinow und Maklakow, hätten den Kaiser überredet. Letzterer hätte seinen Herrn durch das Gespenst der Revolution geschreckt. In der Tat war die innere Lage schon damals bedrohlich. Während des Besuchs Herrn Poincarés war in den Vorstädten von Petersburg auf streikende Arbeiter geschossen worden. Gegen Mitternacht entledigt sich der Botschafter seines letzten Auftrages bei Herrn Sasonow, nicht ohne vorher nochmals auf eine befriedigende Antwort gedrängt zu haben. Der Minister macht ebenfalls technische Gründe gegen einen Widerruf der Mobilmachung geltend, die keinen Krieg zu bedeuten brauche, die Verhandlungen könnten ja ruhig weitergehen. (Etwa damit nach Vollendung des Aufmarsches Rußland die Verhandlungen plötzlich abbrechen und mit aller Wucht über uns herfallen könnte?)

So wurde vom 1. August abends ab der Krieg gegen Rußland erklärt. Und schon im Laufe des Tages hatten Grenzüberschreitungen der mobilisierten russischen Truppen stattgefunden.

Als Graf Pourtalès seine Pässe fordert und sich vom Minister verabschiedet, kommt das Gespräch nochmals auf die ganzen Vorgänge. Dabei sagt der Botschafter:

„Wer die Schuld trägt, darüber kann nicht der geringſte Zweifel ſein“, und Herr Saſonow erwidert: „Was konnte ich als Miniſter des Äußern tun, wenn der Kriegsminiſter dem Zaren erklärte, daß die Mobilmachung notwendig wäre.“ Worauf Graf Pourtalès bemerkt, es wäre eben ſeine Pflicht geweſen, den Zaren davon abzuhalten[1]).

Wenn Herr Saſonow in einem Communiqué vom 2. Auguſt 1914 geſagt hat, Rußland habe „infolge des Mißerfolges ſeiner friedlichen Vorſchläge ſeine kriegeriſchen Maßregeln ausdehnen müſſen, um gegen alle Überraſchungen ſicher zu ſein“ (Orangebuch 77), ſo hat er die Dinge damit auf den Kopf geſtellt. Gegen welche Überraſchungen wollte Rußland ſich ſichern? Es hatte bereits mehr Truppen gegen Öſterreich auf den Kriegsfuß geſtellt, als dieſes gegen Rußland; Deutſchland aber hatte überhaupt nicht mobiliſiert; ſein Kaiſer und ſeine Regierung ſetzten ſich ein, um eine friedliche Löſung zu ermöglichen, und hatten endlich Verhandlungen in die Wege geleitet, welche zu ſolcher Löſung führen konnten. Daß die Mobilmachung gegen uns den Krieg unvermeidlich machte, war in St. Petersburg oft genug geſagt worden, Suchomlinow und Januſchkewitſch, die den Zaren überredeten, haben in dem nachherigen Prozeß ſelbſt bekannt,

[1]) Für die Schilderung der Verhandlungen dieſer letzten Tage in St. Petersburg ſind zum Teil Aufzeichnungen des Grafen Pourtalès benutzt, welche demnächſt veröffentlicht werden ſollen.

daß sie gewußt hätten, daß die Gesamtmobilmachung den Krieg gegen Deutschland bedeute. Bewußt ist also von den Ratgebern Nikolaus' II. der Krieg heraufbeschworen worden. Deutschland konnte nicht anders handeln. Sollten wir warten, bis die ganze russische Armee an unserer Grenze aufmarschiert war, in unser Land fluten konnte? Bis von Ost und West gleichzeitig eine vernichtende Übermacht unsere Existenz bedrohte? Rußland hatte, wie ich am 1. August zu Sir E. Goschen gesagt habe, die Zahl, Deutschland nur die Schnelligkeit für sich (Blaubuch 138). Die Verteidigung konnte für uns nur in der schleunigen Aktion liegen. Es klingt wie Hohn, wenn russischerseits gesagt worden ist, die Armee könnte wochenlang Gewehr bei Fuß stehen (wohl bis alle Truppen zur Invasion versammelt waren?).

Karl Marx schrieb am 17. August 1870 an Friedrich Engels: „K. verwechselt einen defensiven Krieg mit defensiven militärischen Operationen. Also wenn ein Kerl mich auf der Straße überfällt, so darf ich nur seine Hiebe parieren, aber ihn nicht niederschlagen, weil ich mich damit in einen Angreifer verwandeln würde! Der Mangel an Dialektik guckt allen diesen Leuten aus jedem Wort heraus." Ich möchte sagen, die sophistische Dialektik unserer Gegner und Anschuldiger ist so gewandt gewesen, daß sie das Märchen von unserem Angriffswillen über die ganze Welt verbreiten konnten. Österreich mobilisiert

8 Korps gegen Serbien — nachdem letzteres zuerſt mobil gemacht hat —, jedoch nichts gegen Rußland. Aber Rußland mobiliſiert 14 Korps gegen Öſterreich, wodurch dieſes ebenfalls zur Mobilmachung gezwungen wird. Und Rußland mobiliſiert die ganze Armee und Flotte auch gegen Deutſchland, während dieſes keine militäriſchen Maßnahmen getroffen hat. Wo liegt der Angriffswille? Woher kommt der immer neue Stoß, der in den Krieg treibt? Konſequent mag die ruſſiſche Politik gehandelt haben, wenn ſie ſich in dem öſterreichiſch-ſerbiſchen Streit ſofort rückhaltlos hinter Serbien ſtellte, wo ſie die panſlawiſtiſchen Treibereien gegen Öſterreich ſeit Jahren geſchürt hatte, wenn ſie als Werkzeug der allſlawiſchen Idee intranſigent die Dinge bis zum großen Waffengang trieb, der die ruſſiſche Hegemonie im ganzen Oſten Europas ſtabilieren, den Entſcheidungskampf zwiſchen der ſlawiſchen und deutſchen Welt herbeiführen ſollte. Aber die Schuld an dieſem Kriege Deutſchland oder gar ſeinem Kaiſer zuſchieben zu wollen, iſt ein Verfangen, das jeder Wahrheit Hohn ſpricht! Gewiß, die Kriegserklärung iſt formell von Deutſchland ausgegangen. Es war bittere Notwehr. Ein Defenſivkrieg iſt wohl zu unterſcheiden von offenſiven Operationen.

Es iſt verſchiedentlich und namentlich in neutralen Ländern die Frage aufgeworfen worden: Warum mußte Deutſchland, nachdem die Geſamtmobilmachung eingeleitet war, am 31. Juli zur Kriegserklärung ſchreiten?

Warum konnte man nicht beiderſeits ruhig rüſten und mit dem Schlagen warten? Man hat daraus folgern wollen, daß wir die Dinge in verhängnisvoller Weiſe überſtürzt hätten, daß wir (auch moraliſch) die Angreifer geweſen ſeien. Für Fernerſtehende, die ſich die geographiſche Lage Deutſchlands nicht genügend vor Augen halten und ſich in die militäriſchen Bedingungen eines deutſchen Feldzugs nicht genügend hineinverſetzen können, mag dieſe Frage begreiflich erſcheinen. Die Antwort darauf gibt der im dritten franzöſiſchen Gelbbuch enthaltene Bericht des Generals Boisdeffre v. 18. Auguſt 1892 über ein Geſpräch mit Kaiſer Alexander III. vom nämlichen Tage. Der General ſchreibt:

„Darauf ſprach mir der Kaiſer von der Mobilmachung. Ich bemerkte ihm, daß die Mobiliſation Kriegserklärung ſei. Mobiliſation heißt, ſeinen Gegner verpflichten, dasſelbe zu tun. Die Mobiliſation zieht die Ausführung der ſtrategiſchen Transporte und der Konzentration nach ſich. Eine Million Mann an ſeiner Grenze mobiliſieren laſſen, ohne gleichzeitig dasſelbe zu tun, würde ſonſt bedeuten, ſich jede Möglichkeit, ſich ſpäter zu rühren, zu verſagen. Es hieße, ſich in die Lage eines Menſchen zu begeben, der mit einer Piſtole in der Taſche ſich die geladene ſeines Nachbarn an die Stirn drücken läßt. ‚So faſſe auch ich es auf‘, antwortete mir der Kaiſer.“

In derſelben Auffaſſung hat, wie oben erwähnt, Suchomlinow gehandelt[1]). Wie die Dinge mit Frankreich ſtanden, wußte jedermann. Infolge des Bündniſſes mit Rußland, deſſen Wortlaut zwar nicht veröffentlicht, deſſen Inhalt aber hinreichend bekannt war, nach der Geſamtpolitik Frankreichs ſeit dem Frankfurter Frieden, nach ſeiner Haltung im jetzigen Konflikt war kein Zweifel, daß Frankreich alsbald mit Rußland das Schwert gegen uns ziehen würde. Wir waren in der ungünſtigen geographiſchen Lage, nach zwei Seiten, gegen Oſten und Weſten, Krieg führen zu müſſen. Wie es in dem Projekt der franzöſiſch-ruſſiſchen Militärkonvention von 1892 von den beiderſeitigen Streitkräften heißt: „Ces forces s'engageront à fond et en toute diligence, de manière à ce que l'Allemagne ait à lutter à la fois à l'est et à l'ouest“[2]).

[1]) Selbſt Sir E. Grey, als er mit dem Fürſten Lichnowſky die Frage des bewaffneten Gegenüberſtehens der franzöſiſchen und deutſchen Armee erörtert, „verkennt nicht die Schwierigkeiten, beiderſeitig das Militär in Untätigkeit zurückzuhalten“. Telegramm des Fürſten Lichnowſky vom 1. Auguſt 1914 (Norddeutſche Allgemeine Zeitung v. 6. September 1914).

[2]) Das obengenannte dritte franzöſiſche Gelbbuch gibt das Projekt als Anlage einer Note vom 28. Juli 1892 wieder. Es nimmt die gleichzeitige Mobiliſation Rußlands und Frankreichs an und will alle nicht anderswo abſolut unentbehrlichen Kräfte gegen Deutſchland eingeſetzt ſehen.

Nach Mitteilung des Gelbbuchs ſagt Boisdeffre auch dem General Obrutſchew: „L'ennemi principal est, ipso facto, l'Allemagne.“ Bericht des Generals Boisdeffre vom 10. Auguſt 1892.

Nach berechtigter Anſicht unſerer militäriſchen Inſtanzen lag angeſichts unſerer numeriſchen Unterlegenheit die einzige Möglichkeit einer erfolgreichen Abwehr für uns in ſchnellem Handeln, d. h. man mußte, nach dem ſogenannten Schlieffenſchen Feldzugsplan, verſuchen, erſt den ſchwächeren Feind im Weſten zu überrennen, um dann mit allen freiwerdenden Streitkräften dem Anſturm der ruſſiſchen Heere im Oſten entgegenzutreten. Sonſt wurden wir von rechts und links erdrückt. Bei den räumlichen Entfernungen des ruſſiſchen Reiches war auf eine längere Dauer des Aufmarſches und der Schlagfertigkeit aller verſchiedenen Truppenteile daſelbſt zu rechnen. Aber jeder Tag der Mobilmachung mußte der Kampfbereitſchaft der Ruſſen zugute kommen und für uns die Gefahr proportional ſteigern; durch Abwarten konnte unſere Lage verzweifelt werden. Der Vorteil unſerer Gegner hätte im Hinziehen der Eröffnung der Feindſeligkeiten gelegen, unſer Schickſal hing an der Schnelligkeit der Aktion, an dem Vorſprung, den wir im Losſchlagen über ſie gewinnen konnten.

Frankreich brauchte formell und mit der Tat erſt Stellung zu nehmen, wenn der Kriegszuſtand mit Rußland eingetreten war. So lange konnte es gewiſſermaßen Verſteck ſpielen. Dieſe Taktik hat es, wie wir gleich ſehen werden, auch noch mit ſeiner Antwort auf unſere Anfrage nach ſeinen Abſichten befolgt. Wir mußten daher eine für unſere Maßnahmen notwendige Klärung herbei-

führen und Rußland veranlaſſen, zu dokumentieren, wo es hinauswollte. Wir mußten das kurzfriſtige Ultimatum in Petersburg ſtellen und mußten, nachdem Rußland durch ſeine Ablehnung den Willen gezeigt hatte, die Dinge auf die Spitze zu treiben, ihm auch alsbald den Krieg erklären. Wir hatten oft genug in Petersburg geſagt, daß die Mobilmachung gegen uns den Krieg unvermeidlich machen würde.

Unſer Verhalten dem Alliierten Rußlands, Frankreich, gegenüber war damit ebenfalls vorgezeichnet. Wenn nun einmal gekämpft werden mußte, zählte jeder Tag, jede Stunde! Am 31. Juli abends ſtellten wir in Paris die Frage, ob Frankreich in einem ruſſiſch-deutſchen Kriege neutral bleiben wolle. Die Antwort wurde binnen 18 Stunden erfordert. Sie lautete, „daß Frankreich das tun würde, was ſeine Intereſſen ihm geböten“[1]). Sie umging die Frage, um nicht formell den Kriegswillen zu bekunden; über den Sinn konnte ſich niemand täuſchen. Die Antwort war am 1. Auguſt, mittags um 1 Uhr, erteilt, nachmittags wurde die Mobilmachung der geſamten franzöſiſchen Armee und Flotte

[1]) Anlagen 25 und 27 zum Weißbuch.

Sir E. Grey telegraphiert über ein Geſpräch mit dem franzöſiſchen Botſchafter am 29. Juli: „Er ſah eine Anfrage Deutſchlands voraus, ob Frankreich neutral ſein würde, wenn Deutſchland Rußland angriffe. Dieſe Zuſicherung könne Frankreich natürlich nicht geben; es ſei verpflichtet, Rußland zu helfen, wenn Rußland angegriffen würde.“ (Blaubuch 87.)

angeordnet. Am 3. August abends haben wir Frankreich den Krieg erklärt[1]).

[1]) Über die Gründe der Verzögerung vom 1.—3. August siehe weiter unten S. 159.

Unsere Kriegserklärung nimmt Bezug auf französische Feindseligkeiten, welche auf deutschem Gebiet bereits stattgefunden hätten. Die Bezugnahme war durch Mitteilungen veranlaßt, welche seitens des Generalstabs dem Auswärtigen Amt über angeblich sichere Fakta gemacht waren. Der Generalstab hatte die Meldungen von unterstellten Organen erhalten und in völlig gutem Glauben bei der politischen Leitung geltend gemacht. Tatsächlich haben sie sich — wenigstens die Bombenwerfung auf die Bahn bei Nürnberg — nachher als unrichtig herausgestellt. Angesichts der Gesamtsituation, die den Krieg unvermeidlich machte, kann es gleichgültig erscheinen, ob vereinzelt verfrühte Akte von Feindseligkeiten hüben oder drüben stattgefunden haben — auch Frankreich hat sich über Grenzverletzungen durch deutsches Militär beklagt (Gelbbuch 139) —, in weniger stürmischen Momenten hätte sich ein Irrtum leicht aufklären und Remedur schaffen lassen können; die elektrische Spannung jener Tage, die Aufregung, die alle Gemüter ergriffen hatte, hat manche Halluzination gezeitigt, manches Gespenst erscheinen lassen. Überall haben alarmierende Nachrichten kursiert, die bona fide weitergemeldet wurden. Immerhin soll festgestellt werden, daß diese Angaben der Kriegserklärung auf einem bedauerlichen Irrtum beruhten. Die Vorgänge beweisen jedoch nur, daß es ganz unmöglich ist, daß — wie uns russischerseits gesagt wurde — mobilisierte Heere sich „wochenlang Gewehr bei Fuß" gegenüberstehen können.

Wie sorgfältig sich übrigens der Chef des Generalstabs bemühte, auch Beweise für die bedrohlichen Meldungen zu erhalten und wie sehr man es bei uns ablehnte, verhängnisvolle Beschlüsse voreilig zu fassen, geht aus einem Telephongespräch vom 31. Juli mit dem General Hell hervor, der gemeldet hatte, er habe den Eindruck, daß Rußland an unserer Grenze mobilisiere, in Mlawa sollten bereits rote Zettel angeklebt sein. General von Moltke antwortete: Solch einen roten Zettel müsse er als Gewißheit für die Mobilisation haben. „Früher kann ich keinen Mobilmachungsbefehl erreichen."

XII. Das Verhalten des Kabinetts von St. James.

Frankreich konnte Rußlands von Anfang an ſicher ſein. Es harrte ja ſeit Jahrzehnten auf die Stunde der „Abrechnung“, und die jetzt maßgebenden Männer, der Präſident Poincaré, Delcaſſé wie auch Viviani, waren ſämtlich Nationaliſten[1]). Aber allein, ohne die Hilfe Englands, den Krieg gegen die Zentralkaiſerreiche zu wagen, hätten wohl beide Mächte gezögert. England hielt Krieg und Frieden, das Schickſal Europas in der Hand. Am 1. Auguſt ſchrieb die Daily News: „Tatſächlich hält der Zar die Wage in der Hand. Aber wir halten unſererſeits den Zaren in der Hand. Daher hängt es ſchließlich von uns ab, ob Europa von Blut überfließen ſoll.“ Damit war die Lage richtig gekennzeichnet.

Von Beginn des öſterreichiſch-ſerbiſchen Streitfalls an hatten Petersburg und Paris die Stellungnahme des Kabinetts von St. James eifrig ſondiert. Zunächſt

[1]) Bei der Wahl des Lothringers Poincaré zum Präſidenten hatte der Nationalismus (der Revanchegedanke) den Ausſchlag gegeben; Viviani hatte ſich vom Sozialiſten zum Chauviniſten gemauſert.

Der verſöhnliche Sozialiſtenführer Jaurès aber wurde am 31. Juli in Paris ermordet. Wie ſteht es mit dem Prozeß gegen ſeine Mörder?!

hatte dieſes große Zurückhaltung bewahrt. In einen Balkanſtreit einzugreifen, in einem rein ſerbiſch-öſterreichiſchen Konflikt — auf welchen wir ja die Frage zu begrenzen ſtrebten — Partei zu nehmen, ſchien es nicht geneigt. Die öffentliche Meinung in England hätte ſich kaum dafür erwärmen laſſen. Aber die Frage drohte immer mehr in eine europäiſche Konflagration auszuarten. Die Gelegenheit, während kontinentaler Wirren die ſtärkſte Macht, den deutſchen See- und Handelsrivalen, zu ſchwächen und niederzuwerfen — das alte Axiom britiſcher Politik —, lockte. Und wurde dabei neben Deutſchland und von dieſem auch Rußland gleichzeitig geſchlagen, um ſo vorteilhafter für die Weltſtellung Englands. Es wurden dann zwei unbequeme Konkurrenten auf einmal lahmgelegt. Das Verhältnis mit Frankreich war ein ſehr intimes, man war ſeit dem Pariſer Beſuch in „eine Phaſe noch ſtärkerer Annäherung" getreten[1]). Und auch in die Garne der ruſſiſchen Politik hatte man ſich immer weiter eingelaſſen (ſ. Marineabkommen).

Am 30. Juli berichtet der belgiſche Geſchäftsträger in Petersburg, wie oben (S. 137) bereits erwähnt: „Heute iſt man in St. Petersburg feſt davon überzeugt, ja man hat ſogar die Gewißheit, daß England Frankreich beiſtehen wird. Dieſer Beiſtand fällt ganz außerordentlich

[1]) Bericht des Grafen Benckendorff an Herrn Saſonow vom 2. Mai 1914, ſiehe oben Seite 87.

ins Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei Oberwasser zu verschaffen."

Am 29. hatte Sir E. Grey dem französischen Botschafter mitgeteilt, daß er dem deutschen Botschafter sagen werde, er möge sich nicht in falsche Sicherheit wiegen, daß England beiseite stehen werde, wenn die Bemühungen, den Frieden zu erhalten, ohne Erfolg blieben. In einen Streitfall zwischen Serbien und Österreich fühle sich England nicht berufen einzugreifen. Auch nicht in einen Streit zwischen Österreich und Rußland. Es handle sich dann um eine Frage slawischen oder germanischen Übergewichts, d. h. einen Kampf um das Übergewicht auf dem Balkan[1]). Für den Fall, daß Deutschland und Frankreich in den Konflikt hineingezogen würden, behält sich der englische Staatssekretär vorsichtig seine Stellungnahme vor. Herr Paul Cambon präzisiert richtig: In einen slawisch-germanischen (verstehe: österreichischen) Lokalstreit wollte England nicht dazwischentreten; werde Frankreich hineinverwickelt (und der Botschafter sieht dies am Schluß der Unterredung selbst als gewiß voraus), und werde eine Frage der Vorherrschaft in Europa daraus, dann werde England entscheiden, was für es notwendig sei. Der französische Botschafter „übt keine Kritik" an dem Greyschen Bescheid, er zweifelt wohl

[1]) War ein Kampf zwischen Rußland und Deutschland nicht in noch viel höherem Grade ein Kampf zwischen Germanen- und Slawentum? (freilich nicht nur wegen des Balkans).

kaum mehr, wie die Entscheidung ausfallen wird (Blaubuch 87). Im französischen Gelbbuch fehlt der Bericht über dieses Gespräch. An demselben Tage hat Sir E. Grey auch tatsächlich die angekündigte Unterredung mit dem Fürsten Lichnowsky, wie dieser berichtete, gehabt. Er hat ihm gesagt, er möge nicht annehmen, England würde beiseite stehen, wenn Deutschland und Frankreich in den Konflikt verwickelt und dann alle europäischen Interessen hineinbezogen würden. Falls die englischen Interessen ein Dazwischentreten erforderten, würde die Entscheidung sehr schnell erfolgen (Blaubuch 89).

Nachdem am 30. der Präsident Poincaré auch beim englischen Botschafter Sir F. Bertie noch auf eine klare Stellungnahme Englands insistiert hat (Blaubuch 99), und Herr P. Cambon den englischen Staatssekretär an den Briefwechsel vom November 1912[1]) erinnert hat (Blaubuch 105), kann der Vertreter Frankreichs nach Paris telegraphieren, zufolge einer Mitteilung Greys habe dieser dem Fürsten Lichnowsky gesagt, wenn der Konflikt allgemein und namentlich Frankreich hineingezogen werden sollte, würde auch England mitgerissen werden[2]). Hinsichtlich der eventuellen Intervention weist Sir E. Grey (nach einem inzwischen abge-

[1]) Siehe Seite 85.

[2]) In Berlin hatte ein französischer Journalist schon am 26. vom Botschafter Jules Cambon die Parole erhalten: L'Angleterre marchera avec nous.

haltenen Miniſterkonſeil) auf die Wahrung der belgiſchen Neutralität hin, derentwegen an dem Tage Anfragen nach Berlin und Paris ergangen ſind. In derſelben Depeſche erwähnt Herr Cambon ein Handſchreiben des Präſidenten der Republik an König Georg und meint, daß dieſer Schritt ohne Zweifel von dem britiſchen Kabinett in ernſte Erwägung gezogen werden würde (Gelbbuch 110).

Der engliſche Staatsſekretär bewahrt ſich aber — wenigſtens formell — immer noch freie Hand. Es iſt offenbar, daß das britiſche Kabinett noch zu keiner definitiven Entſcheidung gekommen iſt. Bekanntlich machten ſich dort ſtarke Widerſtände geltend, wie ſich nachher durch den Rücktritt der Miniſter Lord Morley und John Burns, ſowie des Parlamentsſekretärs Trevelyan gezeigt hat. Unterdeſſen bemüht ſich Herr Paul Cambon durch allerhand Nachrichten von deutſchen Kriegsvorbereitungen zu beweiſen, daß Deutſchland die Rolle des Angreifers zu übernehmen im Begriff ſei.

Am 31. Juli, als der Stein durch die Geſamtmobiliſation Rußlands ſchon ins Rollen gekommen war, erſchien der engliſche Botſchafter und fragte mich im Namen ſeiner Regierung, ob wir die Neutralität Belgiens achten würden, inſofern keine andere Macht ſie verletzte. In Paris ſei die gleiche Frage geſtellt worden. Ich erwiderte Sir E. Goſchen, daß ich ihm auf meine eigene Verantwortung, ohne den Kaiſer und den Kanzler zu befragen,

keine Antwort erteilen könnte. Übrigens werde er ja wiſſen, daß bei unſerer geographiſchen Lage, in einem Zweifrontenkrieg, uns nur die Schnelligkeit des Angriffs vor feindlicher Überflutung und Vernichtung retten könnte. Wenn wir nun erklärten, auf welchem Wege wir Frankreich nicht angreifen wollten, ſo enthielte das ja indirekt auch die Ankündigung, wo unſer Angriff zu erwarten ſein würde, alſo eine Enthüllung unſeres Feldzugsplans. Es erſcheine mir daher zweifelhaft, ob auf die engliſche Anfrage überhaupt eine Antwort erteilt werden könnte. Ich fügte hinzu, daß nach einer mir zugegangenen Nachricht belgiſcherſeits ein feindlicher Akt gegen Deutſchland ſtattgefunden hätte, indem Belgien auf eine für Deutſchland beſtimmte Getreideladung Embargo gelegt hätte (Blaubuch 122).

Der bereits erwähnte Schlieffenſche Feldzugsplan, der eine Niederwerfung Frankreichs ins Auge faßte, bevor Rußland völlig ſchlagfertig ſein könnte, und der wegen der ſtarken Befeſtigung der Vogeſengrenze den Hauptangriff gegen Frankreich mit Hilfe eines Durchmarſches durch Belgien nach dem Norden verlegte, war unſeren Gegnern jedenfalls ſeit langem bekannt. Frankreich dagegen, dem eine Verzögerung des Kampfes bis zur Vollendung des ruſſiſchen Aufmarſches keineswegs nachteilig geweſen wäre, und das ſich im Weſten zunächſt durch den Feſtungsgürtel von Toul, Verdun uſw. geſchützt wußte, konnte unſeren Angriff eventuell abwarten und daher

ruhig die Erklärung abgeben, daß es seinerseits nicht als erster die belgische Neutralität verletzen wollte. Die britische Regierung aber, die sich so besorgt um Belgiens Neutralität zeigte und sich als Schützer der Verträge aufspielte, gab hiermit bereits zu erkennen, welche Haltung sie einzunehmen gedachte. Es war ein klug berechnetes Spiel: Belgien sollte als Vorwand für Englands Eintritt in den Krieg auf seiten der Entente dienen. Einen englischen Krieg um eines serbischen Streits willen hätte die öffentliche Meinung Englands nicht verstanden, es mußte ein anderer Grund gesucht werden[1]). Wie stand es aber in Wirklichkeit mit der englischen Sorge um die Achtung des Neutralitätsvertrages? Während der zweiten Marokkokrise 1911 hatte England die Absicht gehabt, Frankreich im Kriegsfalle mittels einer Truppenlandung in Belgien beizustehen[2]). Es hatten über diese Fragen ausführliche Unterredungen des englischen Militärattachés Barnardiston mit dem belgischen Generalstabschef im Jahre 1906 stattgefunden. Später, vermutlich 1912, erklärte der Oberstleutnant Bridges in einem Gespräch mit dem General Jungbluth auf den Einwand,

[1]) Grey schreibt am 25. Juli an Sir G. Buchanan: „Ich glaube nicht, daß die öffentliche Meinung Englands es billigen würde oder sollte, daß wir wegen eines serbischen Streits den Krieg machten. Wenn es aber Krieg gibt, könnten wir uns durch andere Erwägungen in denselben hineingezogen sehen." (Blaubuch 10.)

[2]) Angaben der englischen Unterhausmitglieder Ponsonby, Buxton und Faber sowie des Mr. Spender.

daß zu einer Landung in Belgien deſſen Zuſtimmung erforderlich ſei, England hätte ſeine Truppen im Kriegsfall auf jeden Fall gelandet, denn Belgien wäre nicht imſtande geweſen, die Deutſchen vom Durchmarſch abzuhalten[1]). Der Plan ſcheint ſpäter abgeändert zu ſein. Vor Kriegsausbruch haben jedoch offenbar wieder neuere militäriſche Abreden über ein ſofortiges Eingreifen Englands in Belgien und Nordfrankreich beſtanden. Als „Recht" galt auch hier, was engliſches Intereſſe erheiſchte. Dieſelbe politiſche Moral, welche die Beſchießung von Kopenhagen und Alexandrien rechtfertigte.

Am 1. Auguſt nachmittags traf ein um 11 Uhr früh aus London abgegangenes Telegramm unſeres dortigen Botſchafters ein, wonach Sir E. Grey ihn ſoeben ans Telephon gerufen und gefragt habe, ob er glaubte, erklären zu können, daß für den Fall, daß Frankreich neutral bliebe, wir in einem deutſch-ruſſiſchen Kriege die Franzoſen nicht angriffen. Er, der Botſchafter, habe geantwortet, er glaubte die Verantwortung hierfür übernehmen zu können[2]).

Es ſchien ein Hoffnungsſtrahl, den Krieg auf den Oſten zu beſchränken, ihm den Charakter ſeines Urſprungs, des Gegenſatzes des Slawentums gegen das Germanentum,

[1]) Die Brüſſeler Dokumente. Sonderbeilage der Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung vom 25. November 1914.

[2]) Dieſes wie die folgenden Telegramme ſind in der Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung vom 21. Auguſt und 6. September 1914 veröffentlicht worden.

zu belaſſen und zu verhindern, daß ein Weltbrand daraus entſtände. Ich fuhr ſofort mit dem Telegramm in das Königliche Schloß, wo, wie ich wußte, eine Beratung S. M. des Kaiſers mit dem Reichskanzler, dem Chef des Generalſtabs und dem Kriegsminiſter über die Konſequenzen unſerer mittags verkündeten Mobilmachung ſtattfand.

Unſer Mobilmachungsplan, der mit einem Krieg an zwei Fronten und gleichzeitigem Beginn der Operationen auf beiden rechnen mußte, ſah Verſchiebungen von im Weſten garniſonierenden Truppen nach dem Oſten und andererſeits öſtlicher Truppen an die Weſtgrenze vor. Eine Teilmobiliſation *nur* gegen Oſten war alſo nicht mehr möglich. Trotz ſchwerer techniſcher und ſtrategiſcher Bedenken, die der Generalſtabschef pflichtgemäß erheben mußte, befahl der Kaiſer, der keine Chance, unnützen Krieg zu vermeiden, verſäumen wollte, daß gegen Frankreich nicht vor dem 3. abends der Krieg erklärt werden und die Feindſeligkeiten unſerer Truppen im Weſten vorher nicht beginnen ſollten. Der Kaiſer opferte damit alſo zwei für unſere militäriſche Aktion überaus wertvolle Tage, um Zeit für Verhandlungen zu geben, die Klarheit ſchaffen mußten. Seine Majeſtät ſandte ſofort ein Telegramm an den König von England, in dem er, auf die Londoner Meldung Bezug nehmend, ſagt, aus techniſchen Gründen müſſe die bereits nach Oſten und Weſten angeordnete Mobilmachung vorbereitungsgemäß vor ſich gehen.

„Aber wenn mir Frankreich ſeine Neutralität anbietet, die durch die engliſche Armee und Flotte garantiert werden muß, werde ich natürlich von einem Angriff auf Frankreich abſehen und meine Truppen anderweitig verwenden. Ich hoffe, Frankreich wird nicht nervös werden. Die Truppen an meiner Grenze werden gerade telegraphiſch und telephoniſch abgehalten, die franzöſiſche Grenze zu überſchreiten.“ Zugleich telegraphierte der Reichskanzler an den Botſchafter in London: „Deutſchland iſt bereit, auf den engliſchen Vorſchlag einzugehen, falls ſich England mit ſeiner Streitmacht für die unbedingte Neutralität Frankreichs im deutſch-ruſſiſchen Konflikt verbürgt. Die deutſche Mobilmachung iſt heute auf Grund der ruſſiſchen Herausforderung erfolgt, bevor die engliſchen Vorſchläge hier eintrafen. Infolgedeſſen iſt auch unſer Aufmarſch an der franzöſiſchen Grenze nicht mehr zu ändern. Wir verbürgen uns aber dafür, daß die franzöſiſche Grenze bis Montag, den 3. Auguſt, abends 7 Uhr, durch unſere Truppen nicht überſchritten wird, falls bis dahin die Zuſage Englands erfolgt iſt.“ Wie ſehr verſchieden ſind die Vorgänge in Berlin vom 1. Auguſt von denen, die ſich am 29./30. Juli in Petersburg abgeſpielt hatten! Daß wir eine Garantie, und zwar eine *ſtarke* Garantie, für die Neutralität Frankreichs haben mußten, war natürlich; wir konnten es dem weſtlichen Nachbarn, deſſen Haltung ſeit Dezennien eine feindliche war, nicht überlaſſen, zunächſt etwa neutral

abwartend Zeit zu gewinnen und dann doch zu einem für uns noch gefährlicheren Zeitpunkt uns den Krieg zu erklären.

Aber die Antwort des engliſchen Königs, daß die Meldung unſeres Botſchafters auf einem Mißverſtändnis beruhte, erwies, daß unſere Hoffnung, den Krieg auf einen Waffengang mit Rußland zu beſchränken, nichtig geweſen war.

Die Times hat behauptet, Fürſt Lichnowſky habe gleich darauf ſeine Meldung telegraphiſch zurückgezogen, nachdem er darüber aufgeklärt worden ſei, daß ein Mißverſtändnis vorliege. Ich weiß nicht, wann und wie Fürſt Lichnowſky aufgeklärt worden iſt. Ein entſprechendes Telegramm iſt von ihm nicht abgeſandt. Nach der Darſtellung ſeiner bekannten Schrift hat des Morgens Sir W. Tyrell mündlich und Sir E. Grey telephoniſch mit ihm geſprochen. Darauf das Telegramm. Es iſt mir, offen geſtanden, ſchwer begreiflich, wie aus zwei Geſprächen, in denen es ſich um nichts weniger als Krieg und Frieden handelt, ein derartiges Mißverſtändnis entſtehen kann, wie Fürſt Lichnowſky dieſes vorbehaltlos weitergibt und ſich nachher wundert, daß ſeine Meldung in Berlin „zur Grundlage einer weitgehenden Aktion gemacht“ worden iſt[1]).

Ein zweites Telegramm des Botſchafters, aufgegeben am 1. Auguſt 1 Uhr 15 nachmittags, lautete: „Der

[1]) Siehe die Schrift des Fürſten Lichnowſky: „Meine Londoner Miſſion.“

Privatsekretär Sir E. Greys war eben bei mir, um mir zu sagen, der Minister wolle mir Vorschläge für die Neutralität Englands machen, selbst für den Fall, daß wir mit Rußland und Frankreich Krieg hätten (also eigentlich noch weitergehende Vorschläge, als das erste Telegramm erwarten ließ! D. V.). Ich sehe Sir E. Grey heute nachmittag und werde sofort berichten." Daß das erste Telegramm auf einem Mißverständnis beruhte, meldet der Fürst nicht. Hat hier noch keine Aufklärung stattgefunden? Um 1/26 Uhr abends berichtet dann der Botschafter über seine Unterredung mit Sir E. Grey betreffs der Frage der belgischen Neutralität. Und des Abends um 1/29 Uhr telegraphiert er: „Meine Meldung von heute früh ist durch meine Meldung von heute abend aufgehoben. Da positiver englischer Vorschlag überhaupt nicht vorliegt, erübrigen sich Schritte im Sinne der mir erteilten Weisungen" (nämlich unsere Antwort auf den vermeintlichen englischen Vorschlag und unser Anerbieten, mit Frankreich neutral zu bleiben). Daß er das Opfer eines Mißverständnisses gewesen ist, wie er in seiner Schrift selbst zugibt, meldet der Botschafter nicht. Erst die Antwort König Georgs hat uns darüber aufgeklärt. Hat der Botschafter seine Weisungen genügend verwertet? Enthielten sie nicht den hinreichenden Beweis, daß wir keinen Streit mit Frankreich suchten, ihm nichts anhaben wollten? Wenn England wiederholt zu erkennen gegeben hatte, daß es eine Niederwerfung Frankreichs nicht dulden

XIII. Verletzung der belgiſchen Neutralität.

Unſere militäriſche Leitung erklärte für einen erfolgreichen Feldzug gegen Frankreich den Durchmarſch durch Belgien als ein abſolutes Gebot ſtrategiſcher Notwendigkeit. Not kennt kein Gebot, wie der Reichskanzler in der Rede vom 4. Auguſt 1914 ſagte. Wir hatten einen Exiſtenzkampf zu führen. Zudem lagen uns Nachrichten von einem beabſichtigten Aufmarſch franzöſiſcher Truppen an der Maas, auf der Strecke Givet-Namur vor. Unter Erwähnung dieſer Nachrichten ließ der Reichskanzler am 2. Auguſt in Brüſſel erklären, es ſei eine Frage der Selbſterhaltung für Deutſchland, dem franzöſiſchen Angriff, den Belgien ohne Hilfe nicht genügend abzuwehren imſtande ſein werde, zuvorzukommen. Belgien möge keinen Akt der Feindſeligkeit gegen ſich darin erblicken, wenn wir im Kampf gegen Frankreich belgiſches Gebiet betreten müßten. Um jede Mißdeutung unſerer Abſichten auszuſchließen, machten wir folgende Zuſagen für den Fall, daß Belgien eine wohlwollende Neutralität einnehmen würde: 1. Garantie des Beſitzſtandes und der Unabhängigkeit des Königreichs in vollem Umfange beim Friedensſchluß. 2. Räumung des belgiſchen Gebiets, ſobald der Frieden geſchloſſen ſei. 3. Barzahlung

aller Bedürfniſſe unſerer Armee und Erſatz allen, etwa durch deutſche Truppen verurſachten Schadens. Im Falle jedoch eines bewaffneten Widerſtandes oder ſonſtiger feindlicher Handlungen gegen unſeren Durchmarſch müßten wir Belgien als unſeren Feind betrachten[1]).

Die belgiſche Politik war unter der Regierung Alberts II., der ſelbſt in frankophilen Neigungen erzogen war, dank dem Einfluß des vorherrſchenden walloniſchen Elements, der Franskillons, immer mehr in das franzöſiſche und Entente-Kielwaſſer geſteuert. Die bekannten Berichte des belgiſchen Geſandten, vor allem des weitblickenden Barons Greindl in Berlin, hatten die Regierung ſeit Jahren vergeblich gewarnt. Die belgiſche Armee war in den letzten Jahren ſo vergrößert worden, wie es dem neutralen Charakter des Landes kaum mehr entſprach, die belgiſche Militärliteratur behandelte die Kriegsfrage immer nur vom Geſichtspunkt eines Zuſammengehens mit Frankreich[2]).

Am 31. Juli hatte Sir E. Grey bereits den engliſchen Geſandten in Brüſſel angewieſen, der belgiſchen Regierung die Erwartung auszuſprechen, daß ſie ihre Neutralität „mit äußerſter Kraft" aufrechterhalten würde, und am 1. Auguſt hatte Sir T. Villiers telegraphiert,

[1]) Weißbuch II, 1915.

[2]) Man wußte auch, daß 1913 ein franzöſiſcher General eine Generalſtabsreiſe auf belgiſchem Boden gemacht hatte.

daß Belgien hierzu bereit wäre (Blaubuch 115 und 128). Aus Brüſſel kam eine ablehnende Antwort auf unſere Anerbietungen, Belgien rüſtete ſich zum bewaffneten Widerſtand, der König appellierte an den Beiſtand Englands, Frankreichs und Rußlands. In der Nacht vom 3. zum 4. Auguſt erfolgte unſer Einmarſch. Nach dem Falle von Lüttich machten wir einen zweiten Verſuch, Belgien die Schrecken des Krieges, ſoweit als möglich, zu erſparen. Wir ließen die Brüſſeler Regierung wiſſen, daß zu unſerem Bedauern uns die Kriegsnotwendigkeiten zur Einnahme der Maasfeſtung, als Stützpunktes für unſere militäriſchen Operationen gegen Frankreich, gezwungen hätten. Wir wären aber nicht als Feinde Belgiens gekommen. Nachdem dieſes ſeine Waffenehre durch tapferen Widerſtand genügend gewahrt hätte, wären wir auch jetzt noch zu jeder Verſtändigung bereit, die ſich mit dem Feldzug gegen Frankreich vereinigen ließe. Wir gaben noch einmal die Verſicherung, daß wir keine Annexion belgiſchen Gebietes erſtrebten, daß wir dasſelbe räumen würden, ſobald die Kriegslage dies erlaubte. Aber die belgiſche Regierung berief ſich auf ihre erſte Antwort, die ſie nur wiederholen könnte. Sie ſtellte ſich auf die Seite unſerer Feinde. So wurde das unglückliche Land — durch Jahrhunderte der Schauplatz europäiſcher Kriege — auch diesmal in den Strudel der Kämpfe und Leiden hineingeriſſen. Die Haltung der Bevölkerung, die überſtürzten Anordnungen der Regierung

ließen den Krieg vielfach in leidenſchaftliche Franktireur-kämpfe ausarten. Die Erzählungen der „belgiſchen Greuel“ wurden alsbald von der feindlichen Preſſe, mit tendenziöſer Phantaſie ausgeſchmückt, in der Welt verbreitet, um gegen uns Propaganda zu machen.

Daß unſer Einmarſch ein formelles Unrecht war, iſt unſererſeits vom erſten Tage an nicht geleugnet worden. Unſer Recht war die Notwehr. Und dem Geiſt der Verträge haben wir zu entſprechen geſucht, indem wir die Garantie der völligen Wiederherſtellung anboten. Alles das hatten wir auch in England geltend gemacht. Am 4. Auguſt, gegen Schluß der Reichstagsſitzung, ließ ſich der engliſche Botſchafter bei mir melden und ſtellte mir nochmals die Frage, ob Deutſchland die belgiſche Neutralität reſpektieren würde. Ich konnte ihm nur antworten, daß unſere Truppen bereits die belgiſche Grenze überſchritten hätten. Ich ſetzte ihm unſere zwingenden Gründe auseinander. Nach einigen Stunden kam Sir E. Goſchen wieder und forderte bis 12 Uhr nachts eine Erklärung, daß wir dem Vorrücken der Truppen in Belgien Einhalt gebieten würden. Sonſt ſei er beauftragt, ſeine Päſſe zu fordern, und England werde Belgien ſchützen (Blaubuch 160). Es war die engliſche Kriegserklärung.

Am gleichen Tage, am 4. Auguſt, hatte Sir E. Grey auch der belgiſchen Regierung erneut die Erwartung ausſprechen laſſen, ſie werde einer Verletzung der Neutralität

durch Deutſchland „mit aller Kraft Widerſtand leiſten“. England ſei in dieſem Falle bereit, ſich Rußland und Frankreich anzuſchließen, er bot Belgien „eine gemeinſame Aktion“ gegen uns an (Blaubuch 155). Am 2. Auguſt jedoch hatte der engliſche Staatsſekretär, nach einem Miniſterrat, bereits dem franzöſiſchen Botſchafter die Zuſicherung gegeben, daß, falls die deutſche Flotte in kriegeriſcher Abſicht gegen Frankreich in den Ärmelkanal eindringen oder die Nordſee durchqueren würde, die engliſche Flotte „allen in ihrer Macht ſtehenden Schutz gewähren“[1]) würde (Gelbbuch 137), und ſchon am 1. Auguſt hatte er Herrn P. Cambon gegenüber die zwei „Möglichkeiten“ erörtert, wie „die Bewegungsfreiheit der engliſchen Regierung“, die eine Neutralitätserklärung gegenüber Deutſchland abgelehnt hätte, „zum Ausdruck kommen könnte“, erſtens durch die Erklärung, daß England die Verletzung der belgiſchen Neutralität nicht dulden würde, zweitens durch die Erklärung, daß es ſich der Durchfahrt des deutſchen Geſchwaders durch den Kanal und jeder Demonſtration an der franzöſiſchen Küſte widerſetzen würde (Gelbbuch 126). Alſo auch *ohne* die Verletzung der belgiſchen Neutralität! und während Grey an demſelben Tage unſerem Botſchafter ſagte, „vorläufig beſtänden nicht die geringſten Abſichten, gegen

[1]) Die engliſche Flotte, die am 27. Juli nach den Manövern auseinandergehen ſollte, war in Portsmouth konzentriert geblieben (Rotbuch 38).

uns feindlich vorzugehen“[1]). Aber die belgiſche Frage erſchien zugkräftiger, um die widerſtrebenden Elemente im Kabinett und die öffentliche Meinung Englands für den Krieg zu gewinnen. Belgien konnte für Englands Intereſſen bluten. Das war der „Schutz der kleinen Nationen“. „Der ſchöne Widerſtand der Belgier“, ſagt Sir E. Grey am 5. Auguſt dem Grafen von Lalaing, „erleichtert die Aufgabe des engliſchen Kabinetts vor der öffentlichen Meinung“ (belgiſches Graubuch 27). Mr. Asquith gebraucht am 6. Auguſt große Worte vor dem Parlament, um Englands Haltung zu rechtfertigen. Unſere Vorſchläge betreffs Englands Neutralität, die den Krieg vom Weſten Europas, von Frankreich und Belgien fernhalten ſollten, nennt er „ſchändlich“, und „um den Preis der Ehre Englands“ hätte dieſes nur unſere Vorſchläge annehmen können. Lord Salisbury war anderer Anſicht. Am 4. Februar 1887, als der Stand der deutſch-franzöſiſchen Beziehungen bedrohlich wurde, erſchien in dem damals offiziöſen Standard ein Artikel, in dem ausgeführt wurde, daß, wenn einer der beiden Gegner (Frankreich und Deutſchland) ein Wegerecht durch Belgien beanſpruche und ſich dabei verpflichte, nach Ende des Krieges die Freiheit und Unabhängigkeit Belgiens wiederherzuſtellen, ſo ſei der Weg für England klar vor-

[1]) Telegramm des Fürſten Lichnowſky vom 1. Auguſt 1/2 6 Uhr abends, veröffentlicht in der Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung vom 6. September 1914; ſiehe auch oben Seite 158ff.

gezeichnet. Es würde ein Wahnſinn ſein, in dieſem Falle Verbindlichkeiten auf ſich zu nehmen, wenn England dadurch in einen Krieg verwickelt werden könnte[1]).

Auch die Kabinettsmitglieder Lord Morley, Burns und Trevelyan waren anderer Anſicht geweſen, ſie traten aus der Regierung aus.

Aus dem ganzen Verhalten Sir E. Greys geht klar hervor, daß die Verletzung der belgiſchen Neutralität nicht der tiefere Grund für die Teilnahme Englands am Kriege war, alle ſeine Zögerungen und Schwankungen während der Verhandlungen ſind bedingt durch die Rückſicht auf die öffentliche Meinung des Landes; um dieſe für den Krieg zu ſtimmen, erwies ſich die belgiſche Frage als der beſte Vorwand.

Frankreich und England erklärten am 12. Auguſt auch Öſterreich-Ungarn den Krieg. So ſtanden ſich nach jahrzehntelangem diplomatiſchem Geplänkel die zwei europäiſchen Mächtegruppen nun mit dem Schwert in der Hand gegenüber auf der Wahlſtatt. Gegen die Gefahr der franzöſiſch-ruſſiſchen Annäherung hatte Bismarck das Schutzbündnis der Mittelmächte geſchloſſen, andere

[1]) Man nimmt an, daß der Artikel aus der Feder des Lord Salisbury naheſtehenden Schriftſtellers Alfred Auſtin ſtammte. Es lag hier ein offiziöſer Fühler Lord Salisburys vor, und die von uns während des Krieges in den belgiſchen Archiven gemachten Funde haben beſtätigt, daß die engliſche Regierung im Jahre 1887 entſchloſſen war, einem etwaigen Durchmarſch Deutſchlands oder auch Frankreichs durch Belgien keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Mächte hatten hüben und drüben Aufstellung genommen. Das „Cauchemar des coalitions“ war Wirklichkeit geworden und hatte zum großen Waffengang geführt. Aber die aggressive Tendenz lag in dem französischen Rachedurst, in dem panslawistischen Expansionsdrang. Und Englands historische Politik war es, gegen die stärkste Macht des Kontinents Stellung zu nehmen, gegen den stärksten Rivalen zur See und im Handel. Der deutsch-österreichische Bund war defensiver Natur, denn wir waren „saturiert“. Aber trotz aller Friedensliebe von Kaiser, Regierung und Volk: den Willen, unsere Stellung in der Welt zu verteidigen, hatten wir, und das Recht dazu!

XIV. Die Schuldfrage.

Mit elementarer Gewalt iſt das Gewitter in der politiſchen Schwüle ausgebrochen, die ſich ſeit Jahrzehnten über Europa gelagert hatte. Vergeblich waren unſere Bemühungen geweſen, die drohenden Wolken zu zerteilen. Auf die deutſche Eiche zielten ihre Blitze.

Von einer „Schuld“ am Kriege kann nur ſprechen, wer die Erfahrungen der Geſchichte leugnet. Solange es bisher Politik — d. h. Geſchichte — gegeben hat, iſt als ultima ratio in den Differenzen der Völker an die Entſcheidung der Waffen appelliert worden. Die Heroen aller Zeiten und aller Länder[1]) wären dann auch nur „Schuldige“, die Hälfte aller Denkmäler auf der Erde müßte man niederreißen. Möglich, daß Schrecken und Elend, die der letzte, furchtbarſte Krieg über die Welt gebreitet hat, die moraliſchen Begriffe allgemein umformen, verfeinern und veredeln, möglich, daß ein ſtärkeres Solidaritätsgefühl der Menſchheit nicht nur als zeitgenöſſiſches Produkt des Entſetzens über den Anblick

[1]) Von Cäſar bis zu Karl dem Großen, vom 14ten Ludwig bis zu den beiden Napoleons, von der Königin Eliſabeth und Oliver Cromwell bis zu Pitt und ſogar bis zu Chamberlain, der den Burenkrieg machte, von George Waſhington bis zu Abraham Lincoln.

des Trümmerfeldes[1]), ſondern als dauernder Gewinn aus den Erfahrungen des Weltkrieges bei allen Nationen hervorgeht. Das Verhalten der Feinde dem unterlegenen Deutſchland gegenüber läßt nicht auf „Verſöhnung der Völker“ ſchließen. Einſtweilen befördert es nur die Ausbreitung bolſchewiſtiſcher Herrſchaft, d. h. Vernichtung aller Kultur. Wenn aber eine Umgeſtaltung der Welt, ihrer Anſchauungen und Leidenſchaften möglich ſein ſollte, dann wäre auch eine radikale Abrüſtung der Staaten die logiſche Konſequenz, zu der, wie es ſcheint, weder England noch Frankreich bereit ſind. Aber auch der Völkerbund ſcheint den Krieg nicht unter allen Bedingungen ausſchließen zu ſollen.

Deutſchland, der Kaiſer, der Kanzler und alle verantwortlichen Leiter haben den Krieg nicht gewünſcht. Die Kriegserklärung iſt ein rein formaler Akt, der ſich aus ſtrategiſchem Zwang — wie hier aus der ruſſiſchen Mobiliſation — ergeben kann. Hatte England oder Japan etwa mehr Grund, in den Krieg einzutreten? Von Italien und Rumänien gar nicht zu reden, es ſei denn, daß Sacro Egoismo und Treubruch als „moraliſche“ Kriegsmotive gelten ſollen.

[1]) Als ich beim Abſchied von dem Botſchafter Cambon mit dieſem über die Schrecken des Krieges ſprach, ſagte er philoſophiſch: „Wenn die alte Generation, die einen Krieg erlebt hat, abſtirbt und eine neue heranwächſt, die die Schrecken des Krieges nicht kennt und Tatkraft und Kampfluſt in ſich fühlt — etwa alle 40 Jahre —, wird die Menſchheit von einem Kriege heimgeſucht; das iſt der Lauf der Welt.“

Deutſchland hat den Krieg zu vermeiden geſucht, ſolange dies mit Anſehen und Großmachtſtellung, mit Bündnispflicht und Selbſterhaltung vereinbar erſchien. Es konnte ihn nicht wollen, denn auch ein ſiegreicher Krieg bot keine Ziele, ſondern nur Probleme, wie vor allem das polniſche, für welches angeſichts der geographiſchen Lage des Landes und des unruhigen Charakters des Volkes eine wirklich befriedigende Löſung ſich gar nicht finden ließ. Daß dieſes Problem aber aus einem Konflikt mit Rußland unausbleiblich aufſteigen mußte, hat auch Bismarck ſchon befürchtend vorausgeſchaut. Deutſchland konnte den Krieg nicht wollen, weil es, auf eine kontinentale Austragung des Kampfes angewieſen, ſeine Kolonien feindlichem Zugriff ſo gut wie wehrlos ausgeſetzt, ſeinen Seehandel und ſeine Kauffahrteiſchiffe preisgegeben wußte. Nationale Aſpirationen hatte Deutſchland nach der Einigung ſeiner Stämme nicht mehr. Deutſche Brüder wohnten nur in Öſterreich, mit dem wir Seite an Seite fochten. Die Deutſchen im baltiſchen Ordensland wußten ſehr wohl, daß ihretwegen Deutſchland nicht das Riſiko eines Krieges laufen würde, ſie hatten ſich oft genug über die kühle Abweiſung ihrer Hilferufe beſchwert. Als der Krieg freilich zur Eroberung der ruſſiſchen Oſtſeeprovinzen führte, wurde es wohl eine Ehrenpflicht, an die Befreiung derer zu denken, die Jahrhunderte hindurch das Deutſchtum mutig gegen fremde Unterjochung verteidigt

hatten[1]). Wo ſollten die „Kriegsziele“ liegen? Jeder deutſche Staatsmann wußte erfahrungsgemäß, daß fremdſtämmige Eingliederungen nur eine Schwächung des nationalen Staates bedeuten. Wegen geringer, induſtriell vielleicht wertvoller Beſitzerweiterung des lothringiſchen Erzgebietes würde kein noch ſo eroberungsluſtiger Staat einen Exiſtenzkampf gegen eine übermächtige Koalition heraufbeſchwören. Und Belgien? Als nach Anſicht der militäriſchen Leitung ſtrategiſche Notwendigkeit den Durchmarſch gebot, hat Deutſchland alles verſucht, um die belgiſche Regierung vom Anſchluß an unſere Feinde abzuhalten, und in ſeiner erſten Kriegsrede vom 4. Auguſt 1914 hat der Kanzler erklärt, an Belgien die Verletzung der Neutralität wieder gutmachen zu wollen. Als dann nach der engliſchen Landung und der leidenſchaftlichen Teilnahme der Belgier am Kriege ein irregeleiteter Teil unſerer öffentlichen Meinung die Angliederung Belgiens und den Beſitz der flandriſchen Küſte forderte, hat die deutſche Regierung es ſtets vermieden, ſich dieſe Forderung zu eigen zu machen. Das weiteſte, wozu ſie gegangen iſt, war, Maßnahmen in Ausſicht zu ſtellen, um zu verhindern, daß Belgien wieder der Schau-

[1]) Durch die ſiegreichen Weſtmächte ſind ſie jetzt dem Wüten des ruſſiſchen Bolſchewismus preisgegeben worden, haben großenteils, nur das Leben rettend, von Haus und Hof fliehen müſſen! Uralte weſtliche Kultur wird hier der Zerſtörung durch rohe, verhetzte Volksinſtinkte und anarchiſtiſchen Wahnſinn von denjenigen Mächten geopfert, die ſich als Vorkämpfer der Ziviliſation aufſpielen.

platz eines feindlichen Aufmarsches gegen uns werden und selbst sich unseren Gegnern anschließen könnte. Aber das erst, nachdem Belgien sich in die Arme unserer Feinde geworfen und durch sein Verhalten unsere Zusagen hinfällig gemacht hat. Unsere Feinde, wie kürzlich noch Herr Poincaré in seiner Rede bei Eröffnung der Pariser Friedenskonferenz[1]), haben uns Weltherrschaftsträume angedichtet. Woraus schließen sie das? Etwa daraus, daß Deutschland einen Platz in der Welt haben wollte, daß es Kolonien erwarb[2]), daß es seinen Handel über die Welt ausdehnte und daß es zum Schutze dieser seiner Interessen eine Flotte baute? Haben das unsere Gegner (selbst Italien) nicht auch und noch in höherem Maße getan? Deutschlands größtes Interesse war es und mußte es sein, in friedlichem Wettbewerb mit den anderen großen Nationen seine wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte weiter entfalten zu können. Wenn man das in den letzten Dezennien besonders hervorgetretene Ausbreitungsbedürfnis aller Großmächte, ihre Weltpolitik und Weltwirtschaft, mit dem Worte

[1]) Am 18. Januar 1919.

[2]) Die deutschen Kolonien hatten nur einen Umfang von etwa 3 Millionen Quadratkilometern und eine Einwohnerzahl von etwa 12 Millionen, also nicht zu vergleichen mit den „imperialistischen" Erwerbungen anderer Staaten, Englands, Frankreichs, Rußlands (in Asien), ja relativ auch Italiens und Belgiens. War die Anwendung der Monroedoktrin, war die amerikanische Herrschaft über Kuba, der Erwerb der Philippinen nicht imperialistisch? Ist es das Streben Japans in Ostasien nicht?

„Imperialismus" bezeichnen will, so hat der Imperialismus Deutschlands durchaus friedliche Ziele gehabt.

Aber wir haben gesehen, wie seit mehr als 40 Jahren der Revanchegedanke — also ein ausgesprochener Kriegswille — Frankreich beherrschte, wie er zur Allianz mit Rußland führte, seitdem dort die allslawischen, antideutschen Tendenzen die Oberhand gewannen, wie schließlich die Entente mit England die große Koalition gegen uns, die „Einkreisung", hervorbrachte. Das russische Zarenreich, nur dem Machtinstinkt folgend, innerer Kulturarbeit unfähig, ließ sich von dem ihm innewohnenden Expansionsprinzip treiben; äußere Kriege bildeten stets sein Ventil für die innere dumpfe Luft. Bereits Gortschakow hatte Bismarck die Frage gestellt, ob Deutschland im Falle eines Krieges mit Österreich wegen orientalischer Fragen neutral bleiben würde, aber einen Garantievertrag für deutschen Besitz — Elsaß-Lothringen — lehnte er gleichzeitig ab. Den Wegen Katharinas folgend, von Volksströmungen geleitet, strebte Rußland nach der Hegemonie im Orient, nach dem Protektorat über die „seinem Herzen so nahestehenden"[1]) Balkanvölker, nach der Herrschaft über Byzanz, dem dominie-

[1]) Artikel 5 des Entwurfes einer russisch-bulgarischen Militärkonvention von 1909 sagt: „In Anbetracht, daß die Verwirklichung der hohen Ideale der slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel, die dem Herzen Rußlands so nahestehen, nur nach einem günstigen Ausgang des Kampfes mit Deutschland und Österreich-Ungarn möglich ist, usw." Russisches Rotbuch, Heft II, Nr. 26.

renden Einfluß bis zur Adria. Dort im Balkan ſtieß es auf die Donaumonarchie. Selbſt von ſlawiſchen Stämmen durchſetzt, geographiſch in der gleichen Ungunſt der Mittellage wie Deutſchland befindlich, wäre ſie durch die Verwirklichung der ruſſiſchen Pläne eingeſchnürt, zu ohnmächtigem Kleinſtaatendaſein verurteilt worden. Die Losreißung der ſüdſlawiſchen Landesteile der Krone Habsburg wäre die unausbleibliche Folge geweſen. Sie hätte das Gefüge der Monarchie geſprengt (wie dies nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges geſchehen iſt). Es handelte ſich um eine Lebensfrage für Öſterreich-Ungarn.

Ich habe oben von den Balkanwirren der letzten Jahre eine ausführliche Schilderung gegeben. Von Kriſe zu Kriſe ſahen wir hier die ruſſiſche Diplomatie als Förderer der Unruhen, als Agitator gegen Öſterreich auftreten, und immer wieder fanden wir Deutſchland mit Öſterreich bemüht, den Konflikt zu verhindern[1]). Soeben war es gelungen, die letzte dieſer Kriſen, die albaniſche, mit dem ganzen Aufgebot des europäiſchen Konferenzappa-

[1]) Die ſogenannte Ährenthalſche Politik, welche Herrn Iswolſki Gelegenheit zur Entwicklung der bosniſchen Kriſe gab, und welche für Öſterreich-Ungarn eigentlich nur einen Firmenwechſel (um den Preis des Sandſchaks!) bezweckte, mag ein Fehler, ein unnützer Aufwand von Kraft geweſen ſein. Aber, obwohl Buchlau vorhergegangen war und Öſterreich in ſeinen Anſprüchen durch Verträge mit Rußland (Reichſtadt) gedeckt war, war es gerade letzteres, welches die Dinge hart an den Rand des Krieges trieb. Hätten die Zentralmächte einen ſolchen geſucht, ſo wäre der damalige Zeitpunkt, wo Rußland viel ſchwächer gerüſtet war, für ſie bei weitem günſtiger geweſen.

rates, mit unendlich mühſamen Verhandlungen beizulegen. Doch dem Einſichtigen mußte es klar ſein, daß die Ergebniſſe der Londoner Konferenz, die ſelbſt durch Krieg unterbrochen wurde, wie des Bukareſter Friedens nur Proviſorien waren, daß die Kriegsgefahr aus dem Balkan uns noch dauernd bedrohte. Weder Serbien, Bulgarien, Rumänien, noch Griechenland, Montenegro und Albanien waren voll befriedigt worden. In den ſlawiſch-orthodoxen Ländern wühlte der ruſſiſche Einfluß, in Albanien intrigierte Italien. Das mußte über kurz oder lang zu neuen Konflikten führen, und Rußlands Kriegsrüſtung wurde immer gewaltiger, nahte ſich ihrer Vollendung. Da, kurz nach Beilegung dieſer letzten Kriſe, erfolgte das ſerbiſche Attentat gegen die habsburgiſche Monarchie in der Perſon ihres Thronerben. Die Dynaſtie war das Band, das die Völker Habsburgs zuſammenhielt, mit ihrem Wegfall oder ihrer Schwächung ſtand die Zerbröckelung des Reiches bevor. Und in Serbien war es, wo Rußland fortgeſetzt den Hebel gegen Öſterreich einſetzte, wo die panſlawiſtiſche Agitation, geſchürt von ruſſiſchen Agenten, durch die großſerbiſche Propaganda auf die Losreißung von Landesteilen des Kaiſerſtaats hinſtrebte. Sollte man es dem „gemütlichen Öſterreich“ verdenken, daß es dem kleinen ſerbiſchen Nachbarn endlich ein Quos ego zurief, daß es Sühne des Frevels und Ruhe an ſeiner Grenze verlangte? Wollte Rußland den Frieden, ſo konnte es unbeſchadet ſeines

Ansehens einen Ausgleich suchen, zu dem wir die Hand boten. Aber die Karten der Entente waren gemischt, Rußland spielte Trumpf, indem es gegen uns mobilisierte. Und seine Partner hielten die Karten schon in der Hand, um nachzuspielen.

Wir hatten das Bündnis mit dem Habsburgstaat. Der Inhalt des Vertrages, unsere Verpflichtungen waren bekannt. Sollten wir Österreich verhindern, Genugtuung und Garantien von Serbien zu fordern? Sollten wir es im Stich lassen? Bismarck hatte 1876, noch vor dem Bündnis mit Österreich, an Gortschakow geschrieben, „wir könnten es nicht darauf ankommen lassen, daß einer unserer Freunde so schwer verwundet oder geschädigt würde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde". Und in der Denkschrift an Kaiser Wilhelm I., in der er 1879 die Notwendigkeit des Bündnisses begründet, führt er aus, „das Deutsche Reich dürfe es nie darauf ankommen lassen, auf dem europäischen Kontinent zwischen Rußland und Frankreich neben dem niedergeworfenen und von Deutschland im Stiche gelassenen Österreich-Ungarn isoliert zurückzubleiben. Deutschland müsse also auch ohne Gegenseitigkeit so handeln, als befinde es sich im Besitze eines Bündnisses". Bismarck sieht hier in dem Fortbestand Österreichs als Großmacht eine Lebensfrage für Deutschland. In dem früher zitierten Brief schrieb er 1887 an

Lord Salisbury: „Wir werden einen ruſſiſchen Krieg vermeiden, ſolange es mit unſerer Ehre und unſerer Sicherheit vereinbar iſt und ſolange die Unabhängigkeit Öſterreich-Ungarns, deſſen Beſtand als Großmacht für uns eine Notwendigkeit allererſten Ranges iſt, nicht in Frage geſtellt wird.“

Eine Ablehnung der Bitte Öſterreichs mußte das moraliſche Ende des Bündniſſes und dies — oder gar eine Niederwerfung des Bundesgenoſſen durch Rußland, wozu ein Einzelkrieg zwiſchen den beiden Mächten unzweifelhaft geführt hätte — die Iſolierung Deutſchlands bedeuten. Die Feindſchaft der franzöſiſchen und engliſchen Sozien Rußlands aber richtete ſich nur gegen Deutſchland[1]). Hätte dieſes ſeinen zuverläſſigſten und ſtärkſten Bundesgenoſſen verloren[2]), ſo wäre es ohnmächtig der Willkür der Koalition preisgegeben, politiſch abhängig geworden. Wie Ranke ſagt, gibt das Maß ſeiner Unabhängigkeit einem Staat ſeine Stellung in der Welt, und nur, wenn er ſie nach außen beſitzt, kann er ſeine Aufgaben im Innern löſen. Eine Abſage an

[1]) In einem Schreiben, welches der Geſandte Fürſt Kudaſchew am 5. Februar 1916 aus dem Kaiſerlichen Hauptquartier an Saſonow richtete, heißt es: „Das Ergebnis wird eine Zertrümmerung der Kraft Deutſchlands, d. h. die Erreichung des einzigen, allen Verbündeten gemeinſamen realen Kriegszieles ſein.“ Ruſſiſches Rotbuch, Heft I, Nr. 5.

[2]) Ohne Öſterreich-Ungarn wäre die Bundesgenoſſenſchaft Italiens noch wertloſer geworden. Italien hätte aber auch nie den Bund mit Deutſchland allein gegen die Ententegruppe aufrechterhalten können.

Wien hätte den Krieg für den Augenblick vielleicht hinausgeſchoben[1]). Aber Rußland hatte gezeigt, daß es ſeinen ehrgeizigen Plänen nicht entſagen, daß es keine Ruhe geben wollte; ſeine „hiſtoriſche Aufgabe", die Beherrſchung der Meerengen, glaubte es nur während eines allgemeinen europäiſchen Krieges erfüllen zu können[2]). Frankreich lauerte ſeit Dezennien auf den Moment der Abrechnung. In den kommenden Jahren mußte bei der zunehmenden militäriſchen Erſtarkung Rußlands — etwa 1917 ſollten ſeine Rüſtungen ganz beendet ſein — der Krieg für uns und Öſterreich-Ungarn eine noch ſehr viel größere Gefahr bedeuten als jetzt. Um ſo mehr war es unſere Pflicht, feſt und ohne Wanken an die Seite unſeres Bundesgenoſſen zu treten. Damit ſoll nicht geſagt ſein, daß Deutſchland nicht bis zum letzten Augenblick jede Möglichkeit, den Krieg durch Verſtändigung zu vermeiden, zu ergreifen bereit geweſen iſt und zu ergreifen verſucht hat. Den Beweis liefern die Veröffentlichungen aller Buntbücher. Wo ſind „die Veröffentlichungen aus den Kaiſerlichen Archiven", von denen Herr Poincaré in ſeiner Rede vom 18. Januar d. J. geſprochen hat, und die beweiſen ſollen, daß wir der Angreifer geweſen ſeien? Iſt dem Redner vielleicht

---

[1]) Es iſt immer als ſchwerer Fehler unſerer Politik zur Napoleoniſchen Zeit anerkannt worden, daß Preußen 1805 nicht mitſchlug; die Folge war 1806—07.

[2]) Siehe oben S. 76.

eine Verwechſelung mit Dokumenten aus den „Kaiſerlich ruſſiſchen“ Archiven, mit den Ausſagen des Suchomlinow-Prozeſſes untergelaufen? Soll etwa die Publikation aus Süddeutſchland — Wiedergabe der Eindrücke eines jungen Diplomaten aus Geſprächen, nicht mit den verantwortlichen Stellen, dem Kanzler oder mir, ſondern mit einem nachgeordneten Beamten und mit fremden Diplomaten — zu der Ungeheuerlichkeit interpretiert werden, daß die Reichsleitung blutdürſtend zum Kriege getrieben habe? Nur Hypokriſie oder böſer Wille oder völlige Unkenntnis der im entſcheidenden Augenblick bei uns vorwaltenden Motive kann es wagen, ſolche Behauptungen aufzuſtellen. Vom Kaiſer herab bis zum letzten Beamten des Auswärtigen Amtes beſtand der Wunſch und die Hoffnung, dem Blutvergießen auszuweichen, wenn es ohne Gefährdung unſeres Bundesgenoſſen und unſerer ſelbſt geſchehen konnte. Einzig und allein die beabſichtigte Überſtürzung der ruſſiſchen Mobilmachung zwang uns zu dem Entſchluß des Ultimatums und der Kriegserklärung an Rußland. Der Entſchluß war gewißlich der ſchwerſte, der ſich denken ließ, aber Deutſchland konnte der Stunde der Entſcheidung nicht ausweichen, es mußte den aufgezwungenen Kampf für ſeine Selbſtverteidigung annehmen.

Das Wort Preſtige iſt oft mißbraucht worden, aber die Großmachtſtellung einer Nation, deren Betätigungsmöglichkeit nach außen hängt von ihrem Anſehen

ab. Nicht nur indirekt, durch die Erhaltung Öſterreichs, ſtand deutſches Intereſſe auf dem Spiel. Durch die Stabilierung der ruſſiſchen Herrſchaft oder Vormachtſtellung im europäiſchen Orient wurde unſer Einfluß in Konſtantinopel, unſere wirtſchaftliche Ausbreitung ſowohl im Balkan, wie darüber hinaus in der Aſiatiſchen Türkei unterbunden, wurden die Unternehmungen in Anatolien und Meſopotamien, das Erſchließungswerk der Bagdadbahn, für das wir gerade durch Abkommen eine ruhige Entwicklung zu ſichern ſuchten, abgeſchnitten. Eine Machtausdehnung Rußlands durch Bildung eines ſlawiſchen Blocks von der Oſtſee bis zur Adria hätte den Druck des „Koloſſes“ auf Europa und auf unſere an ſich ſchon ſchwierige Lage in deſſen Zentrum unerträglich gemacht. Auch dies waren Lebensfragen für Deutſchland. Kulturelle Werte waren gefährdet. Wollten wir ſie nicht verteidigen, ſo war unſer Anſehen dahin.

In dem Kampf gegen Oſt und Weſt verſagten unſere Bundesgenoſſen, Italien und Rumänien, uns die Waffenhilfe. In ſchnödeſtem Treubruch erhoben ſie ſpäter ſogar das Schwert gegen uns. Japan, ſeit 1902 mit England verbündet, durch unſere Teilnahme am ſogenannten „oſtaſiatiſchen Dreibund“ (1895) noch gegen uns verſtimmt, und vor allem geleitet durch eine nackte Intereſſenpolitik, die den europäiſchen Mächtezwiſt zur Beſitznahme Kiautſchous und zur Stabilierung ſeiner Vorherrſchaft in Oſtaſien nutzen wollte, ergriff die Partei

ſeines engliſchen Bundesgenoſſen und von deſſen Ententefreunden. Damit wurde der Krieg bis an die fernſten Enden der Welt ausgedehnt. Dann führte die Türkei der Selbſterhaltungstrieb auf unſere Seite, ebenſo Bulgarien der Reiz der Machtvergrößerung auf Koſten des verhaßten Serbiens und der Wunſch der Emanzipation von ruſſiſcher Bevormundung.

Doch die Peripetien des Krieges zu ſchildern, ſoll nicht mehr die Aufgabe dieſer Ausführungen ſein. Ende November 1916, kurz vor dem Friedensangebot, das ich noch mit vorbereitet hatte, ſchied ich aus dem Amt und aus der Politik aus. Ich trat in die freiwillige Krankenpflege ein und ging als Delegierter nach Kurland. Im Januar 1917 erfolgte der ſchickſalsſchwere Entſchluß des unbeſchränkten U-Bootkrieges, der zum Kriege mit Amerika führte. Faſt zwei Jahre haben Deutſchland und Öſterreich noch ſtandhaft und ruhmvoll weiter gekämpft, dann kam nach dem Abfall Bulgariens der Kataklysmus. Schwere militärpolitiſche Fehler haben dazu geführt. Der Übermacht der Feinde und der Länge des Krieges ſind wir unterlegen, beſiegt ſind unſere tapferen Heere nicht. Nach der Waffenſtillſtandsbitte und durch die Revolution ſind ſie innerlich zuſammengebrochen. Es trat ein Nervenkollaps ein, der zum „Selbſtmord“ führte.

Schluß.

Alle großen Kataſtrophen der Weltgeſchichte haben ihre tieferen Urſachen. Hier war es der Gegenſatz der ſlawiſchen gegen die germaniſche Welt, der, ſich lange vorbereitend, lange aufgehalten, zum Zuſammenprall führte. Daß die letztere, trotz der Waffenſiege über Rußland, trotz des Zuſammenbruchs der Zarenherrſchaft, nun auch, aus tiefen Wunden blutend, darniederliegt, daß jetzt ruſſiſche Bolſchewiſtenheere, Polen, Tſchechen, Südſlawen vordrängen, germaniſche Kulturgebiete an ſich zu reißen ſuchen, war die Schuld unſerer angelſächſiſchen Vettern. England, welches „das ruſſiſche Schwert hätte in der Scheide halten“[1]) können, fiel uns in den Rücken. Es hat damit bewieſen, daß es mit dem europäiſchen Intereſſe nicht mehr ſolidariſch fühlte. Engliſcher Neid und Machtwille und vor allem franzöſiſcher Rachedrang dienten als politiſcher Sprengſtoff, um die Kataſtrophe des ſlawiſchen Bergſturzes zu beſchleunigen. Manchem, nicht durch Leidenſchaft oder Siegestaumel geblendeten Engländer mögen mit der Zeit doch Zweifel aufſteigen, ob dieſe Politik die richtige war, ob die Unterwerfung des

[1]) Bismarck in dem Brief an Lord Salisbury.

deutſchen Rivalen wohl die Schäden aufwiegt, die der furchtbare, ganz Europa erſchütternde, ſeine Kräfte verzehrende Krieg auch dem alten England verurſacht hat. Durch ſein Eingreifen iſt der Krieg erſt eigentlich zum Weltkrieg geworden.

Die ferneren allgemeinen Urſachen des großen Weltbrandes liegen in einer jahrzehntelangen Zuſpitzung der europäiſchen Lage (der Einkreiſung der Zentralmächte), in dem Anſchwellen des Nationalismus in allen Ländern, dem teils territorialen, teils wirtſchaftlichen, „imperialiſtiſchen“ Ausbreitungsbedürfnis aller national erſtarkten Völker, in dem allgemeinen Wettrüſten, dem der einzelne ſich ſchwer entziehen konnte, das aber eine Spannung über ganz Europa breitete. Inſofern haben alle Mächte ihren Teil an der „Schuld“. Den unmittelbaren Anlaß zum Kriege bildete die Geſamtmobiliſation Rußlands, die die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleiches jäh abſchnitt. Sie war von Kriegswillen diktiert.

In dem Schuldgeſchrei unſerer Feinde liegt, wie ich am Eingang geſagt habe, Methode und politiſcher Zweck. Wenn aber einzelne Individuen, die ſich Deutſche nennen, noch Waſſer auf die Mühle unſerer Gegner tragen[1]), ſo zeigen ſie damit nur Mangel an nationalem und ſittlichem Gefühl, an geſchichtlichem Verſtändnis. Sie machen dem deutſchen Namen keine Ehre. Schlimm ge-

[1]) Wie kürzlich auf der internationalen Sozialiſtenkonferenz in Bern.

nug, daß man Selbſtverſtändliches ſagen muß. Unpatriotiſche, undeutſche Schwachmütigkeit iſt ebenſo verderblich, wie nationaliſtiſche, alldeutſche Überhebung. Die „Freiheit," die dem Deutſchen nötig iſt, iſt innerliche Unabhängigkeit und innerliches Gleichgewicht, das im Glück ſich nicht an Fanfaren benebelt, im Unglück nicht ſklaviſch winſelt und in der Hoffnung, den Feind durch Selbſtbezichtigung milde zu ſtimmen, Selbſterniedrigung treibt. Gewiß, nicht Selbſtverherrlichung, wie ſie bei uns mitunter leider getrieben worden iſt, iſt heil- und kleidſam. Selbſterkenntnis tut not, auch die der Fehler. Aber nur Selbſtachtung kann die Selbſterhaltung begründen, kann uns vor der Raſerei der Selbſtzerfleiſchung, die jetzt nach ruſſiſchem Rezept das Land durchtobt, bewahren oder die lebensmüde Gleichgültigkeit bannen, die jeden Spruch ſiegestrunkener Feinde mit unterwürfiger Gebärde hinzunehmen bereit ſcheint. Es ſind das häßliche Äußerungen momentanen Zuſammenbruchs, betrübende Reaktionserſcheinungen einer Nerven- und Kräfteüberſpannung. Dem unglücklichen Ausgang des Krieges müſſen wir Rechnung tragen. Aber verloren iſt nur, wer ſich ſelbſt verloren gibt. Es iſt unſere Pflicht, die Stunde des Unglücks mit Würde und Mut zu tragen, damit unſere gefallenen Helden ſich ihres Volkes nicht zu ſchämen haben, und damit wir unſeren Enkeln ein Erbe hinterlaſſen.